

FALTER

Nr. 40a/20



Corona und wir

DIE PANDEMIE UND DER SOZIALSTAAT



FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Die Covid-19-Krise wurde von uns einem Stresstest unterzogen.

Was lief schief? Was ist gelungen?

Welche Lehren muss die Politik aus dem Lockdown ziehen?

AK | 100
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit
ist gekommen,
um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.

ARBEITERKAMMER.AT/100

#FÜRIMMER



Wien 2020. Eine Stadt im Ausnahmezustand

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Inhalt

Vorwort	5	Das Virus, das sind die anderen	44
Armin Thurnher: Corona und der Staat	6	Wer hat zu Hause unbezahlt gearbeitet?	46
Am Ende der Kräfte?	12	Die Bauern und die Pandemie	48
Jeder hat sein Packerl zu tragen	14	Wer verliert den Job zuerst?	49
Der englische Patient	16	Kein Hackeln bis zum Umfallen!	50
Kunst und Kultur im Lockdown	20	Der Konsens kehrt zurück	51
Gesundheitswesen	22	Ein Loblied auf die Bürokratie	52
Streitgespräch	26	Wenn es kalt wird in der Stube	53
Der Kommunismus in der Marktwirtschaft	32	Eine gerechtere Globalisierung nach Corona?	54
Wer soll das bezahlen?	36	Verschulden, aber richtig	56
Wem gehört die Stadt?	38	Rettet Corona das Klima?	58
Es lebe die Genossenschaft	40	Der gerechte Übergang	59
Bitte zurücktreten!	41	Ein Wunsch	60
Wenn die Ambulanzen sperren	42	Ein Traum	61

Impressum

Falter 40a/20 Herausgeber: Armin Thurnher Medieninhaber: Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1010 Wien, T: 01/536 60-0, F: 01/536 60-912, E: wienzeit@falter.at, www.falter.at

Redaktion: Florian Klenk Herstellung: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.; Layout: Raphael Moser; Lektorat: Helmut Gutbrunner, Patrick Sabbagh; Geschäftsführung: Siegmund Schlager; Anzeigenleitung: Sigrid Johler

Druck: Walstead Leykam Druck GmbH. DVR: 047 69 86. Diese Beilage ist eine entgeltliche Einschaltung und erscheint in Zusammenarbeit mit der AK Wien. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar



Eva Konzett
ist Redakteurin der Wiener Wochenzeitung Falter. Die studierte Romanistin schreibt über Politik und Wirtschaft



Lukas Matzinger
ist Reporter der Wiener Wochenzeitung Falter. Er studierte an der Fachhochschule für Journalismus in Graz



Tessa Szyszkowitz
lebt in London und berichtet dort für Falter und Profil über Brexit, Lockdown und den Populismus auf der Insel



Martin Fritz
ist Kurator, Berater und Publizist in Wien. Er war von 2016 bis 2020 Rektor der Merz Akademie in Stuttgart



Kurt Langbein
ist Medizinjournalist („Bittere Pillen“) und Filmemacher („Bauer unser“). In Kürze erscheint sein Buch über die Covid-Krise



Josef Redl
ist seit 2015 Redakteur des Falter und schreibt hauptsächlich über die Themenbereiche Wirtschaft und Politik



Benedikt Narodoslowsky
ist Redakteur des Falter und schreibt über die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz



Katharina Rogenhofer
Sprecherin des Klimavolksbegehrens und Mitinitiatorin der Fridays-for-Future-Bewegung in Österreich



Adi Buxbaum
koordiniert sozialpolitische Analysen in der AK Wien und arbeitet mit bei www.sozialleistungen.at



Christa Schlager
ist Ökonomin und leitet die Abteilung Wirtschaftspolitik in der AK Wien



Sandra Matzinger
ist Sozioökonomin in der AK Wien und arbeitet zu den Themen Energiearmut und verteilungspolitischen Aspekten der Energie- und Klimawende



Andreas Novy
ist Leiter des Institute for Multi-Level Governance and Development und Teil des Foundational Economy Collective



Leonhard Plank
arbeitet im Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik am Institut für Raumplanung der TU Wien



Michael Soder
ist Ökonom und Sozioökonom in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien



Emmerich Tálos
ist Professor (i.R.) für Politikwissenschaft. Zuletzt legte er mit Tobias Hinterseer das Buch „Sozialpartnerschaft“ vor



Richard Bärnthaler
ist Prae Doc am Institut für Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien



Alexandra Strickner
ist Ökonomin am Institute for Multi-Level Governance and Development sowie Mitbegründerin von Attac Österreich



Sylvia Leodolter
ist Ökonomin, Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien und Chefredakteurin der Zeitschrift Wirtschaft und Umwelt



Thomas Ritt
ist Ökonom, leitet die Abteilung Kommunalpolitik und Wohnen der AK Wien und ist Chefredakteur der Zeitschrift AK Stadt



Veronika Bohrn
Mena ist Experte für atypische Beschäftigung der Gewerkschaft GPA-djp und beschäftigt sich seit Jahren mit der prekären Arbeitswelt



Klara Butz studiert Meteorologie und ist Aktivistin bei Fridays for Future. Ihre Themenschwerpunkte sind Nachhaltige Finanzen und Hochschulen



Raphael Moser
Der Produktionschef des Falter Verlags gestaltete alle wesentlichen Geschichten dieser Beilage und sorgte für Abgabedisziplin



Walter Rosifka
ist Wohnrechtsexperte in der AK Wien, Abteilung Konsumentenpolitik/Wohnen



Pia Andrea Zhang
ist juristische Referentin in der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien



Georg Feigl
ist Experte für Budget und EU-Wirtschaftspolitik in der AK Wien



Franziska Disslbacher
ist Ökonomin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik der AK Wien



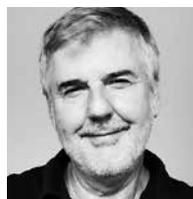
Christoph Streissler
ist Chemiker und arbeitet in der Abteilung Umwelt & Verkehr unter anderem zu Themen der Klimapolitik



Christopher Mavrič
Unser Fotoreporter lieferte diesen umfassenden Foto-Essay für diese Sonderbeilage



Werner Raza
ist Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)



Helmut Gutbrunner
ist Lektor. Er und sein Kollege Patrick Sabbagh sorgten für möglichst fehlerfreie Texte



Judith Kohlenberger
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpolitik der WU. Sie forscht zu Migration, Flucht und Integration



Markus Marterbauer
leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien und kommentiert regelmäßig im Falter



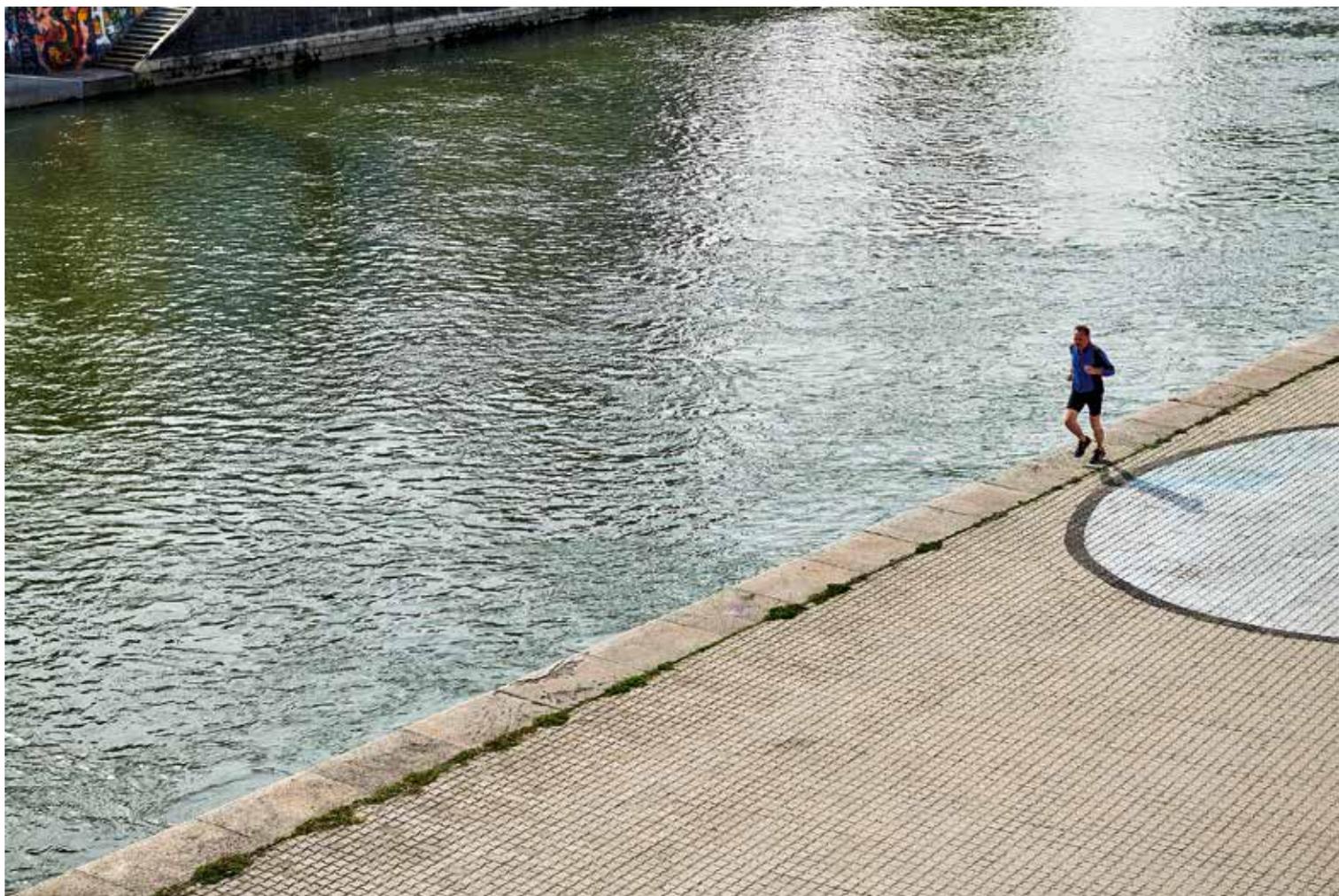
Katharina Mader
ist Assistenzprofessorin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien



Maria Burgstaller
ist Agrarökonomin in der AK Wien und forscht zu Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Agrarpolitik



Heinz Höfelsberger
ist Naturwissenschaftler und arbeitet in der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien



Distanz wahren: ein Jogger im Frühjahr 2020

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Editorial

Plötzlich stand alles still. Die ganze Welt ließ sich auf ein Experiment ein, das es bisher noch nie gegeben hatte. Geschäfte wurden geschlossen, die Kinder und Alten zum eigenen Schutz de facto vom öffentlichen Leben fern gehalten, die Schulen waren leer, selbst das Lesen auf der Parkbank galt manchen Polizisten als Delikt. Die Politik – aber auch die Gesellschaft – hatte Angst vor Zuständen, wie sie in Bergamo sichtbar wurden. Sie zwang die Menschen in den „Lockdown“. Ärzte streiten heute noch trefflich darüber, ob die Maßnahmen angemessen waren und die Kollateralschäden nicht in einem krassen Missverhältnis zu ihnen stehen. Wir wollen hier andere Fragen stellen: Was sind die wirtschaftspolitischen Verwerfungen, die die Covid-19-Krise ausgelöst hat? Wie muss der Staat auf die Corona-Krise reagieren? Welche Institutionen haben funktioniert und welche nicht? Wofür sollen Schulden aufgenommen werden und wie muss sich das Arbeitsrecht ändern? Seit der Wirtschaftskrise 2008 verlegt der *Falter* gemeinsam mit den Expertinnen und Experten der AK

Wien Sonderhefte zu speziellen, gesellschaftlich relevanten Themen. Auch dieses Heft entstand in Kooperation mit den Vordenkerinnen und Vordenkern der AK Wien. In völliger redaktioneller Unabhängigkeit, aber unter finanzieller Beteiligung der AK Wien haben wir dieses Sonderheft gemeinsam mit Wirtschaftsexpertinnen und -experten der Arbeiterkammer geplant und herausgegeben. Sie finden darin Reportagen und Analysen von *Falter*-Autorinnen und -Autoren, vor allem aber auch Beiträge von Fachleuten, die die AK Wien nominiert hat. Es sind Beiträge aus Denkwerkstätten des Landes, dazu ein großes Streitgespräch über die Folgen der Covid-Politik. Illustriert wird das Heft mit einem Foto-Essay an dem Christopher Mavrič monatelang gearbeitet hat. Ich danke allen Beteiligten, die dieses Sonderheft möglich machten, allen voran Michael Soder und unseren regelmäßigen *Falter*-Autor Markus Marterbauer von der AK Wien.

FLORIAN KLENK, CHEFREDAKTEUR FALTER

Corona und der Staat

Was am Ende der globalen **Pandemie-Krise** kommt, ist ungewiss. Fest steht: am schlechtesten haben bis jetzt jene Staaten abgeschnitten, die von eitlen, autoritären, rechten Politikern geführt werden. Jedenfalls ist die Corona-Krise ein Streit der Systeme

ESSAY:
ARMIN THURNHER

Corona hat, man hielt es kaum für möglich, eine Verschärfung des Staatsproblems in die Welt gebracht. Zuerst waren die Optimisten am Wort, die in jeder Krise nur die Chance sehen. Sie verkündeten eine Welle an Verbesserungen, die uns die Seuche bringen würde. Mehr Menschlichkeit, ein besseres Miteinander, Kooperation unter Einzelnen und Solidarität unter den Staaten war das Mindeste. Eine Neuerfindung des Kapitalismus im Geiste der Brüderlichkeit und eine Neudefinition der Moderne im Geiste der Solidarität, eine Trendwende in der Klimakrise und der unmittelbar bevorstehende Weltfrieden waren das Mindeste, was uns Zukunftsforscher wie Matthias Horx vorhersagten.

Die Krise war ein Kairos, ein günstiger Moment, den es zu ergreifen galt. Das Ende des neoliberalen Paradigmas war das Mindeste. Wobei man nicht sicher sein konnte, ob alle darunter etwas auch nur annähernd Ähnliches verstanden. Jedenfalls sollte am Ende, je nach weltanschaulicher Präferenz der Kommentierenden, ein gestärkter, ein neu definierter oder ein im libertären Sinn weggestutzter Staat dastehen.

Wie in jeder Krise schien die Größe der Krise ein „Weitermachen wie bisher“ zu verbieten. Andererseits lehrte uns gerade die letzte Krise, die Finanzkrise von 2008, dass genau diese Verfahrensweise die einzig denkbare schien. Man redet von Veränderungen, es kann nun gar nicht mehr anders sein, als dass es anders wird, und dann kann man gar nicht anders, als weiterzumachen wie bisher.

So auch bei Corona. Bald gab man es sehr viel billiger. Eine globale Seuche suchte die Welt heim, und es erschien der nationale Unterschied. Utopien schlugen um in Dystopien. Und das paradoxerweise, obwohl ganz offenbar die Stunde eines Staates gekommen war. Und zwar die des Sozialstaats. Selbst in einem Kleinstaat wie Österreich, der sich so sehr an seinen Sozialstaat gewöhnt hatte, dass ihm das Gefühl abhanden gekommen war, was er an ihm hatte, ließen sich dessen Vorteile nun nicht übersehen. Die vorhandenen Spitäler, an deren Abbau man sich gerade gemacht hatte, die Krankenkassen, die man gerade dabei war kaputtzusaniern, und die verbliebene Gesundheitsverwaltung, deren Verwahrlosung durch Schließung der Abteilung für öffentliche Gesundheit (ausgerechnet!) durch eine dilettantische türkis-blaue Regierung eingesetzt hatte, boten doch in ihrem vergleichsweise guten Zustand gegenüber weiter fortgeschrittenen Privatisierungen und Einsparungen anderswo deutliche Vorteile.

Selbst in reichen Regionen wie in Norditalien ließ sich besichtigen, wie ein privatisiertes Gesundheitssystem über seine Grenzen hinaus kam. In New York erweiterte man Ambulanzen und Intensivstationen von Spitälern in Parks mit hastig



Selbst in Österreich, das sich so sehr an ihn gewöhnt hatte, ließen sich die Vorzüge des Sozialstaats nicht mehr übersehen

Fortsetzung von Seite 6

aufgestellten Zelten. In Österreich gelangten die Intensivstationen nie an den Rand der Auslastung, auch weil man im Lockdown als nicht lebensnotwendig betrachtete Operationen und ebensolche Vorsorgeuntersuchungen verschob. Aus heutiger Sicht schoss man dabei über das Ziel hinaus, aber im Nachhinein ist jeder klüger.

Große Unterschiede zeigten sich in den Reaktionen führender Politiker. Zwar war einer der starken rechten Männer, Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, unter jenen gewesen, die als Erste die Gefahr erkannt hatten. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz briefte sich öffentlich mehrfach darauf, von ihm gewarnt worden zu sein. Österreichs frühe Reaktion auf die Corona-Pandemie verdankte sich demzufolge einem Hinweis Netanjahus (und, weniger gern erwähnt, dem inkompetent gemanagten Tiroler Pionier-Cluster Ischgl sowie der Nachbarschaft zum schnell infizierten Norditalien).

Der israelische Präsident ist ein Exemplar jener rechten, autoritären Staatenlenker, die derzeit auf der Welt am Ruder sind. Anders als viele seiner mächtigeren Kollegen spielte er die Gefahr nicht herunter. Seine frühe Warnung bewahrte ihn jedoch nicht davor, dass Israel, anfangs bei der Eindämmung des Virus erfolgreich, als erstes Land einen zweiten Lockdown ausrufen musste. Vor allem, weil religiöse Fundamentalisten, jüdische wie arabische, die Abstandsregeln nicht beachteten. Auf archaische Weise wurde hier ein Konflikt sichtbar, der Corona weltweit kennzeichnet: das Irrationale gegen den Staat als Inkarnation der Rationalität.

Und zugleich das partielle Versagen dieses Staates. Corona ist für die Demokratie, um ein berühmtes Drohwort abzuwandeln, unsere Frage in viraler Gestalt: Nutzen wir die „Wirklichkeit der sittlichen Idee“, wie Georg Friedrich Hegel idealistischerweise den Staat definierte, zur Beförderung des Allgemeinwohls, in diesem Fall der Gesundheit, oder fassen wir diese Idee als Tyrannei über das entfesselte Individuum auf? Und sind „wir“, das heißt unsere Repräsentanten, der Frage gewachsen, Maßnahmen entschlossen genug zu setzen, dass sie wirken, aber nicht derart zu überziehen, dass sie unnötige Kollateralschäden anrichten?

Mehr noch: sind Staatenlenker imstande, insofern vernünftig zu agieren, als sie ihre eigenen Interessen hinstellen und nicht die Chance nützen, die eine Krise den am meisten im Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit Stehenden bietet? Führen sie ihre Bevölkerung auf die beste Weise, das heißt, ohne sie unnötig zu belügen, einzuschüchtern, zu überfordern und sie umgekehrt auch nicht mit Wahrheiten zu überfordern, die schädliche Effekte haben könnten?

Als sich Ende April 1986 die radioaktive Wolke des explodierten Atomkraftwerks Tschernobyl Wien näherte, stellte sich für die damals amtierende Regierung die Frage, ob die Maiaufmärsche abzusagen wären; man nahm davon Abstand, weil man eine Panikreaktion vermeiden wollte, die eine verstopfte Westautobahn zur Folge und damit gesundheitlich schlimmere Folgen gehabt haben könnte.

Was ist das Virus für die Demokratie, für den demokratischen Staat? Diese Frage stellt uns Corona als klassischer Aus-

nahmestandard auf vielerlei Weisen, von der Geopolitik über den Status internationaler Organisationen bis hin zu den diversen Ausformungen digitaler provinzieller Stammtischpolitik.

In Asien griff die chinesische Führung hart ein und nutzte die Gelegenheit, dem Westen zu zeigen, was staatliche Autorität vermag, im Guten wie im Bösen. Zuerst leugnete sie gegenüber der WHO jegliche Kenntnis des Virus und verzögerte damit eine weltweit rasche richtige Einschätzung der Lage. Dann zog sie den Lockdown in Wuhan konsequent durch und statuierte damit ein Exempel, das weltweit verstanden werden wollte. China stellt den globalen Führungsanspruch und will in seiner Art der Seuchenbekämpfung mit den USA verglichen werden, die unter Führung Donald Trumps ein jämmerliches Gegenbeispiel abgaben. Corona als Werbung für den autoritär-sozialistischen Staatskapitalismus.

Dass das demokratische Südkorea ähnlich erfolgreich mit dem Virus verfuhr, zeigt aber auch, dass Regierungen in asiatischen Staaten, egal ob demokratisch oder nicht, Datenschutz und andere Bürgerrechte eher als Flausen betrachtet. Man weiß um die Bewegungen und die Daten der Bevölkerung Bescheid. Nicht, dass man es im Westen nicht wüsste, aber in Asien macht der Staat offen Gebrauch von seinen Kenntnissen. Freiheitsbeschränkung des Einzelnen im Interesse des öffentlichen Wohls.

Umgekehrt können Freiheitsrechte im libertären Sinn in Rechte gegen das Gemeinwohl uminterpretiert werden. Corona bringt die Dinge auf den entscheidenden Punkt: Sind Pflichten, die „man“ (also wir in Gestalt der Regierung) uns auferlegt, hinreichend begründet, sodass sie als individuelle Einschränkung im Sinne des Ganzen akzeptiert werden? Oder besteht jenes libertäre Aufbegehren zu Recht, das jede Maskenpflicht als Beschränkung persönlicher Freiheit interpretiert?

Die Auseinandersetzungen darüber werden, digital befeuert durch Desinformation, immer aufgeregter geführt. Für das Krisenhafte dabei sorgt die Neuheit des Virus. Aufgrund dieser Neuheit fehlt wissenschaftliche Klarheit. Weil Klarheit fehlt, bleibt staatliches Lenken ein Fahren im Nebel. Gütwillige Staatenlenker können durch falsche Maßnahmen nicht nur ihre Regierung, sondern Staat und Demokratie diskreditieren. Weniger gutwillige nützen die Situation vor allem für sich aus: um ihre Autorität, ihr Ansehen, ihre Wählerbindung zu stärken, im schlimmsten Fall, um den demokratischen Staat zu unterminieren.

Autoritär regierte Staaten wie Bangladesch, Belarus, Kambodscha, China, Ägypten, El Salvador, Syrien, die Philippinen, Thailand, die Türkei, Uganda, Venezuela und Vietnam nahmen die Pandemie zum Vorwand. Kritiker, Journalisten, Gesundheitspersonal gleichermaßen unter Arrest zu stellen oder zu schikanieren. Wie der Demokratie-monitor der von den USA finanzierten (und manchmal in deren Interesse agierenden) NGO Freedom House festhält, nahm der Grad demokratischer Freiheit in der Welt in den letzten 14 Jahren ab, während er in den 15 Jahren davor, nach dem Ende des Kalten Kriegs 1989, zugenommen hatte.

Staatschefs wie Viktor Orbán in Ungarn, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei, Sheikh Hasina in Bangladesch und Rodrigo Duterte auf den Philippinen sind demokratisch gewählt, entkernen aber die Demokratie zu-



sehends, indem sie sich in der Pandemie Sonder- und Ausnahmerechte zuerkennen ließen. Auch die Regierungen Brasiliens, Indiens, sogar Südkoras und Israels geraten auf dem Monitor des Freedom House in die Kritik, weil sie den demokratischen Rechtsstaat untergraben; ebenso jene Polens.

In 60 Staaten wurden nationale oder regionale Wahlen der Pandemie wegen verschoben, was, verglichen mit den erwähnten Ausnahmerechten, vermutlich die demokratiopolitisch noch am wenigsten problematische Reaktion darstellte.

Das sind keine angenehmen Einsichten für die sogenannte Zukunft der Demokratie. Es wirkt auch nicht besonders beruhigend, wenn wir feststellen, dass demokratische Varianten des Autoritarismus wie jene von Brasiliens Jair Bolsonaro, Indiens Narendra Modi, von Donald Trump in den USA oder Englands Boris Johnson im Kontrast zur chinesischen auf spektakuläre, wenn auch jeweils verschiedene Weisen versagten. Russlands Wladimir Putin bildet eine

Ausnahme. Er leugnete ebenso wie manche demokratischen Kollegen zuerst die Gefahr und versuchte dann mit PR-Tricks (erster Impfstoff) von seinem Versagen bei der Bekämpfung der Pandemie abzulenken.

Es kann sein, dass – wie Francis Fukuyama vermutet – sie alle durch ihre inkompetente und schwankende Reaktion an Legitimation einbüßen. Gewiss scheint nur, dass Chinas Reputation wächst, während die seiner Rivalen schwindet. Besonders dramatisch wirkt sich dies im Fall des chinesischen Rivalen Indien aus, der größten Demokratie der Welt, deren Bestand durch den wachsenden Hindunationalismus oder Hindufaschismus der BJP, der Partei Modis, ohnehin von innen gefährdet ist.

Modi verordnete überfallsartig, ohne Ankündigung, den radikalsten denkbaren Lockdown, bedachte dabei aber nicht, dass er Millionen Wanderarbeiter in Bewegung setzte, dabei Millionen hungern und verzweifeln ließ und damit und mit seiner Rückholaktion von Auslandsindern die Infektionsrate erst so wirklich antrieb. Das in-

Auch so kann ein Lockdown aussehen. Denkmal des Malers Jakob Emil Schindler (1842-1892) im Wiener Stadtpark

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

dische Gesundheitssystem würde der Pandemie sowieso nicht gewachsen sein, warnen Experten bereits Anfang Februar.

Das US-amerikanische MIT bewertete von Regierungen geschaffene Tracking Apps und gab der indischen App nur einen von fünf möglichen Sternen. Die Besorgnis ist begründet, dass Modi, der Muslime den internen Feind Indiens nennt, die zum Beispiel mit dem Kauf von Zugtickets verpflichtend herunterzuladende App als Überwachungswerkzeug zur Lokalisierung dieses internen Feindes einsetzt – immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Pogromen gegen Muslime – und sie gegen die Opposition benützt.

Noch ein Wort zu Trump. Der amerikanische Präsident sprach nur vom „Chinesevirus“, ignorierte aber die wissenschaftlichen Ratschläge von Epidemiologen und verfolgte das Konzept, demokratisch regierte Bundesstaaten zu beschädigen.

Diese sind meist urban, liberal und haben einen höheren Anteil an farbiger Bevöl-

kerung. Als Trump erkannte, dass Corona tatsächlich gravierende Folgen hat, setzte er auf eine Verschärfung der Krise in diesen Staaten. Sie würde ihm, so das Kalkül, bei der Wiederwahl nützen.

Diese Vorgangsweise bezeichnete der Historiker Timothy Snyder wohl zu Recht als an Völkermord grenzend. Todesfälle in Kauf zu nehmen und erst umzudenken, wenn es gefährlich für „die eigenen Leute“ wird, grenzt an das Denken ethnischer Säuberer. Trump schwenkte erst um, als auch republikanisch geführte Staaten wie Florida und Georgia, die überwiegend Trump wählten, auf eine Weise von Corona betroffen waren, die sich nicht mehr wegweisen ließ.

Getreu dem Motto des Ökonomen Philip Mirowski, „Never let a good crisis go to waste“, versucht Trump, sein Versagen beim Corona-Krisenmanagement wechselseitig mit der Hoffnung vergessen zu lassen, es werde noch vor der Präsidentschaftswahl

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

im November einen Impfstoff geben, und mit Beschuldigungen, sein Versagen sei in Wahrheit ein Versagen des Auslands (China), internationaler Organisationen (der WHO), demokratischer Gouverneure und überhaupt der gegen Polizeigewalt rebellierenden Zivilbevölkerung.

Wenig überraschend bekannte er in einem Buch des Journalisten Bob Woodward ein, über die Gefährlichkeit des Virus von Anfang an Bescheid gewusst, diese aber absichtlich heruntergespielt zu haben.

Trump, Bolsonaro, Modi „haben mit Ablenkungsmanövern, Kurswechseln und offenen Lügen ihre bevorzugten Narrative verbreitet, um ihre Beliebtheit zu verbessern. Diese Eigenschaften liegen den politischen Fehlern zugrunde, die in allen drei Ländern die pandemiebedingten Todesraten hochgetrieben haben. Zunächst einmal war die Verteilung der Verantwortung zwischen staatlichen, bundesstaatlichen und lokalen Regierungen unausgewogen, beliebig und unkoordiniert, während die Zentralregierungen – häufig unter Missachtung der Ratschläge von Wissenschaftlern oder Experten – irrationale und häufig wechselnde Regeln und Maßnahmen verhängten. Die Regierungen auf bundesstaatlicher und regionaler Ebene mussten dabei die gesamte Last tragen und nicht nur das Virus eindämmen, sondern auch für die öffentliche Gesundheit sorgen und sich um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie kümmern.“

So urteilt die indische Ökonomin Jayati Ghosh. Auch der neoliberal gestimmte Fukuyama kommt zu dem Schluss: „Die von ihnen [den genannten Autoritäten] geführten Länder liegen bei den Infektionszahlen und -raten an der Spitze. Sie alle spielten die Gefahr herunter und versuchten, andere Staaten [für Corona] verantwortlich zu machen. Der Angriff auf die liberale Weltordnung“ werde solchermaßen durch die Pandemie beschleunigt.

Dass weder die USA noch Brasilien noch Indien ihre Ausgaben für die öffentlichen Gesundheitssysteme erhöhten, dass die teils enormen staatlichen Unterstützungen in diesen Ländern vor allem an Großkonzerne gingen, nicht aber an Klein- und Mittelbetriebe oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, passt zum Bild.

Ein neuer Irrationalismus steigt infolge der Pandemie. Bewaffnete Seuchenleugner gehen in den USA auf die Straße oder versuchen in Berlin, den Reichstag zu besetzen. Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur, Fremdenfeindlichkeit und Migrationsskepsis nehmen durch Corona zu. Denn die Pandemie verschärft den Migrationsdruck. Die Angst, sich zu infizieren, kann eine schwer erträgliche zur unerträglichen Lage machen. Das Gerücht von Infektionen im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos war wohl mit ein Auslöser für die Brandstiftung dort. Ein Bild mit Symbolkraft: ein Funke kann genügen, soziale Flächenbrände auszulösen.

Was Fukuyama den „schwarzen Schwan“ am Horizont von Corona nennt, ist die Gefahr des Faschismus, die hinter dem Versagen oder der Selbstabdankung demokratischer Staaten lauert. Das Überhandnehmen irrationaler Tendenzen, kombiniert mit krisenhafter Verzweiflung, digitalisierter Desinformation und kommunikativer Verunsicherung, der Entmächtigung staatlicher Organisation oder deren Privatisierung, etwa



Erfolgreiche Regierungen kommunizierten auf transparente, koordinierte Weise und stellten dabei Angehörige von Gesundheitsberufen in den Vordergrund

FRANCIS FUKUYAMA

Quellen

Francis Fukuyama:
It Takes a State
Foreign Affairs July/August 2020

Yannis Varoufakis:
The Post-Capitalist Hit of the Summer
Project Syndicate, 31/08/2020

Jürgen Habermas:
30 Jahre danach: Die zweite Chance
Blätter für deutsche und internationale Politik 09/2020

Jayati Ghosh: Ego groß, Virus groß
IPG Journal 18//2020

Larry Diamond:
Democracy versus the Pandemic
Foreign Affairs, June 2020

Timothy Snyder:
What Ails America
New York Review of Books Daily, 3/9/2020

von Militär und Polizei in den USA, lassen diese bereits in den 1930er- und 40er-Jahren dort existierende Möglichkeit nicht mehr ganz absurd erscheinen. Der Welt hegemon als faschistisch geführtes Land wäre für Demokratien und Rechtsstaaten im Angesicht einer von innen nationalistisch unterminierten EU eine Katastrophe der dritten Art.

Es gibt naturgemäß auch die andere, positive Seite der Krise. Eine Reihe demokratischer Staaten von Taiwan bis Deutschland kam bisher vorbildlich mit der Pandemie zurecht. Zu ihnen gehört wohl auch Österreich. Die hiesigen Besonderheiten, das Überziehen des Autoritativen, nennen wir es einmal so, lassen wir hier außen vor. Der legistische Dilettantismus und die zutage tretende Verwahrlosung des Gesundheitsministeriums sind zweifellos den hilfloslibertären Ansätzen von Schwarz-Blau geschuldet, ändern aber nichts am Gesamtbefund: auch bei uns erwies sich der Sozialstaat als Segen.

Dennoch war das öffentliche Agieren der Schweiz in der Pandemie eines demokratischen Staates würdiger als jenes Österreichs. Kein Politiker versuchte dort wie unser Bundeskanzler, autoritären Distinktionsgewinn aus der Seuche zu ziehen, niemand versteckte sich hinter intransparentem Geschwurbel, die Taskforce agierte ab Sekunde eins klar und öffentlich überprüfbar. Auch in Deutschland bot die Regierung, angeführt von einer sich ostentativ zurückhaltenden Bundeskanzlerin Merkel, ebenfalls ein ganz anderes Bild als Österreich. Österreich neigte zweifellos einerseits zu überschießenden Maßnahmen (Schulen, schikanöse Strafen gegen Bürger in Parks), schonte aber zugleich die der Regierung näher stehenden Stakeholdergruppen wie Gastronomie und Tourismus auf nicht zukömmliche Weise. Wie von Virologen befürchtet, steigen deshalb die Zahlen wieder.

Ziehen wir Fukuyamas Einschätzung von in der Pandemie erfolgreichen Staaten heran, schneidet Österreich gut ab, bis auf die letzten beiden Punkte: „Erfolgreiche Regierungen reagierten früh und wachsam, mit weit verbreiteten Tests und Kontaktverfolgung, sie kommunizierten mit ihrer Öffentlichkeit auf transparente, koordinierte Weise und stellten dabei Angehörige von Gesundheitsberufen in den Vordergrund.“

Corona war jedenfalls, und das ist das Positive, eine einzige globale Werbung für den Sozialstaat. So man imstande und willens wäre, diese Botschaft auch zu verstehen oder überhaupt nur zu hören. Die Kommunikationsbedingungen sprechen nicht dafür, aber das ist zwar kein anderes Thema, würde aber einen eigenen Essay erfordern.

In den kommenden Krisen – und wir leben im permanenten Krisenmodus – werden wir nur mit einem funktionierenden Sozial- und Rechtsstaat überleben können. Unbalanciert die Interessen eines Einzelnen, einer Clique oder einer schmalen Schicht hypervermöglicher Kapitalbesitzer zu begünstigen, lässt Krisen zu Katastrophen werden. Die wahre politische Forderung der Stunde lautet also: Der öffentliche Bereich und die Realwirtschaft müssen gestärkt werden, der Privatisierung müssen überall Grenzen gesetzt werden.

Krisen verteilen Karten immer neu. Der Ausgang ist offen, wenngleich die eingangs aufgestellte pessimistische Vermutung überwiegt, alles werde bleiben, wie es ist. Dennoch spricht einiges für Wandel, vor allem



die Größe der zu den bestehenden horrenden neu angehäuften Schulden zur Bewältigung der Krise. Wenn sich dadurch etwas ändert, gibt es zwei einander widersprechende Möglichkeiten: In der einen Sicht stellt Corona den Übergang zum totalen Diktat des Finanzkapitals dar, in der anderen führt Corona übernationales, solidarisches Handeln zwingend herbei.

Eine kompakte Interpretation der ersten Variante hat Yannis Varoufakis geliefert. Er begründet den Beginn eines spezifischen neuen postkapitalistischen Zeitalters mit dem Aufschlagen der Corona-Pandemie auf die von den Regierungen zwecks Rettung des Finanzsektors aufgepumpte Riesenblase. Die Kurse stiegen in dem Augenblick, als die Wirtschaften schrumpften. Ein Zeichen für die Selbststeuerung des Finanzkapitals, dessen Blase von den Regierungen prall gehalten werden muss, egal, wie es der Realwirtschaft geht.

Varoufakis nennt ein Beispiel: Die EZB gibt Banken billiges Geld, die damit wiederum billige Kredite ausgeben, an Firmen wie VW, die Geld nicht brauchen, aber nehmen, um damit eigene Aktien zu kaufen, den Kurs nach oben zu treiben und die Bonusse des Managements explodieren zu lassen. Die Finanzblase und nicht mehr die Produktion von Gebrauchsgütern steuert nun die politischen Entscheidungen. Spekulation ist von Produktion und Konsumation entkoppelt. Hurra, der Postkapitalismus ist da.

Andererseits bietet sich gerade der EU über den Weg einer Vergemeinschaftung der Schulden für die europäischen Hilfgelder die Möglichkeit einer Wirtschaftspolitik, die politisches Handeln wieder an andere Kriterien als die des Finanzkapitals bindet. Jürgen Habermas hat in diesem Sinn die Krise als letzte Chance der EU bezeichnet: Er stellt die These auf, dass die Alternative Demokratie, rechter Auto-

ritarismus, durch die Corona-Krise geklärt werden muss.

Dass sich die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zu einer europäischen Vergemeinschaftung von Schulden entschloss, könnte den Weg zu einer Integration der EU ebnen, meint Habermas. Selbst Wolfgang Schäuble beklage heute, das ihm nach der Finanzkrise 2010 der Mut zu diesem Schritt gefehlt habe, den Deutschland nun tat.

Was brachte Merkel zu diesem Schritt? Habermas zufolge ließ sich die europafreundlich kostümierte, tatsächlich aber „wirtschaftsnationale“ Haltung Deutschlands im Angesicht einer populärer werdenden nationalen, handfest antieuropäischen Alternative im eigenen Land, der rechtsextremen AfD, nicht mehr aufrechterhalten. Merkel gab das Doppelspiel auf und entschloss sich zu einer Politik der europäischen Einheit, zu gemeinsamen Aufnahme von Schulden. Corona machte es möglich.

Corona war und ist ein Plädoyer für den Sozialstaat, so man imstande und willig wäre, die Botschaft zu verstehen

FOTO:
CHRISTOPHER MAURIČ

Österreich hat dem zwar zugestimmt, sich aber verbal mit allen Mitteln dagegenstellt. Es ist zu hoffen, dass die kümmerliche Alternative der „sparsamen“ Renationalisierung, die Österreichs türkise Regierungsfraktion anbietet, ebenfalls nur eine Maskerade ist, um FPÖ-Wähler zu gewinnen, und dass sich unter der Maske die alte Europapartei ÖVP verbirgt.

Solcher Mummenschanz kann sich allerdings leicht verfestigen und Realität werden. Das begünstigt am Ende nur den Weg von der Demokratie in die nationalistische Autokratie. Der real existierende österreichische Sozialstaat kann uns nicht nur davor retten. Er wäre in modernisierter und verbesserter Form für eine europäisch orientierte Politik vielmehr ein Modell, das Österreich Europa als Muster anbieten könnte, um es krisenfest zu machen. Dann hätte sich die Pandemie nicht nur als Krise und Katastrophe, sondern als Kairos erwiesen.

Am Ende der Kräfte

Tausende ausländische Betreuerinnen pflegen Österreicher rund um die Uhr. In der Covid-19-Krise wäre das System durch geschlossene Grenzen fast zusammengebrochen. So kann es nicht weitergehen

Am 1. September war es wieder so weit: Die ganze Branche hielt den Atem an. Ab 0.01 Uhr werde man die Grenzen schließen, wegen der vielen Neuinfektionen, die aus dem Ausland ins Land kämen, hatte die ungarische Regierung verlautbaren lassen. Schotten dicht gegen das Virus. Die Ungarn gelte es zu schützen. Doch was würde mit den anderen passieren? Ungarn ist das Transitland für 33.000 rumänische Betreuerinnen, die sich in Österreich um alte Menschen kümmern. 24 Stunden lang. Meist im 28-Tage-Turnus. Das System funktioniert nur im ständigen Wechsel. „Jetzt fängt die Parade also wieder an“, schreibt sarkastisch eine Frau in einer einschlägigen Gruppe auf Facebook, der inoffiziellen Informationsdrehscheibe der Arbeitsmigranten.

Die Parade also. Das Getänzel mit den Corona-Bestimmungen. Die Unsicherheit. Stundenlange Wartezeiten an den Grenzübergängen? Neue Bestimmungen für die Einreise? Mit oder ohne Covid-Test? Wie alt darf er sein? Welche Dokumente werden die Grenzbeamten verlangen? Wie weit wird man dieses Mal zu Fuß gehen müssen?

Seit sechs Monaten geht das so. Das Coronavirus hat den reibungslosen Ablauf der 24-Stunden-Pflege unterbrochen. Weil es der Anlass war, Grenzen hochzuziehen, wo man mit Durchfahrt rechnete.

Das System setzt zwei Dinge voraus: den Wunsch von Pflegebedürftigen, zu Hause bleiben zu können, und die Bereitschaft von ausländischen Betreuerinnen, die Pflege im Haus zu übernehmen. Die meisten dieser Betreuerinnen kommen aus Rumänien und aus der Slowakei. 90 Prozent von ihnen sind weiblich. Ihr Arbeitsfeld betrifft ein hochsensibles Alter, körperlich und psychisch: den Lebensabend.

Die 24-Stunden-Pflege stand stets auf wackeligen Beinen. Unter Corona ist sie fast zusammengebrochen.

Am 17. März riegelte Ungarn zum ersten Mal die Grenzen ab, Korridorlösungen für Transitpassagiere verhandelte man erst später aus. In der Not ließen die Agenturen und die Wirtschaftskammer Österreich Betreuerinnen, „Nachschub“ aus Rumänien und Bulgarien, einfliegen und steckten sie unter fragwürdigen Bedingungen zwei Wochen lang in Hotelquarantäne. Schnelle PCR-Tests gab es im April noch nicht. Dann schickte die österreichische Regierung ab Mai einen Zug, der über Ungarn halbleer zwischen Wien und der westrumänischen Stadt Timișoara hin- und herging. Das war zwar mit Budapest so akkordiert, verfehlte aber seinen Zweck insofern, als Rumäninnen, die nicht in der unmittelbaren Umgebung Timișoaras wohnten, im rumänischen Corona-Chaos die Binnenreise durchs eigene Land nicht schafften. Der grüne Sozialminister Rudolf Anschöber versprach sodann einen „Bleib hier“-Bonus in Höhe von 500 Euro, der vielfach im Behördenschlingel unterging und in jedem Bundesland anders ausgezahlt wer-

REPORTAGE:
EVA KONZETT

den sollte. Die Pflege zu regeln obliegt den Landeshauptstädten.

Dass das System hielt, dass die Alten weiterhin versorgt wurden, hatte also wenig mit den offiziellen Maßnahmen zu tun: Viele Betreuerinnen blieben länger bei den Kunden, aus Verantwortungsbewusstsein. Und weil sie bei einer Rückkehr die staatliche Quarantäne in den Heimatländern fürchteten. Andere organisierten sich Hin- und Rückreise privat, wie immer auf Facebook, und gingen zu Fuß über die Grenzen. Sie posteten ihre Videos in den Social Media, wackelige Handybilder: Ende Mai, Rumänien, Grenzübergang Nădlac. Hunderte Menschen, Betreuerinnen, Bauhacker, Erntehelfer, gekündigtes Küchenpersonal. Ein Panorama der prekär beschäftigten Arbeitsmigranten neben den Autokolonnen. Ohne Sicherheitsabstand.

61.900 Betreuerinnen sind in Österreich per Gewerbeschein gemeldet. Sie pflegen rund 30.000 österreichische Alte. Möglich macht das Konstrukt das fortwährende Wohlstandsgefälle zwischen Österreich und den östlichen Nachbarn. Eine „gewisse ökonomische Logik“, nennt die Wirtschaftswissenschaftlerin Ulrike Famira-Mühlberger vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) das. Alle Seiten profitieren: Die Betreuerinnen erhalten ein für ihre Verhältnisse relativ hohes Gehalt, die Betreuten können zu Hause altern, die Angehörigen können mit ruhigem Gewissen schlafen. Die öffentliche Hand spart, weil sie nicht Geld in teure stationäre Pflegeplätze in Heimen stecken muss. „Das große Problem ist, dass diese Frauen keine reinen Betreuungsleistungen wie Essenskochen, Waschen und Einkaufen erledigen“, sagt Christoph Lipinski von Vida Flex, einer gewerkschaftlichen Initiative für Ein-Personen-Unternehmen, „sondern dass sie oftmals richtig harte Pflege leisten müssen“. Dafür aber sind sie nicht ausgebildet. Und darauf sind sie vielfach nicht vorbereitet.

„Das System macht dich zum Sklaven“, sagt eine Rumänin, die seit zwei Jahren in Österreich eine bettlägerige Frau versorgt. Sie arbeitet 16 Stunden am Tag, hat keine Ruhepausen, schläft selten durch, weil die Patientin in der Nacht schreit oder nach Palatschinken verlangt. Eine andere Rumänin sagt im Mai, nach acht Wochen bei einer demenzen Frau mental am Ende ihrer Kräfte zu sein. Ihre Patientin sei plötzlich palliativ geworden, erzählte wiederum eine slowakische Betreuerin. Wo sie sich bisher um Essen, Medikamente und Spazieren gehen kümmerte, musste sie inmitten der Covid-19-Pandemie nun eine Frau auf den Tod vorbereiten.

Und dann sind da noch die Agenturen, die Scharniere zwischen Betreuungsangebot und Nachfrage. Im guten Fall sind sie Wegweiser durch Sprachbarriere und Rechtsvorschriften. Im schlechten Fall zocken sie ab: bei den Betreuerinnen und den Betreuten.

Es war die große Koalition, die ab dem 1. Juli 2007 die Arrangements der 24-Stunden-Pflege aus dem irregulären Markt in ein

legales „Personenbetreuungsgewerbe“ goss. 24-Stunden-Betreuerinnen arbeiten jetzt als Hybride: Rechtlich gesehen selbstständig, regeln die 918 österreichischen Agenturen in den meisten Fällen die Arbeitsverhältnisse. Inkassoverträge, bei denen alle Geldflüsse über die Agentur verrechnet werden, sind mitunter ein Teil davon. Agenturen, die möglichst arme, der deutschen Sprache kaum mächtige Frauen zu rekrutieren trachten, um die Abhängigkeit zu vergrößern, auch.

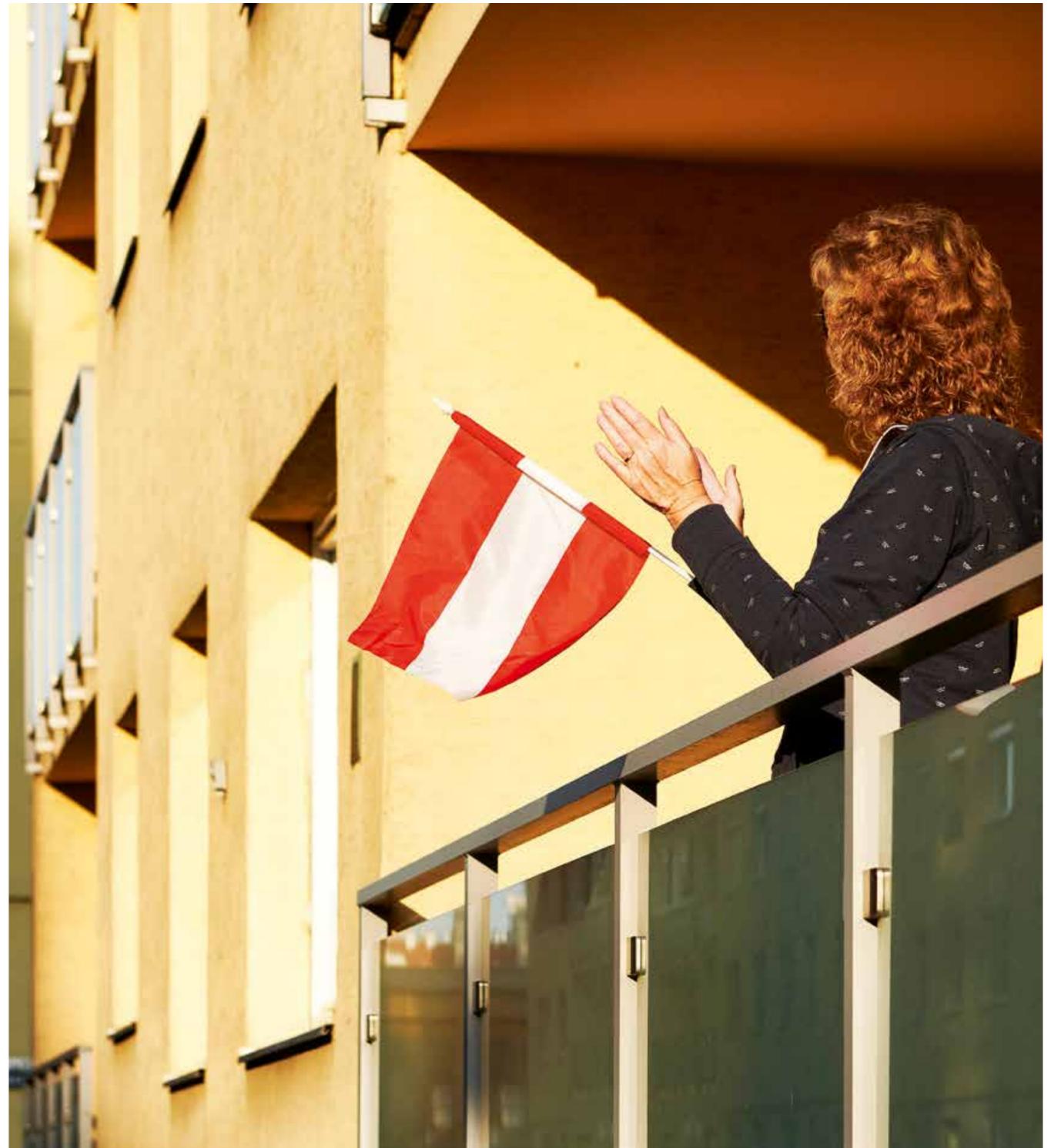
Mario Tasotti will diese Darstellung nicht gelten lassen. Seit elf Jahren leitet er gemeinsam mit seiner Frau Bettina die Agentur Lebenswerte in Wien-Favoriten, ein helles Büro, viel Glas, viele Fotografien am Rande des neugebauten Sonnwendviertels. Tasotti, von der Statur her sportlich, von der Ausbildung her Jurist, weiß um die schwarzen Schafe in der Branche. Aber „wir sind nicht so und wir sind nicht die einzige Agentur, die seriös arbeitet“, sagt er bestimmt. Wie viele es anders machen, will der Mann, in der WKO auch Vertreter der Fachgruppe Personenbetreuung, nicht beziffern. Die mit ihm zusammenarbeitenden Betreuerinnen sprechen jedenfalls alle Deutsch. Die Honorare erhalten sie direkt von den Kunden. Die Agentur ist mit dem Gütesiegel des Sozialministeriums ausgestattet. Die Betreuerinnen schlecht zu behandeln hätte, neben dem menschlichen Aspekt, auch keine wirtschaftliche Logik, sagt Tasotti: „Dann werden sie in aller Regel auch nicht eine optimale Betreuungsleistung bei den Kunden erbringen. Und dies würde wiederum unweigerlich negativ auf die Agentur zurückfallen“. Die stabilen Betreuungsverhältnisse sind jene, die wirtschaftlich am lukrativsten sind.

Die Covid-19-Pandemie hat auch diese durcheinander gebracht. Auf der einen Seite die Angehörigen, die um die Pflege bangten. Auf der anderen Seite die Betreuerinnen, die durch wochenlange Dauerbetreuung am Ende ihrer Kräfte waren und zudem selbst Kinder in Rumänien, in der Slowakei haben. Auch dort stiegen die Infektionszahlen, Rumänien verhängte den Ausnahmezustand, Soldaten patrouillierten in den Gassen. Die Leute trauten sich nicht in die Spitäler, weil sie um die dortigen Zustände Bescheid wussten. „Es war ganz einfach hart“, sagt eine Betreuerin. Und: „Ich konnte nicht mehr.“

Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, was davor schon allen klar war: dass es so in der Pflege nicht weitergehen könne.

Dafür hätten auch die Zahlen gereicht.

2018 hatten 2,5 Prozent der Österreicher das 85. Lebensjahr schon erreicht. 2030 werden es voraussichtlich 3,5 Prozent sein. Bis 2050 werden 6,1 Prozent der Bevölkerung hochbetagt sein. Derzeit betreuen Angehörige 40 Prozent der Pflegegeldbezieher ausschließlich. In fünf Prozent der Fälle nehmen Pflegegeldbezieher eine 24-Stunden-Hilfe in Anspruch. Laut Berechnungen des Wifo könnte der Anteil der öffent-



lichen Ausgaben für Pflege- und Betreuungsdienste (ohne Pflegegeld) bis 2050 – von jetzt 0,5 Prozent – auf 2,2 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Dann stünde das Finanzministerium vor einer Rechnung von 13 Milliarden Euro pro Jahr. Die Abschaffung des Pflegeregresses dürfte die stationäre Pflege vulgo Pflegeheim attraktiver gemacht haben. Jene Form, die am meisten kostet.

Wohin also mit der Pflege? Das fragt auch Sozialminister Rudolf Anschöber. Er will eine große Pflegereform initiieren, eines

Österreich braucht
Pflegerinnen. Wer
soll sie bezahlen?

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

der „größten Reformprojekte dieser Legislaturperiode“. Das Coronavirus kam ihm vorläufig dazwischen. Sofortmaßnahmen drängten vorerst den großen konzeptuellen Entwurf. Daran wird nun gearbeitet.

Die Covid-19-Krise hat auch den 24-Stunden-Betreuerinnen bewusst gemacht, dass sie etwas tun müssen. Zu sehr fühlten sie sich zwischen den Ländern hin- und hergeschubst, als Ware über die Grenze gekarrt, deren Wohlbefinden nicht immer an erster Stelle stand. Am 8. August gingen auf

den Facebook-Seiten, auf denen sie sich vernetzen, viele Herzchen auf. Das österreichische Vereinsregister hatte den Verein D.R.E.P.T. offiziell aufgenommen, die erste Interessenvertretung der 24-Stunden-Betreuerinnen, eine Lobbyinstitution. Ein bisschen Gewerkschaft, natürlich nicht offiziell. Die Frauen sind schließlich rechtlich gesehen keine Arbeitnehmerinnen. Sie sind Ein-Personen-Unternehmen.

Als Erstes hat der Verein deshalb die Kriterien und Formulare für den Härtefallfonds aus dem Corona-Hilfspaket übersetzt. ☘

Jeder hat sein Packerl zu tragen

Krankheitsausbrüche in zwei Paketzentren warfen ein Licht auf die Arbeitsbedingungen bei der Österreichischen Post. Wie ethisch muss ein teilstaatlicher Konzern arbeiten?

Ein Job, auf den man vertrauen kann.“ Glückliche Menschen arbeiten bei der Österreichischen Post, beseelt suchen sie in Imagevideos nach neuen Kollegen: „Wir machen das nicht nur für Geld, sondern für uns alle“, sagt die gefilmte Frau am Schalter. „Wenn's wirklich wichtig ist, dann lieber mit der Post“ hält sich seit zehn Jahren als Unternehmenslogan.

In der Welt der globalisierten, ausbeuterischen, steuerschonenden Privatpoststeller gibt sich die Österreichische Post als verantwortungsvoller Grundversorger mit lächelndem Gesicht. Es stimmt ja auch: Die Post ist österreichische Infrastruktur und – weil sie zu 52,9 Prozent der Republik gehört – sogar Gemeingut. An teilstaatliche Unternehmen mit gesellschaftlichem Auftrag hat die Öffentlichkeit zu Recht hohe Erwartungen.

Weshalb von all den Schilderungen prekärer Arbeitsbedingungen, die das Coronavirus in den vergangenen Monaten zutage brachte, jene von der Österreichischen Post am irritierendsten waren. Schlimm genug, wie Menschen in Diskontschlachthöfen und der Saisongastronomie schufteten, aber solche Zustände bei der Post? Eine Debatte begann: Wie ethisch müssen Betriebe der Republik handeln?

Die Geschichte poppte Mitte Mai auf, als 547 Soldaten und Zivilbedienstete des Bundesheers in den Postverteilern in Inzersdorf und Hagenbrunn zum Dienst antraten. Der Grund: 133 Mitarbeiter der Pakethallen waren positiv auf das Coronavirus getestet worden, alle mussten in Quarantäne.

Ein kleiner Schock zu jener Zeit, als Regierung und Behörden das Land langsam wieder aufsperrten wollten. Sogar für die Post kam die Meldung überraschend, oder anders ausgedrückt: Wäre es nach ihr gegangen, wäre der Krankheitsausbruch noch länger unerkannt geblieben.

Es war eine Betreuerin der Flüchtlingsunterkunft Erdberg, die die Gesundheits-hotline 1450 anrief, weil einige Bewohner mögliche Corona-Symptome gezeigt hatten. Fünf der Infizierten hatten in Hallen der Österreichischen Post gearbeitet, also veranlassten die Wiener und niederösterreichischen Gesundheitsbehörden dort Tests. Und staunten über das Ergebnis: Fast jeder vierte „Packerlschupfer“ in Hagenbrunn und Inzersdorf war positiv.

In den Posthallen konnte das Virus offenbar wüten, und weil dem Arbeitgeber der Ausbruch lange nicht auffiel, musste die strategische Handlungsreserve der Republik einspringen. Das Bundesheer stellte der Post nach dem Einsatz mehr als zwei Millionen Euro in Rechnung.

Ein denkwürdiger Fall. Der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) suchte die Schuld bald bei Leiharbeitsfirmen, die ihre Mitarbeiter falsch informierten. Der nicht-amtsführende Vizebürgermeister Dominik Nepp (FPÖ) erklärte Corona zum „Asylantenvirus“, weil der Cluster in der Erdberger Unterkunft entdeckt worden war.

RECHERCHE:
LUKAS
MATZINGER

Dabei hatten sich in den Posthallen In- und Ausländer, Stamm- und Leiharbeiter gleichermaßen angesteckt, gemeinsam hatten die Kranken nur den Arbeitsplatz. Offenbar begünstigen die Zustände in den Pakethallen Infektionen und offenbar können dort mehr als 100 infizierte Mitarbeiter unentdeckt bleiben. Plötzlich fiel Licht auf die Arbeitsbedingungen der guten, alten Post. Wie sieht die wahre Welt der vorgeblich glücklichen Postler aus?

Pakete sortieren ist einer der niederschweligen Jobs überhaupt, in den Verteilerzentren der Post arbeiten besonders viele somalische Männer. Die meisten sind in den vergangenen Jahren als Flüchtlinge nach Österreich gekommen, sprechen schlecht Deutsch und wissen wenig über Arbeitsrecht und ihre Vertretung. Einer, den wir Deeka nennen, hat dem *Falter* von seiner Arbeit erzählt.

In Shuttlebussen bringt die Post die Arbeiter jeden Tag von U-Bahn-Stationen zu den Hallen an den Stadträndern. Einige seiner Kollegen wohnen noch in Flüchtlingsheimen oder sind in größere Wohngemeinschaften gezogen. Im Schichtbetrieb verteilen sie Pakete, für etwa zehn Euro Grundlohn die Stunde.

Als die meisten Geschäfte im Frühjahr geschlossen hatten, war in den Postpaketzentren Hochbetrieb. In den Sozialräumen seien die Corona-Abstände schwer einzuhalten gewesen, erzählt Deeka. In den Shuttlebussen seien nicht immer genügend Sitze leer geblieben. Die Arbeit sei hart, sagt er, aber eine andere bekäme er nicht.

Fast jeder Zweite in diesen Hallen ist Leiharbeiter, also nicht bei der Post, sondern bei einem Personalleasingunternehmen angestellt. Sie entsenden diese Leute an die vorgesehenen Stellen, die Post kann sie nach Bedarf unkompliziert zurückstellen, wovon sie auch Gebrauch macht. Leiharbeiter sind weniger in das Unternehmen integriert, sie bleiben durchschnittlich nur 64 Tage in einem Betrieb. Wenn das Leasingunternehmen danach keine Stelle findet, folgen oft die einvernehmliche Kündigung und das AMS. Deeka und seine Systemerhalterkollegen sind unsicher beschäftigt.

Irgendwann einmal gab es Leiharbeit, um Auftragsspitzen abzuarbeiten, für viele Unternehmen wie die österreichische Post sind sie inzwischen das erste Mittel der Wahl: In der Finanzkrise 2009 gab es 49.000 „überlassene Arbeitskräfte“ in Österreich, 2019 waren es mehr als 90.000.

Im vergangenen Jahrhundert war der Postbeamte der vielleicht volksnächste Teil der österreichischen Verwaltung, er tat so bequem und abgesichert Dienst, dass ihn manche gar dem Wohlfahrtsstaats zurechneten. Heute, da die Österreichische Post AG an der Börse performen muss, sind in den Paketzentren somalische Leiharbeiter gefragt.

Etwas mehr als die Hälfte des Konzerns gehört noch der Österreichischen Beteiligungs AG des Finanzministeriums, doch 2006 hat die ÖVP-BZÖ-Regierung die Post

teilprivatisiert und 41,3 Millionen Aktien zum Emissionskurs von 19 Euro an Anleger verkauft. Heute liegt das Papier bei 28,50 Euro, das Unternehmen blüht: Die Post hat mehr als 20.000 Mitarbeiter, mehr als zwei Milliarden Euro Umsatz und mehr als 200 Millionen Gewinn vor Zinsen und Steuern.

Es soll schon vorgekommen sein, dass derart gesunde Zahlen gesunden Arbeitsverhältnissen zuwiderlaufen. Der oberste Postgewerkschafter, Helmut Köstinger, sagt, er habe nicht gewusst, dass im neuen Paketzentrum in Hagenbrunn so viele auf Leasingbasis beschäftigt sind. Warum ihn das überrascht, ist unklar, in der Branche ist bekannt, wie hart die Post um billige Leiharbeiter kämpft: Die Post bezahle Personalzulieferern teils weniger, als diese für die Mitarbeiter ausgeben, erzählte Thomas Grammelhofer, der Branchensekretär für Leiharbeiter in der Produktionsgewerkschaft: „Das ist verrückt, damit verlieren diese Leiharbeitsfirmen Geld.“

Die Wirtschaftskammer hat die Lohnnebenkosten für Leiharbeiter mit 97,5 Prozent errechnet, die Post bezahlt einzelnen Personaldienstleistern nur 90 Prozent mehr als die Löhne der Geliehenen. Der Vorstandsvorsitzende der Post, Georg Pölzl, steht zum Preisdumping: „Das sind Einkaufsentscheidungen“, sagte er dem *Falter*, Gütesiegel der Personaldienstleister spielen keine Rolle.

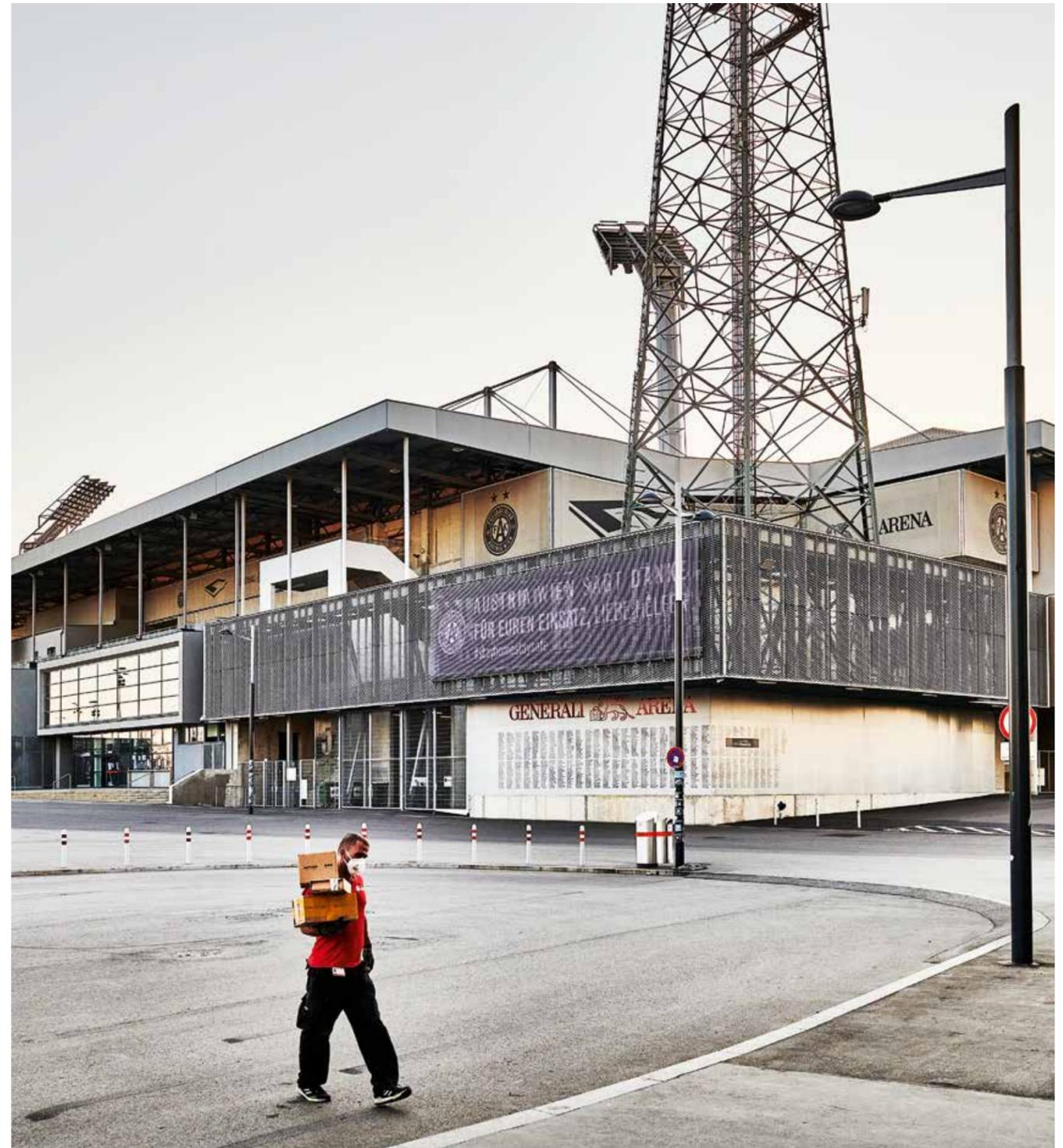
Um Arbeitsleistung möglichst billig zuzukaufen, schreckt man nicht vor halbseidenen Leiharbeitsbetrieben zurück: Das Unternehmen M. hat der Post Arbeiter überlassen und gilt inzwischen offiziell als Scheinfirma. Das Unternehmen I. hat seit 2018 Dutzende Syrer und Somalier in die Paketzentren entsendet, sie bekamen keine ordentlichen Papiere oder korrekten Löhne. Auch von solchen windigen Vermittlern hat die Post Personal gemietet.

Einige Jahre hat es gebraucht vom gemüthlichen Postbeamten zum illegal beschäftigten Leiharbeiter. Mit der Verbreitung des Internets gibt es heute viel weniger Briefe und viel mehr Pakete, in den modernen Verteilern sind die Slogans der Post offenbar nicht sehr präsent. Wirklich gestört hat das bisher nicht, der Finanzminister war stets stolz auf die guten Zahlen der Post. Die Kunden freuten sich über billiges Porto und schnelle Sendungen.

Und wie steht es um die Zustellung? Wie schafft es die Post, trotz preisdrückender Konkurrenz an der Börse zu brillieren? Oder anders gefragt: Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass viele Paketträger in Postjacken ungarisch sprechen?

Auch das Paketaustragen wird durch fremde Arbeit billiger, und auch lokale Dienstleistungen lassen sich ein bisschen globalisieren: Mehr als jedes vierte Paket liefert die Post nicht selbst aus, sie hat 25 bis 30 Frachtunternehmen beauftragt. „Die Arbeit mit Frächtern ist eine Marktgepflogenheit, der sich die Post nicht ganz verschließen kann“, sagt der Postchef Georg Pölzl.

Wie diese Frächter dann ihre Arbeit organisieren, muss ihn nicht interessieren.



Viele Post-Subunternehmer geben ihre Aufträge an andere Subunternehmen weiter. Am Ende der Kette bleibt so wenig Geld übrig, dass sich kaum mehr Österreicher für diese Arbeit finden.

Ein junger Mann, den wir Máté nennen, fährt jeden Tag um 4.30 Uhr von zu Hause weg, um trotz Grenzstaus rechtzeitig das Lieferauto beim Verteilerzentrum zu beladen. Er kommt aus Ungarn, um für den österreichischen Staatskonzern auszuliefern. 150 Pakete pro Tag ist sein Schnitt, einmal musste er 305 Pakete liefern. Und fast so oft aussteigen, tragen, Unterschrift holen.

Ein Milliardenkonzern der Republik baut auf Billigstleiharbeit auf

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

Máté arbeitet für ein Subunternehmen, das für einen Frächter arbeitet, der für die Österreichische Post arbeitet. Pro ausgeliefertem Paket bekommt Máté in Wien etwa 40 Cent. Fehler gehen ins Geld, für falsch abgestellte Pakete zahlt er Strafe. Trotzdem verdient Máté mehr, als er in seiner Heimat verdienen würde.

In einer Facebook-Gruppe mit vielen hundert Mitgliedern tauschen sich die ungarischen Paketzusteller Österreichs aus. Manche von ihnen sind alleine ein Subunternehmen, sie bekommen mehr Geld pro Paket, arbeiten aber auf eigenes Risiko

und mit eigenem Auto. Die Männer sagen, sie mussten Postwesten um 65 Euro kaufen und den Zustellscanner um 30 Euro im Monat mieten. Wenn sie krank sind, bekommen sie nichts.

Ein Milliardenkonzern der Republik baut auf Billigstleiharbeit von teils windigen Personaldienstleistern und ausgebeutete ungarische Paketboten. Im Imagevideo kommen sie nicht zu Wort. „Die Menschen erwarten, dass wir zu vertretbaren Preisen liefern“, sagte der Postchef Georg Pölzl dem *Falter*. Er selbst wird heuer 2,5 Millionen Euro verdienen.

Der englische Patient

Was Europa aus der Corona-Krise von Großbritannien lernen kann

Vom 10. bis 13. März 2020 nahmen in Cheltenham insgesamt 251.000 Zuschauer an einem der größten Events des englischen Sportjahres teil: Bei vier Tage lang dauernden Pferderennen wurden hunderte Millionen Pfund verwettet. Am Gold Cup Day, dem letzten Tag des Rennens, drängten sich 70.000 Besucher auf den Tribünen.

Nach dieser an sich schönen Demonstration traditioneller englischer Pferdenarrheit verdoppelte sich die Todesrate in den Spitälern der Region Gloucestershire, zu denen Cheltenham gehört. Hunderte Pferderennen-Besucher hatten Covid-19-Symptome entwickelt. Das Virus breitete sich in Windeseile von den Tribünen ins Vereinigte Königreich aus. Cheltenham war eine Covid-19-Superscheuler.

Libertärer Regierungschef

Der britische Regierungschef Boris Johnson verkündete noch am 13. März bei einem Pressebriefing selbstbewusst: „Die Absage von Großveranstaltungen hat nach Ansicht der Wissenschaftler kaum Auswirkungen auf die Ausbreitung des Virus.“ Erst am 23. März absolvierte Johnson die erste von vielen Kehrtwenden und verhängte einen Lockdown über Großbritannien: „Bleiben Sie zu Hause!“ Die ursprüngliche Ansicht, Herdenimmunität sei das beste Abwehrmittel gegen das Coronavirus, wurde angesichts der sich dramatisch ausbreitenden Infektionszahlen rasch und drastisch revidiert.

Am 2. April erkrankte Sir Mark Sedwill an Covid-19. Der höchste Beamte des Vereinigten Königreichs hatte am Cheltenham-Festival teilgenommen. Damit war Covid-19 im Zentrum der Macht, in der Downing Street, angekommen. Auch Johnson, sein Chefberater Dominic Cummings und einige Kabinettsmitglieder zeigten bald Symptome. Wer wen angesteckt hat, lässt sich nicht sagen. Am 7. März hatte Johnson mit seiner hochschwangeren Freundin gemeinsam mit 81.000 Fans das Rugbymatch England gegen Wales besucht.

Johnson landete nach wochenlanger Krankheit am 16. April auf der Intensivstation. Tagelang bangte das Königreich um das Leben des Premierministers. Johnson überlebte. Er hatte mehr Glück als knapp 42.000 seiner Landsleute, die bisher offiziell Covid-19 erlegen sind. Großbritannien hat damit eine der höchsten Corona-Todesraten in Europa, obwohl die Insel später vom Virus heimgesucht wurde und man

ESSAY:
TESSA
SZYSZKOWITZ

früher Schlüsse aus dem Verlauf in Italien hätte ziehen können.

Wer an dem verheerenden Missmanagement schuld ist, wird wohl erst später untersucht werden. Der Regierungschef hat unter dem Druck der parlamentarischen Opposition einen Untersuchungsausschuss angekündigt – wenn die Pandemie unter Kontrolle gebracht ist. Boris Johnson wird sich die Frage gefallen lassen müssen, ob sein libertäres Denken mit an lustvollem Anarchismus grenzenden Elementen – der Premierminister hatte noch in der ersten Märzwoche Covid-19-Patienten in Krankenhäusern leutselig und bestimmt die Hand geschüttelt – die britische Bevölkerung unnötiger Gefahr ausgesetzt hat.

Bringt Corona den Populismus um?

Das britische Corona-Chaos ist primär die Folge einer politischen Entwicklung, die nicht nur Großbritannien betrifft. Länder, in denen die Paradedeputierten der westlichen Welt regieren, stehen ganz oben auf der traurigen Opferliste der Covid-19-Toten. Wie Donald Trump in den USA und Jair Bolsonaro in Brasilien hat Johnson das Coronavirus erst nicht ernst genommen, dann missverstanden und bisher sehr schlecht gemanagt. Geopolitik-Kommentator Gideon Rachman überlegt deshalb in der *Financial Times*: „Könnte das Coronavirus den Populismus umbringen?“ In den Vereinigten Staaten muss Donald Trump bereits um seine Wiederwahl zittern.

Boris Johnson dagegen drohen auf lange Sicht keine Wahlen. Er hat die bisher letzte Parlamentswahl im Dezember 2019 mit einer Mehrheit von 80 Mandaten gewonnen. Er hat auch im Unterschied zu Bolsonaro und Trump wenigstens versucht, dem Rat von Virologen und Wissenschaftlern zu folgen.

Das Problem des fidelen britischen Premiers aber war und ist im Kern: Populisten sind Schönwetterpolitiker und – in den meisten Fällen – schlechte Krisenmanager. Optimismus ist die falsche Voraussetzung für die frühe und beherrschte Bekämpfung von weltweiten Pandemien. Als die Pandemie ausbrach, schwänzte Johnson leichtsinnig die ersten fünf COBR-Krisensitzungen seines nationalen Sicherheitsrates.

Außerdem fehlt ihm, das weiß man seit seiner Zeit als Bürgermeister von London, grundsätzlich Ernsthaftigkeit und Realitätsinn. Er plante enthusiastisch eine Gartenbrücke über die Themse, die nie gebaut wur-

de, aber 50 Millionen Pfund Planungskosten zurückließ. Johnsons Talent, Sponsoren für Großprojekte zu rekrutieren, ist zwar unbestritten, endete aber mit einem roten Stahlungestüm und einer Drahtseilbahn in Ostlondon, die von Londonern wie Touristen gleichermaßen gemieden werden.

Der 55-jährige Konservative kam zudem mit dem wilden Versprechen an die Macht, den Briten ihren Brexit zu schenken und damit eine rosige Zukunft, in denen das Vereinigte Königreich die Kontrolle über seine Grenzen und Gesetze zurückbekommen würde.

Bisher ist dies noch nicht geschehen. Großbritannien ist zwar offiziell am 31. Jänner 2020 aus der EU ausgetreten. Die Übergangsphase endet aber erst Ende Dezember. Bis dahin ist das Land noch Mitglied des EU-Binnenmarktes, der für die mit Europa eng vernetzte britische Wirtschaft von großem Vorteil war. 2019 gingen 43 Prozent aller britischen Exporte in die EU. Ab dem 1. Jänner 2021 werden sich die Folgen des Brexit für die Bevölkerung in Britannien erstmals abzeichnen beginnen. Auch die Personenfreizügigkeit aller EU-Bürgerinnen und -Bürger endet dann.

Was aber schon während der Corona-Krise klar geworden ist: Um den Brexit durchzusetzen, hat Boris Johnson viele zivilisierte Konservative aus der Tory-Partei geworfen, weil sie sich seiner Brexit-Vision verweigert hatten. Phillip Hammond, unter Theresa May noch Schatzkanzler, oder Dominic Grieve, ehemaliger Staatsanwalt für England und Wales, zählen zu den vielen Brexit-Opfern in den eigenen Reihen.

Das Resultat dieser parteiinternen Säuberung: Johnson begann seine Ära im Jänner 2020 mit zumeist unerfahrenen Loyalisten. Der Kitt seiner Regierung ist die Brexit-Ideologie.

Innenministerin Priti Patel, die für eine harte Linie bei der Einwanderung steht, oder Erziehungsminister Gavin Williamson, der im Sommer 2020 für eine Serie an katastrophalen Fehlentscheidungen bei der Auswertung von Schulnoten für die Universitätsbewerbungen verantwortlich war, stolpern in ihren Jobs von Panne zu Peinlichkeit, weil ihnen Kompetenz und Detailwissen fehlen.

Einzig der junge konservative Star Rishi Sunak konnte die Krise nutzen, als neuer Finanzminister zu hoher Instant-Beliebtheit aufzusteigen, weil er Milliardenzu-



Die althergebrachten Strukturen wurden zerschlagen - und die neuen haben sich nicht bewährt

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 16

schüsse über der verzweifelten Bevölkerung ausschüttete. Bisher ist allerdings gänzlich unklar, wer die Rechnung dafür bezahlen wird.

Rettungsanker NHS

Was Johnson in der Covid-19-Krise rettete, war das britische Gesundheitssystem. Der National Health Service ist ein Meisterstück sozialdemokratischer Politik. Premierminister Clement Attlee führte 1948 eine Gesundheitsversorgung für alle Briten ein – gratis, ohne Mitgliedsbeitrag und ohne Klassen. Der NHS war in dieser Großzügigkeit und Bestimmtheit der erste seiner Art weltweit.

Auch der britische Gesundheitsdienst leidet wie weltweit vergleichbare Systeme an seiner Effizienz – die Briten leben immer länger und ihre Versorgung wird immer teurer. Um die explodierenden Kosten unter Kontrolle zu bringen, setzten die Tory-Finanzminister zwischen 2010 und 2020 schmerzhaft Sparprogramme durch. Seit der Einführung des NHS Ende der 1940er-Jahre war das Budget im Durchschnitt jährlich um 3,7 Prozent gewachsen. Unter der Labour-Regierung von Tony Blair ab 1997 wurden durchschnittlich sechs Prozent auf das NHS-Budget gehäuft. Ab 2010 waren es unter dem konservativen Premier David Cameron und seinem Schatzkanzler George Osborne im Durchschnitt nur noch 1,4 Prozent pro Jahr.

In der Folge knirschte und krachte das Gesundheitssystem immer lauter. Das Brexit-Votum 2016 tat ein Übriges: Der NHS verlor in den Jahren danach 10.000 Angestellte, weil Ärztinnen und Krankenpfleger aus EU-Ländern in ihre Ursprungsländer zurückkehrten. Sie wurden nicht ausreichend durch neue Zuwanderer aus der EU ersetzt. Von 6382 in den Jahren 2016 und 2017 sank die Zahl neu hinzugekommener Krankenpfleger um 87 Prozent auf nur 805 im Jahr darauf.

Bereits vor der Covid-19 Pandemie begann in der Downing Street ein gewisses Umdenken, was die harsche Sparpolitik von Cameron betraf. Im konservativen Parteiprogramm 2017 versprach Premierministerin Theresa May bereits Extra-Milliarden für den NHS. Als Johnson im Herbst 2019 um die Stimmen aller Briten warb, spielte die öffentliche Gesundheitsversorgung eine prioritäre Rolle. Den Briten ist der NHS schließlich heilig. Er kommt gleich nach der Queen.

Um Wahlkreise in der „roten Mauer“ in Nordengland zu gewinnen, versprach Johnson ein Ende der von seinen Vorgängern verhängten Austeritätspolitik. Ein harter Brexit kombiniert mit einer sozialdemokratischen Versorgungspolitik folgte der Logik vieler alter Labour-Wähler in deindustrialisierten englischen Landstrichen.

Je mehr die britische Regierung im Frühling 2020 im Corona-Krisenmanagement versagte und mit ihrem Zickzackkurs der Maßnahmen die Bevölkerung komplett verwirrte, umso stärker richtete sich das allgemeine Augenmerk auf die Wichtigkeit – und die Stabilität – der Institution NHS.

Jeden Donnerstagabend klatschten die Briten während des schier endlos dauernden Lockdown landauf, landab dankbar für das Personal in den Krankenhäusern. In Ermangelung glaubwürdiger Regierungspolitik huldigte die Bevölkerung in anhebender grenzender Dankbarkeit dem NHS.

Boris Johnson selbst erschien nach sei-

nem Aufenthalt auf der Intensivstation geläutert: „Der NHS hat mir das Leben gerettet“, sagte er nach seiner Genesung Ende April. Besonders bedankte sich Johnson bei seinem Krankenpfleger Luis Pitarma, der aus Portugal stammt.

Nach dem Ende der Freizügigkeit am 1. Jänner 2021 wird der Zuzug von gut ausgebildeten Fachkräften im Gesundheitsbereich weiter einbrechen. Innenministerin Patel setzt auf ein Punktesystem für Arbeitskräfte nach australischem Vorbild, das die Immigration erheblich erschwert. Die Idee der Brexit-Befürworter, dass man mehr Engländer im NHS beschäftigen könnte, ist reizvoll, aber eine Zukunftsvision. Die Ausbildung von Krankenpflegern und Ärztinnen dauert Jahre.

Fataler Reformeifer

Mitten in Pandemie und Brexit eine geordnete Regierungspolitik zu entwickeln ist schwer für einen kunstvoll kuratierten Chaoten wie Boris Johnson, der sich vor Auftritten stets noch schnell seinen weiß-blonden Haarschopf zerzaust. Erstes deutliches Merkmal des neuen Johnsonismus: Der Pandemiepremier zollt der sozialdemokratischen Institution NHS Respekt. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen wird Johnson geneigt sein, hohe Staatssubventionen und -interventionen in schwächelnde Industriezweige zu genehmigen.

Doch gleichzeitig will er den Staat reformieren. Unter dem Einfluss seines disruptiven Beraters Dominic Cummings arbeitet Johnson an der Zentralisierung der Macht im Staat. Großes Augenmerk richtet Cummings dabei auf die traditionell politisch neutrale Beamtenchaft im Regierungsbezirk Whitehall, die ihm nicht gefügig genug erscheint. In Johnsons Downing Street zählt vor allem eines: Loyalität. Unter den erfahrenen Topbeamten in den Kernministerien, die in den vergangenen Monaten ge feuert wurden, ist auch der im Frühling in Cheltenham an Covid-19 erkrankte Mark Sedwill. Er wird Ende September auf die Straße gesetzt.

Die althergebrachten Strukturen, die sich in der Krise eher bewährten als populistische Parolen, sind deshalb keineswegs vor dem Zugriff aus der Downing Street sicher. Auch die Gesundheitsstrukturen möchte Cummings direkt kontrollieren.

Im August 2020 wurde deshalb Baroness Diana „Dido“ Harding als Chefin des neu gegründeten National Institute for Health Protection bestellt. Dieses Nationale Institut für Gesundheitsschutz ersetzt jene Institution, die bisher unter anderem mit dem Management von Pandemien betraut war: Public Health England (PHE). Begründet wird die Reorganisation mit mangelhafter Performance in diesem Covid-19-Frühling.

Die ironische Pointe allerdings ist die Bestellung der Chefin selbst. Dido Harding war schließlich im März mit der Entwicklung des Test-and-Trace-Programms der Regierung betraut worden und ist kläglich gescheitert. Die Contact-Tracing-App, die sie entwickeln und testen ließ, erwies sich als untauglich und wurde verworfen. Bis heute gibt es keinen Ersatz und in England wird eher zufällig als konsequent getestet.

Harding ist außerdem eine ehemalige Jockey. Die Rennreiterin besitzt mehrere Pferde und sitzt im Vorstand des Cheltenham-Festivals. Eben jenes Pferderennens, das auch in diesem März noch abgehalten wurde, als das Coronavirus schon wütete.

Baroness Dido – sie wurde 2014 von ihrem Studienfreund David Cameron mit einem Sitz im House of Lords geehrt – gilt als erfahrene Managerin von Telekom-Firmen und Supermarktketten. Ihr Job beim Konzern TalkTalk endete allerdings bald nachdem die Firma 2015 gehackt wurde und private Daten zehntausender Kunden gestohlen worden waren.

Hardings Ehemann, der konservative Abgeordnete John Penrose, ist Vorstandsmitglied des Thinktanks 1828. Dieser hat sich für die Umwandlung des NHS in ein Versicherungssystem ausgesprochen und dazu aufgerufen, Public Health England zuzusperren.

Covid und Brexit: doppelter Schlag

Für diese Reformen hat seine Ehefrau jetzt das Pouvoir bekommen. Die radikale Reorganisation der Gesundheitsstrukturen, der Dido Harding vorsteht, wird unter den derzeitigen Bedingungen allerdings nicht leicht werden: Das britische Sommerhoch im dritten Quartal 2020 mit einem BIP-Wachstum von 14 Prozent hat Wirtschaftsexperten zwar erfreut. Sollte die Pandemie einen zweiten Lockdown erfordern, gerät die britische Wirtschaft aber wieder stärker unter Druck.

Insgesamt stehen die Briten jetzt schon um einiges schlechter da als andere europäische Staaten, weil sie spät in den Lockdown hinein- und spät herausgegangen sind. Im zweiten Viertel 2020 schrumpfte die britische Wirtschaft um 20 Prozent – die Eurozone insgesamt nur um 12,1 Prozent und die deutsche nur um zehn Prozent.

Johnson droht daher in den kommenden Monaten ein doppelter Schlag: Steigende Covid-19-Zahlen werden den Druck auf Krankenhäuser verstärken, wobei ein zweiter Lockdown zur Kontrolle der Pandemie wirtschaftlich schwer durchzusetzen sein dürfte. Dazu kommt dann ein vermutlich harter Brexit, der Wirtschaftskrise und Personalmangel in Spitälern noch verstärkt.

Was Johnson längst durchsetzen hätte können, sind klare Richtlinien. Seit Johnsons Mitarbeiter, allen voran sein Chefberater Dominic Cummings, dabei erwischt worden waren, wie sie die Covid-19-Regeln brachen, erfindet jeder seine eigene Version einer sinnvollen Umsetzung der Maßnahmen.

Die Regierungen von Schottland, Wales und Nordirland setzen schon seit Monaten auf vorsichtigeren Maßnahmen, weil sie Johnsons Bravado-Reden nicht mehr glauben wollen. In England selbst hat die Zickzack-Politik zu gehöriger Wut auch in den eigenen Reihen geführt. „Es wirkt zu oft, als würde die Regierung einen Finger ablecken und hochhalten, um festzustellen, aus welcher Richtung der Wind bläst“, sagt der Tory-Abgeordnete Charles Walker, der bisher für absolute Loyalität gegenüber seinen Parteichefs stand. Dies schaffe ein „Klima der Unsicherheit“.

Die Labour Party unter dem neuen Parteichef Keir Starmer liegt in Umfragen inzwischen gleichauf mit den Tories bei 40 Prozent. Ob der bedachte Jurist im nächsten Wahlkampf gegen den flamboyanten Tory-Chef gewinnen kann, bleibt abzuwarten. Was die Briten aber aus der Covid-19-Krise bisher lernen konnten: Wer seine Chancen steigern will, eine Pandemie zu überleben, sollte lieber keine Populisten an die Macht bringen. Denn Populismus kann die Gesundheit gefährden. ☒



Wer seine Chancen steigern will, eine Pandemie zu überleben, sollte keine Populisten an die Macht wählen

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIC



Die Briten stehen schlechter da, als andere europäische Staaten. Sie haben zu spät reagiert



Die Konzerte wurden abgesagt, die Bühnen blieben leer: Wer braucht nun Hilfe?

FOTO: CHRISTOPHER MAVRÍČ

Wenn Kunst und Kultur in den Lock down treten müssen

Corona macht ein Manko sichtbar: Die Politik braucht eine Vision von der Rolle der Kultur in den vielfältigen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts

Der größte Teil dessen, was gemeinhin zum Kunst- und Kultursektor gezählt wird, wird im deutschsprachigen Raum von der öffentlichen Hand selbst betrieben oder in verschiedener Intensität öffentlich gefördert. Ausgenommen davon ist die Pop-, Unterhaltungs-, Games- und Onlinekultur, sie wird vorwiegend privat produziert.

Der deutsche Konzertveranstalter Peter Schwenkow sprach in diesem Zusammenhang in der Zeit von „einer Art Arbeitsteilung“ und führte für Deutschland aus: „Ein Drittel aller kulturellen Angebote wird staatlich subventioniert, damit sie sich jeder leisten kann und damit Kultur in hoher Qualität unabhängig bleiben kann. Das betrifft vor allem Opern, Theateraufführungen und Orchesterkonzerte. Zwei Drittel der Angebote hingegen, dabei geht es um 3,5 Milliarden Euro pro Jahr, sind wie wir rein privatwirtschaftlich organisiert.“ Ebenso vorwiegend privat betrieben ist das weite Feld der Club- und Eventkultur, Branchen, die zum Teil noch weitgehendere Betriebs- und Betretungsverbote aushalten müssen als der Kunstbetrieb.

Für den Kunst- und Kultursektor im engeren Sinn schien die starke Rolle des Staates zu Beginn der Corona-Krise ein Glück zu sein: Nicht nur, dass viele Beschäftigungsverhältnisse unverändert weiterbestanden, die öffentliche Hand verfügte auch über die Mittel, den Kulturschaffenden und ihren Institutionen auf direktem Weg helfen zu können, etwa durch gelockerte Förderbedingungen, Direktzahlungen, Kündigungs- und Kurzarbeitsverzicht und stabilisierende Aufträge in Form von Arbeitsstipendien. Zugleich brachte die Pandemiebekämpfung eine hohe Akzeptanz für jede Form staatlicher Beschussung.

Im weiteren Verlauf der Betriebseinschränkungen rückte zudem die Erkennt-

nis in den Vordergrund, dass paradoxerweise gerade jene Organisationen am meisten zusätzliches staatliches Geld brauchen, die sich in den letzten Jahren am erfolgreichsten durch ihre Eintrittseinnahmen davon unabhängig gemacht hatten. So hat die öffentliche Hand etwa bei der Albertina zuletzt nur mehr 30 Prozent und bei den Salzburger Festspielen nur mehr 26 Prozent des Gesamtbudgets beigetragen.

Die Pandemie sorgte also für eine nachhaltige Erinnerung an die Notwendigkeit einer aktiven Rolle des Staates im kulturpolitischen Geschehen: Das gesamte bürokratisch-politische System war gefordert wie lange nicht mehr. Man möchte diesem Befund mit dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit ein „Und das ist gut so“ anfügen, weil er an die Fülle originär öffentlicher Aufgaben erinnerte: Ob in seiner Rolle als direkter oder indirekter Eigentümer von Sammlungen oder Betreiber von Einrichtungen, ob als Fördergeber oder als gesetzgebende Instanz, ohne deren Richtlinien keine rechtssichere Ausübung von Berufen denkbar ist; der Staat ist weiterhin zentraler Stakeholder des künstlerischen Geschehens. Dies ist keine Überraschung, wenn man den Staat als Vertreterin seiner Bevölkerung sieht und noch dazu berücksichtigt, dass der Staat im Bereich der Kunst die Erbfolge von Aristokratie und (Groß-)Bürgertum angetreten hat.

Die Kehrseite dieses jedoch auch etwas paternalistischen Settings waren zu Beginn der Krise die zunehmend verärgerten Rufe nach schnellen Hilfestellungen, die die Staatssekretärin Ulrike Lunacek (Die Grünen) das Amt kosteten. Die Kampagne gegen Lunacek trug allerdings auch misogynen und hierarchiekonformen Züge, wenn man bedenkt, dass alle anderen direkt Verantwortlichen Männer im Ministerrang wa-

ESSAY:
MARTIN FRITZ

ren. Im Rückblick war noch etwas anderes bemerkenswert: Innerhalb kürzester Zeit, und vielleicht als Entlastungsreflex, wurde die Herausforderung durch eine neue, existenzielle gesundheitliche Bedrohung in die vertrauten Bahnen des zugleich unterwürfigen und halb rebellischen Bashing „derer da oben“ gelenkt. Mit dem Rücktritt Lunaceks wurde das rituelle Opfer erbracht, doch natürlich ist damit nicht alles gut. Die vorübergehende leichte Linderung durch verschiedene Hilfsprogramme überdeckt nur die langjährige materielle Schwächung des Kulturbetriebs und die Notwendigkeit zur Neuformulierung kulturpolitischer Grundsätze.

Dabei schließen einige der drängenden Themen direkt an die Verwerfungen durch die Corona-Krise an. Insbesondere die fehlende Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Sektors und die damit verbundene Ungleichbehandlung verschiedener Akteure wurde in den letzten Monaten überdeutlich, weswegen sie an dieser Stelle im Vordergrund stehen sollen. Diese Defizite sind direkt verknüpft mit der mangelnden Teilhabegerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in der immer noch schwachen Diversität großer Publikumskreise zeigt.

So könnte man beim Besuch so mancher Kulturinstitution trotz vielfältiger Bevölkerungsstruktur der Städte glauben, in einem Apartheidstaat zu leben. Die Krise offenbarte, wie schnell die flöskelhaften Erkenntnisse zur Kulturation zur stumpfen Waffe werden, wenn sie plötzlich in Konkurrenz zu den Unterstützungsansprüchen anderer gesellschaftlicher Gruppen stehen. Dann rächt es sich, wenn die altbekannte Rhetorik von der Bedeutung der Kultur kurzfristig weder auf eine solide Datenbasis noch auf eine kulturpolitische Konzeption zurückgreifen kann, die dabei helfen wür-

de, den Ort der Kultur in der Gesamtgesellschaft zeitgemäß neu zu definieren.

Denn die Zögerlichkeit in der Umsetzung der kulturbezogenen Hilfsmaßnahmen war auch Ausdruck einer konzeptionellen Unsicherheit. Von Kleinmaßnahmen abgesehen, wurde zunächst penibel versucht, keine Sonderregelungen für Kulturschaffende einzuführen, sondern diese in die jeweiligen arbeits-, steuer- und gewerberechtlichen Großgruppen einzusortieren. Die Selbständigen wurden an die Härtefallfonds oder zu den Fixkostenzuschüssen verwiesen. Angestellte und ihre Arbeitgeber an das AMS oder an die allgemeinen Mindestsicherungsansprüche, während die vielen Vereine sehr lange auf die Einrichtung des NGO-Unterstützungsfonds warten mussten, mit dem letztendlich dem Sportwesen, dem Sozial- und Freizeitbereich und den NGOs in Bildung und Kultur gleichermaßen unter die Arme gegriffen wurde.

Bei all diesen Forderungen nach individuellen Hilfestellungen standen die Kulturschaffenden plötzlich in argumentativer Konkurrenz zu allen anderen Anspruchsberechtigten. Diese Erinnerung daran, nur ein Teil einer Gesellschaft zu sein, wurde vor allem von jenen als kränkend wahrgenommen, die es gewohnt waren, die Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen mit Hinweis auf einen vermeintlichen Sonderstatus der Kunst einzufordern.

Die neue Staatssekretärin Andrea Mayer (Die Grünen) – aus Erfahrung ungleich vertrauter mit dieser Psychologie als ihre quereingestiegene Vorgängerin – erreichte daher eine Beruhigung der Lage, indem sie dann doch einen eigenen Fonds errichtete, der nur den als Künstlerinnen oder Künstlern Versicherten, mit einem Anspruch auf 1000 Euro für maximal sechs Monate, offensteht. Auffällig, aber politisch klug war dabei, dass dieser Fonds erst bekannt gemacht wurde,

nachdem am Tag davor die Leistungen des allgemeinen Härtefallfonds auf mindestens dasselbe Niveau für alle Selbständigen hinaufgesetzt wurden.

Der Blick auf die verschiedenen Corona-Hilfsprogramme zeigt, dass es schwerfällt, von „Kunst und Kultur“ in rechtlich-ökonomischer Hinsicht als kompaktem Sektor zu sprechen. Es ist daher nicht immer zielführend, den gesamten Bereich unter dem Rauch rhetorischer Nebelkerzen zu vereineheitlichen, ebenso wenig wie es sinnvoll ist, immer alle Kunst- und Kulturschaffenden pauschal als Bedürftige in die verteilungspolitischen Debatten einzuführen.

Notwendiger wäre es, darüber zu sprechen, dass innerhalb der Kulturwelt gravierende Ungleichheiten existieren. So kann die fragile Position freier Arbeit nicht losgelöst davon diskutiert werden, dass ein großer Teil der Aufträge von sehr fest Angestellten in öffentlich geförderten Organisationen vergeben werden. Dazu kommen die Unterschiede in den Finanzierungs- und Bezahlungsniveaus zwischen den tradierten Großorganisationen, den Gründungen der letzten Jahrzehnte und den freien Szenen. Immerhin weist der Rechnungshof in seinem Einkommensbericht für die staatlichen „Einrichtungen künstlerischer Art“ (z.B. die Bundestheater) ein Durchschnittsjahreseinkommen von 197.100 Euro für die Geschäftsführungen aus.

Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beträgt der Durchschnitt in diesen Betrieben etwa 50.000 Euro, ein Wert, den man nach den Zahlungsempfehlungen der IG Kultur im freien Bereich nur als Geschäftsführung oder nach zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit für „komplexe Tätigkeiten“ erreicht; ganz zu schweigen davon, dass sehr viele Beschäftigte in kleinen Vereinen diese Werte nie bekommen. Diese Schieflage

spiegelt zugleich die mangelnde Gerechtigkeit wider, da die förderintensiven klassischeren Kunstformen trotz intensiver Vermittlungsarbeit weiterhin stärker von Angehörigen privilegierter Mittel- und Oberschichten wahrgenommen werden. Auch wenn es als altmodische Kritik der „Hochkultur“ erscheinen mag: Es reicht trotzdem in diesem Zusammenhang auf die Förderung der Wiener Staatsoper mit 71 Millionen Euro für die Spielzeit 2017/18 im Vergleich zu den 4,5 Millionen Euro Gesamtbundesförderung für die Kulturinitiativen im Jahr 2018 zu verweisen.

Leider – und der Hinweis auf die Clubs zu Beginn des Texts erinnert daran – muss man wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen davon ausgehen, dass die durch Corona hervorgerufenen Verwerfungen auch in der Kultur dazu führen werden, bestehende Ungleichheiten noch zu verschärfen. Dies umso mehr, als die vorherrschenden kulturpolitischen Kräfte vorwiegend bestandssichernd argumentieren. Diskussionen zu verteilungspolitischen Debatten werden in Kulturkreisen gerne damit beendet, „keine Neiddebatten“ führen oder verhindern zu wollen, „dass wir uns gegeneinander ausspielen lassen“.

Es wird dabei übersehen, dass ein an Veränderung orientierter politischer Ansatz immer versuchen sollte, einen gewünschten Zustand durchzusetzen und damit einen weniger gewünschten zurückzudrängen. Wer etwa Biolandwirtschaft fördern will, kann dies nicht im gleichen Ausmaß für die Marktführer der deutschen Fleischindustrie fordern. Trotz oder gerade wegen Corona braucht es eine Kulturpolitik mit einer Vision von der Rolle der Kultur in den vielfältigen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts. Eine Vision, die über Hilfsprogramme und die gleichmäßige Förderung des bisher Geförderten hinausgeht.

Die bittere Bilanz eines Ausnahmezustandes

Corona hat tiefe Spuren im **Gesundheitswesen** und in den Köpfen der Bevölkerung hinterlassen. Nun braucht es fundiertes Wissen – und Gelassenheit

Das Virus wird Krankheit, Leid und Tod für viele Menschen in unserem Land bedeuten.“ So lautete die Begründung, mit der Bundeskanzler Sebastian Kurz am 16. März Österreichs öffentliches Leben stilllegte. Das Gesundheitssystem würde sonst überlastet, zumindest zehntausende Tote wären zu erwarten.

Die Zahlen zu diesem Szenario lieferten die Mitarbeiter des Complexity Science Hub Vienna (CSH), eine von Ministerien und Firmen finanzierte Forschungseinrichtung. Sie hatten mit mathematischen Modellen errechnet, dass bei gleich bleibendem Tempo der Ausbreitung von Covid-19 das Kapazitätslimit an Intensivbetten in österreichischen Spitälern in etwa 14 Tagen erreicht würde. Anfang April würden auch die normalen Klinikbetten nicht mehr ausreichen. Es sollten daher unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, empfahl das Team um den CSH-Chef und Physiker Stefan Turner im „CSH Policy Brief 3/2020“.

„Dass diese Modellrechnungen falsch waren, wissen wir. Mathematische Modelle können helfen, Fragen herauszuarbeiten. Sie sind aber ein gefährlicher Weg, um Antworten zu destillieren“, sagt heute Andreas Sönnichsen, Leiter des Zentrums für Public Health an der Medizinischen Universität Wien. „Sie waren von Anfang an zweifelhaft, weil Epidemien nie gleichmäßig fortschreiten, wie es hier berechnet wurde. Das haben wir ja bis jetzt noch nie gehabt, weder bei Mers noch bei Sars noch bei Ebola und auch bei der Influenza nie.“

Aber derlei Einwände kümmerten weder die Parlamentarier, die am Sonntag, den 15. März in einer Sondersitzung Notstandsgesetze beschlossen, noch die meisten Medien. Im neuen Epidemiegesetz wurde der Gesundheitsminister ermächtigt, Betretungsverbote „bestimmter Orte“ im öffentlichen Raum zu verhängen. Der grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschober ver-

ANAMNESE:
KURT LANGBEIN



War die totale Stilllegung des öffentlichen Lebens notwendig, um die Epidemie einzudämmen? Das ist heute strittig

ordnete sofort Betretungsverbote. Anschober und Kurz verkündeten: Lediglich zur Arbeit, zu Hilfeleistungen, für dringende Besorgungen und zu Spaziergängen allein oder mit Haushaltsangehörigen durfte die Wohnung verlassen werden. Ein Arztbesuch oder ein Besuch bei engen Verwandten sei demnach ebenso wenig erwünscht wie der Schulbesuch für Kinder.

Dass diese Ausgangssperre in der Verordnung offener formuliert war, ging in der Vernunftpanik unter wie manch andere Wahrheit. Das gleichzeitig verordnete Verbot des Betretens von Betriebsstätten legte praktisch alle Gewerbebetriebe mit einem Schlag lahm. Viele Arztpraxen wurden geschlossen. Aus den Krankenhäusern wurden all jene Patienten heimgeschickt, für die das nicht lebensgefährlich war. Tausende Klinikbetten und alle Intensivstationen warteten auf den Ansturm der Covid-19-Patienten.

So massiv wie ab März 2020 in Europa hat die Politik noch nie auf eine Epidemie reagiert. An der Asiatischen Grippe 1957/58 sind 20 Prozent der Weltbevölkerung erkrankt und vermutlich zwei Millionen gestorben. Die Hongkong-Grippe 1968/69 forderte mehr als eine Million Menschenleben, ohne dass die Politik darauf drastisch reagierte. Massenveranstaltungen wie das legendäre Woodstock-Festival im selben Jahr zeugten davon. Bei den Epidemien mit den Viren Sars 1 und Mers, an denen fast ein Drittel der Infizierten starb, gab es erste Versuche mit dem Tracking der Infizierten und rasch verhängter Quarantäne.

Die Infektionswelle ebte ab Ende März tatsächlich relativ rasch ab. Die drastischen Freiheitsbeschränkungen haben da wohl eine Rolle gespielt. Immerhin wurden die Sozialkontakte etwa in Österreich über mehrere Wochen um 90 Prozent reduziert, in Deutschland um rund 60 Prozent. Allerdings wurden die Kontakte auch in Italien um mehr als 80 Prozent reduziert. Trotz-

dem gab es dort wesentlich mehr Kranke und Tote.

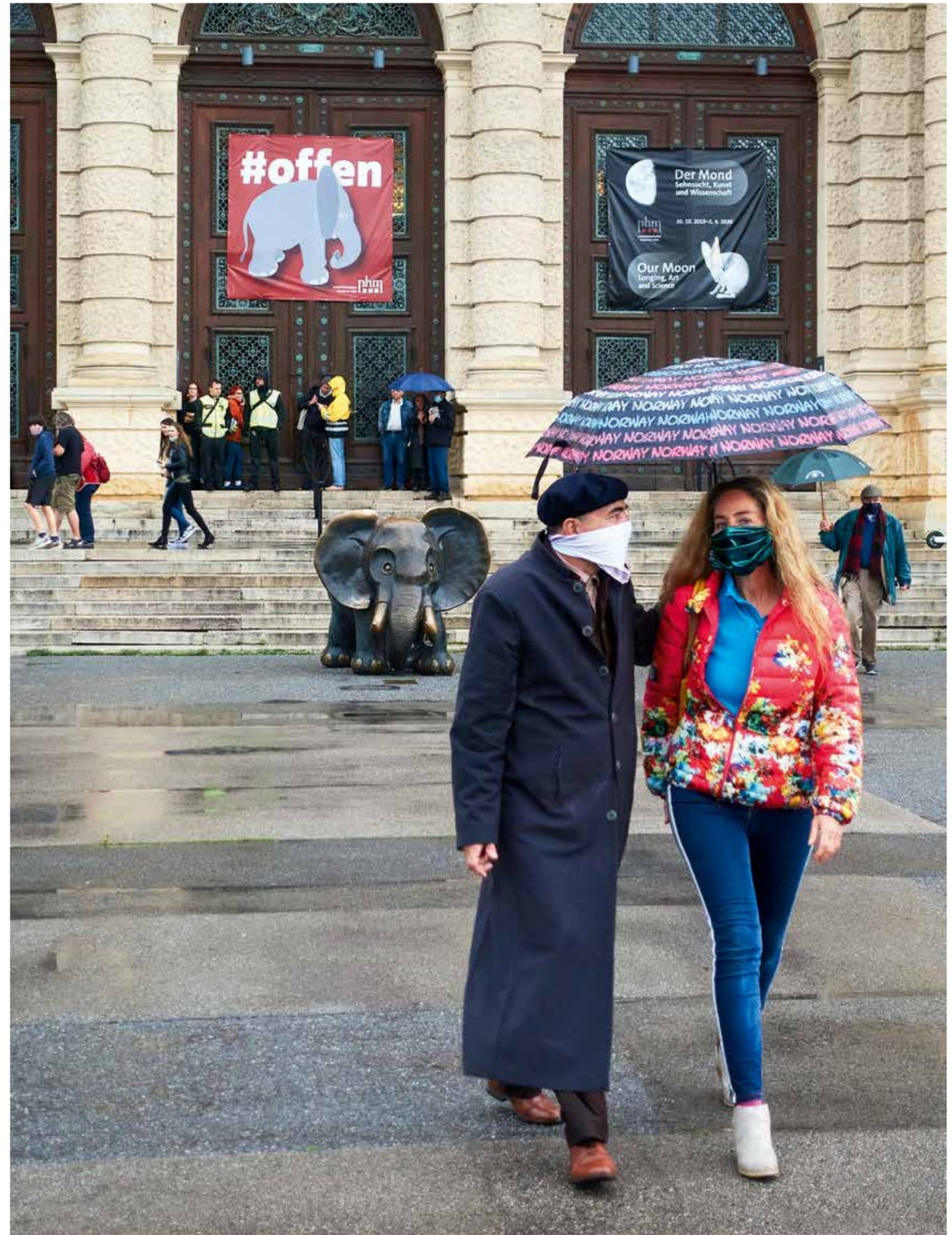
Ob die totale Stilllegung des öffentlichen Lebens notwendig war, um die Epidemie einzudämmen, bleibt umstritten. Die Reproduktionszahl ist ein entscheidender Parameter im Infektionsgeschehen. Bei Grippe beträgt sie etwa 1,2, bei Masern 18, bei Covid-19 nahm man 3,6 an – was bedeutet, dass ein Infizierter im Durchschnitt 3,6 andere Menschen ansteckt.

Doch schon die ersten von AGES-Mitarbeitern nachverfolgten „Cluster“ vom 24. Februar zeigten, dass keineswegs jeder Covid-19-Patient 3,6 andere infiziert. Vier von fünf steckten überhaupt niemanden an, eine Fitnesstrainerin dagegen wurde mit 14 von ihr Infizierten zur Super-Spreaderin. Statt den insgesamt zu erwartenden 186 Erkrankten in der fünften Generation waren es gerade einmal sieben, statt der zu erwartenden drei bis vier Ansteckungen pro Patient ein wenig über einem. Ab der Reproduktionszahl 1 gibt es keinen Anstieg mehr: Ein Infizierter steckt durchschnittlich eine weitere Person an.

Ein Forscherteam der renommierten ETH Zürich hat für Europa errechnet, dass diese Reproduktionszahl schon deutlich gesunken war, als die Freiheitsbeschränkungen eingeführt wurden. Die überall schon etwa zehn Tage davor ergriffenen Maßnahmen haben weitgehend gewirkt: Verbot von Großveranstaltungen; Appelle, Abstand und Hygienemaßnahmen einzuhalten.

Im Mai berichtete dagegen das Wissenschaftsministerium, dass das Complexity Science Hub eine neue Simulationsstudie durchgeführt habe. „Die Ergebnisse zeigen, dass Anfang Mai 2020 mehr als viermal mehr positive Fälle (60.000) und knapp viermal so viele Tote (ca. 2100) zu erwarten gewesen wären als ohne Lockdown im März 2020“, beharrten die Mathematiker auf

Fortsetzung Seite 24



Babyelefant is watching you. Das Naturhistorische Museum ist gut bewacht

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Fortsetzung von Seite 22

der Fortschreibung ihrer Modellrechnung. Wären Geschäfte und Schulen bereits am 1. April geöffnet worden, „wäre die Kurve sehr rasant nach oben gegangen“, sagte Niki Popper, der zweite Simulationsexperte, der die Regierung berät. „Da wäre die Post wieder abgegangen.“

Doch die Post ist nie abgegangen. Die Klinikbetten und leergeräumten Intensivbetten blieben zu drei Vierteln leer. Es gab auch im ersten Halbjahr 2020 in Österreich und Deutschland mehr Grippefälle als Covid-19-Tote. Die anfangs als Begründung für die Maßnahmen genannte Sterblichkeit von bis zu fünf Prozent hat sich nicht bewährt. Heute gehen die Forscher davon aus, dass 0,27 bis 0,36 Prozent der an Covid-19 Erkrankten nicht überleben.

„Wir waren weit weg davon, dass irgendwann einmal diese Gefahr bestanden hätte“, kritisiert Sönnichsen heute diese Behauptungen. „Virusepidemien verlaufen immer in Wellen, das ist auch bei den anderen schon lange bekannten vier Coronaviren klassisch, aber eben auch bei Influenza“, resümiert auch AGES-Infektiologe Franz Allerberger über den Anstieg und den Abfall der Infektionszahlen. „Das führen manche auf die Maßnahmen zurück, aber wir wissen eigentlich nicht, wieso die Welle kommt und wieso sie wieder verschwindet.“

Die drastischen Freiheitsbeschränkungen im Lockdown wurden anfangs ohne jede nachvollziehbare und damit auch anfechtbare Begründung verhängt. Es hat im März auch kaum jemand hinterfragt, ob die Maßnahmen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit solcher Einschränkungen der Grundrechte entsprechen. Damit war Österreich nicht allein: Die autoritären Maßnahmen fast aller europäischen Regierungen mögen unter Zeitdruck getroffen worden sein. Sie traten in Italien, Frankreich, Spanien und Belgien zur gleichen Zeit in Kraft wie in Österreich, in Deutschland und Großbritannien eine Woche später.

Sie griffen grob und tief in die Rechte der Bürger ein. Die Höchstgerichte erwiesen sich hier als wichtiges Korrektiv: „Eingriffe in das Grundrecht der Freiheit der Person – wie die Ausgangsbeschränkung – bedürfen einer begleitenden Rechtfertigungskontrolle“, urteilte schon im April der saarländische Verfassungsgerichtshof. „Das Grundrecht auf Schutz der Familie schützt auch die Begegnung mit Angehörigen einer Familie, die nicht dem eigenen Haushalt angehören. Die Ausübung eines Grundrechts ist nicht rechtfertigungsbedürftig. Vielmehr bedarf seine Einschränkung der Rechtfertigung.“ Und der österreichische Verfassungsgerichtshof erklärte Anfang Juli 2020 die generellen Ausgangssperren des Gesundheitsministers für gesetzwidrig. Da waren sie allerdings bereits gelockert.

Was blieb, ist wirtschaftliche Not und Angst. Zu den Durchsetzungsmethoden moderner Politik gehören Frames und Narrative, also Erzählungen, die bildhaft illustrieren, was gerade – hier als unausweichliche Notwendigkeit – verfügt wird. Darin sind viele Regierungsmitglieder inzwischen Top-Profis. Die Ansage des Kanzlers, bald werde jeder jemanden kennen, der an Covid-19 gestorben ist, hat sich eingraviert.

Angst verlangt nach starken Worten und Taten. Die Beliebtheitswerte der Politiker, die für strenge Maßnahmen und die Bestrafung abweichenden Verhaltens eintreten,

stiegen in nie dagewesene Höhen. Enkel wurden von den Großeltern ferngehalten, Bewohner von Heimen und Spitalspatienten blieben isoliert, Arbeitsplätze verwaiseten, Kulturschaffende durften nichts tun, Parks waren gesperrt und Straßen waren leer, öffentliche Verkehrsmittel ebenfalls. Angst war und ist immer noch in manchen Augen ablesbar, bei Begegnungen am Gehsteig werden sicherheitshalber lieber drei Meter Abstand gehalten.

Die Angst sitzt tief und die Bereitschaft, sich und andere eingesperrt zu lassen, ist hoch. Zehntausende wurden bestraft, weil sie auf Parkbänken saßen, zu zweit im Auto fahren oder mit einem Kind den Spielplatz besuchten. „Die Ergebnisse haben uns wirklich überrascht“, sagt Christoph Pieh. Er ist Professor für Psychosomatische Medizin und Gesundheitsforschung an der Donau-Universität Krems und hat im April gemeinsam mit Kollegen in einer repräsentativen Studie untersucht, wie die Österreicher und Briten während des Lockdown psychisch litten. Depressionen hatten sich im Vergleich zu Zeiten vor Corona von vier auf 20 Prozent vervielfacht, Schlafstörungen mehr als verdoppelt, Angsterkrankungen fast vervierfacht – von fünf auf 19 Prozent. In der zweiten Erhebung nach Ende des Lockdown blieben diese Krankheitszahlen weiter so hoch.

„**Es drehte sich schlagartig alles** nur mehr um Corona“, berichtet die Kärntner Patientenanwältin Angelika Schiwiek. „Dieses abrupte Abbremsen, das war, als würde man mit dem Kopf gegen eine Scheibe fliegen.“ So habe etwa ein Hausarzt eine Patientin mit auffälligen Nierenwerten zum Internisten überwiesen. Dort stellte schon die Assistentin fest, es sei Corona-Zeit und deshalb würden nur Akutpatienten behandelt. Sie falle als chronische Nierenpatientin nicht darunter. Drei Wochen später musste die Frau mit Nierenversagen ins Spital. Schiwiek weiß auch von einem Kind zu berichten, das mit 40 Grad Fieber und Bauchschmerzen drei Mal vom Krankenhaus nach Hause geschickt wurde und schließlich nach einem Blinddarmdurchbruch auf der Intensivstation landete. „Wir stehen in der Gesundheitsversorgung vor einem Scherbenhaufen, es wird Monate dauern, bis wieder alles funktioniert“, sagt auch der Salzburger Internist Jochen Schuler.

Laut Statistik Austria lag die Übersterblichkeit in Österreich in den Monaten März und April bei einem Prozent. Von den insgesamt 15.107 Verstorbenen in diesem Zeitraum war bei 588 Covid-19 die Todesursache, das sind 3,9 Prozent. Dramatisch ist allerdings: Fast um ein Drittel mehr Menschen als im Durchschnitt der Jahre davor sind in diesem Zeitraum an Demenz verstorben, elf Prozent mehr an Nierenleiden. Demente alte Menschen, die besonders auf Zuwendung angewiesen sind, waren monatelang isoliert. Das überlebten viele nicht. Etwa 580 starben in diesen zwei Monaten in Einsamkeit – sie durften nicht besucht werden –, 150 mehr als üblich. Allein in Österreich.

Dazu kommen die wirtschaftlichen Folgen, die noch kaum abschätzbar sind. Fest steht: Mit jedem Prozentpunkt der Arbeitslosenquote sinkt die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen um einen Monat und für Männer um drei Monate, sagt Public-Health-Experte Sönnichsen. Arbeitslose sind häufiger krank und sterben deutlich früher.

Kurz und Anschober haben im Mai die Grundrechte auf Bildung, Berufsausübung, Teilnahme an Kultur und Religion sowie Kontakt zu den Angehörigen wieder teilweise zugelassen und man reagiert insgesamt gelassener auf leicht steigende Zahlen positiver Testergebnisse. Die breiten Tests ohne konkrete Verdachtsmomente dagegen werden von Epidemiologen heftig kritisiert. Wenn ohne Anfangsverdacht getestet wird, führen selbst relativ genaue PCR-Tests zu etwa einem Prozent falsch positiver Befunde. Derzeit werden in Österreich pro Tag etwa 10.000 Tests durchgeführt, demnach sind täglich 100 falsch positive Befunde zu erwarten. Statt mehr Sicherheit führten solche Teststrategien zu Ängsten und Unsicherheit, kritisiert der Mediziner Sönnichsen, der auch Vorsitzender des Netzwerkes für Evidenzbasierte Medizin ist. Dass die Zahl der Covid-19-Patienten im Krankenhaus auch bei leicht steigenden positiven Testergebnissen stabil niedrig bleibt, stützt seine These.

Die ständig in den Medien kolportierten Berichte über schwere Krankheitsverläufe auch unter Jüngeren, die von Covid-19 verursacht würden, hält Sönnichsen für problematisch: „Das sind doch falsche Zuordnungen. Es gibt auch heute etwa dreimal mehr Lungentzündungen durch andere Infektionen, und da sterben etwa fünf Prozent. Und die Überlebenden haben häufig schwere Organschäden, vom Nervensystem bis zur Niere.“ Nachsatz: „Mit Corona schmeißen wir alle Grundsätze einer wissenschaftsbasierten Medizin über den Haufen.“

„**Wenn es uns gelingt**, Superspreading-Events zu vermeiden, dann sollte der Verlauf weiter kontrollierbar sein“, sagt auch die Virologin Dorothee van Laer von der Medizinischen Universität Innsbruck. „Das sagen ja jetzt auch die Modellrechnungen. Am Anfang hat man ja ziemlich daneben gelegen und dann hat man immer mehr verstanden.“ Van Laer hat die bislang erste wirklich flächige Analyse einer Region durchgeführt, und die Ergebnisse zeigen, dass Gelassenheit angebracht ist. In Ischgl, von wo der Großteil der Infektionswege nach Österreich, Deutschland, in die Niederlande, nach Norwegen und Schweden ausging, hat die Virologin untersucht, wie die Epidemie in der gesamten Bevölkerung verlaufen ist. Durch Antikörpertests können auch vergangene Infektionen aufgespürt werden, und diese fanden sich bei 42,4 Prozent der Einwohner. 85 Prozent der Infizierten haben allerdings gar nicht bemerkt, dass sie angesteckt waren. „Viele wurden auch nicht getestet, weil sie bei der Telefonnummer 1450, die man anrufen musste, um einen Test zu bekommen, einfach nicht durchgekommen sind“, berichtet von Laer. Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren betrug der Anteil der Infizierten nur 27 Prozent, also deutlich weniger, und Kinder waren auch noch öfter ohne Symptome. Das ist eine Bestätigung der These vieler Virologen, die für ein Ende der Schulschließungen plädieren.

Auffallend ist auch die geringe Zahl der Erkrankten, die ins Krankenhaus mussten. Immerhin waren mehr als 600 Personen infiziert, nur neun brauchten ein Spitalsbett, also 1,5 statt der in den Modellrechnungen angenommenen 15 Prozent – und nur einer davon musste auf einer Intensivstation behandelt werden, also 0,13 statt fünf Prozent. Zwei Personen starben, die Infektionssterblichkeit lag demnach bei 0,26 Prozent. ☒

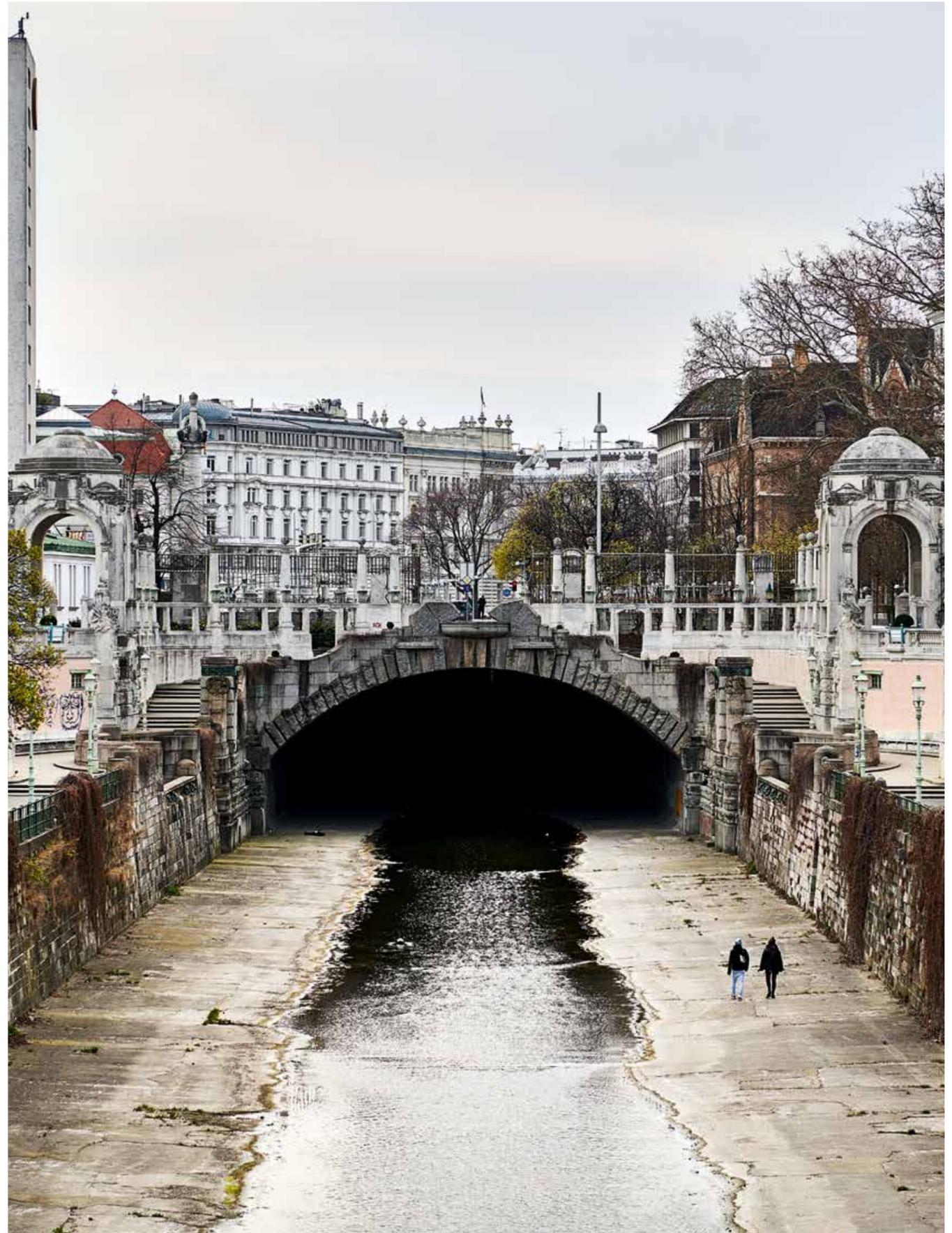


Es drehte sich alles nur mehr um Corona. Dieses abrupte Abbremsen, das war, als würde man mit dem Kopf gegen eine Scheibe fliegen

PATIENTEN-
ANWÄLTIN
ANGELIKA
SCHIEWEK



Kurt Langbein und Elisabeth Tschachler: Das Virus in uns – Motor der Evolution
Ab 24. September bestellbar,
Kindle: € 19,99,
Gebundenes Buch: € 22,86



War so ein Spaziergang erlaubt? Die Juristen rätselten

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

„Eine Zeitlang ging es in Richtung Polizeistaat“

Was hat **Corona** mit unserer Gesellschaft angestellt? Wie sehr wurde das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern belastet? Ein Streitgespräch

MODERATION:
JOSEF REDL



Sibylle Hamann,
Christa Schlager,
Sepp Schellhorn und
Dominik Prankl im
Motto am Fluss

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

Fortsetzung
Seite 28



Grünen-Abgeordnete Sibylle Hamann

„In einem Zoom-Meeting bist du sehr allein“

Wie Sibylle Hamann den Lockdown erlebte: „Uns hat es mit dem Regieren ziemlich kalt erwischt. Die Regierung gab es gerade mal zwei Monate. Ich habe mir gedacht, gut, jetzt machen wir uns erst einmal mit der Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen vertraut.“

Plötzlich bist du innerhalb weniger Wochen in einer Situation, wo du richtig körperlich spürst, was es heißt, jetzt Verantwortung zu tragen. Ich habe ein paar Tage faktisch nicht geschlafen. Die Fragen, ob wir das Richtige tun, welche Folgen die Lockdown-Entscheidung hat und was das mit dem Land insgesamt macht, waren sehr belastend. Retten wir Menschenleben? Oder bin ich am Ende mit schuld daran, wenn unsere Wirtschaft mit der Abrissbirne kaputtgehauen wird? Dieser Gedanke hat mich schon sehr mitgenommen. Verschärft war das klarerweise durch die Corona-Vereinzelung. Wenn du beisammensitzt, kannst du spüren, wie es den anderen geht. In einem Zoom-Meeting bist du sehr allein. Wenn man einer Regierungspartei angehört, ist wegducken keine Option. Wir haben gebannt auf Länder geschaut, die sich anders entschieden haben. Rückblickend wissen wir, dass wir Gott sei Dank einiges richtig entschieden haben. Ich maße mir nicht an zu sagen, dass wir das damals schon zu 100 Prozent gewusst haben.“



Beim Gesundheitsminister hat man gespürt, wie sehr er darum ringt, alle mitzunehmen

SIBYLLE
HAMANN

Fortsetzung von Seite 26

An einem Mittwoch zur Mittagszeit ist es normalerweise nicht so leicht, kurzfristig einen Tisch im Restaurant Motto am Fluss zu bekommen. Oben, im offenen Terrassencafé über dem Donaukanal, scheint alles wie früher: Der Laden brummt. Das Restaurant unten ist erst seit dem 1. September wieder zu Mittag geöffnet. Wenige Tage zuvor war es daher kein Problem, unter Einhaltung aller Abstandsregelungen über das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Zeiten von Corona zu diskutieren. Die Grünen-Abgeordnete Sibylle Hamann, die Wirtschaftspolitikexpertin Christa Schlager von der Arbeiterkammer Wien, der Neos-Abgeordnete Sepp Schellhorn und der Jurist Dominik Prankl, der gegen eine Corona-Verordnung vor den Verfassungsgerichtshof zog, haben auf die strapazierte Beziehung zwischen Bürgern und öffentlichen Institutionen zurückgeblickt. Und versucht zu ergründen, was in Zukunft besser gemacht werden soll und welche Schritte aus dieser Krise hinausführen können.

Falter: Vor sechs Monaten sind die ersten positiven Fälle in Österreich diagnostiziert worden, und dann ist alles sehr schnell gegangen: Die Corona-Maßnahmen hatten große Auswirkungen auf das Privat- und Berufsleben. Im Rückblick: Hat das die Gesellschaft grundlegend verändert?

Sepp Schellhorn: Ich merke keine Veränderung. Ich habe eher das Gefühl: Als die Maskenpflicht wieder gefallen ist, haben alle wieder das Bedürfnis nach Freiheit und Gesellschaft gesucht. Ich habe festgestellt: Die Österreicherinnen und Österreicher, die bei mir auf Urlaub waren, haben sich gleich wieder zusammengestellt und waren wieder sehr nahe. Nicht einmal ein Babyelefant hat dazwischen Platz gehabt. Während der Deutsche einen Bogen um uns gemacht hat. Wir alle müssen mit Einschränkungen leben, bis ein Impfstoff gefunden ist. In meinen Betrieben hat das dazu geführt, dass wir viel neu entwickeln mussten: wie wir aufeinander zugehen, wie wir uns verhalten, wie wir servieren. An diesen Projekten zu arbeiten war direkt ein Innovationsschub. Es war auch ein großes Bedürfnis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aus der Situation etwas zu machen.

Sibylle Hamann: Wir müssen uns zum ersten Mal ganz aktiv und bewusst überlegen: Wofür brauchen wir Gemeinsamkeit und müssen wir zusammensitzen? Und was machen wir besser allein? Das sind Dinge, die haben wir bisher selten hinterfragt und irgendwie automatisiert. Ich denke jetzt an die Bereiche Bildung und Schule, da stellt sich die Frage genauso: Was für Arbeitssituationen gibt es, in denen Kinder lieber allein sind und sich vielleicht besser konzentrieren können, und wofür brauchen sie unbedingt den gemeinsamen Ort, wo sie sich treffen und gemeinsame Rituale haben? Das ist auch eine Typfrage, eine Charakterfrage. Das zu überdenken und neu zu definieren könnte sogar ein zivilisatorischer Fortschritt sein. Dass man neu zusammenfindet.

Christa Schlager: Für Menschen, die noch immer in Kurzarbeit oder in Arbeitslosigkeit sind, für gesundheitliche Risikogruppen ist noch nicht wieder Normalzustand. Wir sehen in der tagtäglichen Beratung, wie massiv die sozialen Probleme mit Corona zugenommen haben. Dann gibt es Gruppen, für die beinahe wieder alles beim Alten ist. Das macht es schwieriger, weil es komplexer ist. Die Einschränkungen haben

zu sehr individuellen Erfahrungen geführt. Manche haben zum Beispiel Homeoffice als etwas sehr Positives erlebt, andere wiederum nicht. Die Entwicklungen werden jedoch immer gravierender, je länger die Krise dauert. Deswegen werden die Bedürfnisse und Problemlagen immer stärker artikuliert. Die Politik ist wirklich gefordert, hier Hilfe, Unterstützung, also Antworten und Ergebnisse zu liefern.

Dominik Prankl: Ich sehe es an der Uni bei uns, dass sich viele Studierende schwer mit der Umstellung auf Distanzlehre getan haben. Man sieht es auch im Nachhinein bei der Leistungsüberprüfung: Die Bewertung ist insgesamt schlechter ausgefallen. Im Lehrsaal ist die Aufmerksamkeit offenbar größer. Das Thema Homeoffice bringt auch interessante Fragen mit sich. Vor Corona gab es von Arbeitgeberseite eine gewisse Skepsis, ob das wirklich so produktiv ist. Jetzt hat man gesehen, dass das funktioniert. Ich sehe da aber auch ein gewisses Gefahrenpotenzial, weil eine globale Umstellung auf Homeoffice zu einer Entsolidarisierung von Arbeitnehmern führt. Wenn jeder zu Hause sitzt und sein eigenes Ding macht, kann die Belegschaft die ihr durch das Arbeitsverfassungsgesetz eingeräumten Mitbestimmungsrechte im Betrieb auch gar nicht effektiv ausüben.

Hamann: Man kann sich nicht mehr beim Kaffeeautomaten zusammenrotten und gemeinsam über den Chef lästern.

Prankl: Zum Beispiel. Arbeit ist eine soziale Institution und nicht nur eine Quelle zur Einkommensgenerierung. Da sehe ich die Entwicklungen schon ein bisschen mit Sorge.

Es gab diesen relativ kurzen Zeitraum, als Leute aus dem Fenster geklatscht haben und die Supermarktkassiererin irgendwo so ein bisschen die Heldin der Krise war. Dieses Gefühl scheint schon wieder verschüttet, oder hat sich das Ihrer Meinung nach gehalten?

Schellhorn: Ich denke, die Solidargesellschaft hat eine neue Wertigkeit bekommen. In der Nachbarschaft, im näheren Umfeld schaut man mehr aufeinander.

Hamann: Ein Virus kann eigentlich jeden erwischen. Natürlich mit der Einschränkung, dass reichere Menschen generell gesünder sind. Und Menschen, die auf engem Raum zusammenleben, wie man auch an den Clustern gemerkt hat, haben ein größeres Risiko zu erkranken.

Schlager: Mir hat gut gefallen, wie junge Menschen über Apps Nachbarschaftshilfe organisiert haben. Man war erleichtert zu wissen, dass es den Nachbarn geht. Gleichzeitig ist die Last der Verantwortung nicht beim Einzelnen gelegen. Da war schon ein starkes Bewusstsein, dass die kollektiven Schutzsysteme gut sind. Wir haben gewusst, es gibt ein System, das schützt prinzipiell die Menschen, und es sperren nicht plötzlich die Privatspitäler zu wie zum Beispiel in Spanien und überlassen die Patienten sich selbst.

Hamann: Genau. Dass wir ein Gesundheitssystem haben, auf das wir uns verlassen können.

Schlager: Mich hat es persönlich beruhigt, dass prinzipiell genug Akutbetten da sind, dass meine Großeltern oder meine Schwiegereltern im Ernstfall versorgt sind. Einzelne Berufsgruppen waren jedoch extrem gefordert und haben Unglaubliches geleistet. Wie dies abgegolten wird, das ist ja noch eine offene Frage. Genauso

wie die Frage, wie die Krisenkosten verteilt werden.

Schellhorn: Ich glaube schon, dass die meisten Menschen in Österreich diese Art der Sozialstaatlichkeit und der Solidargemeinschaft sehr, sehr schätzen. In den USA sind 30 bis 40 Millionen Menschen von Obdachlosigkeit bedroht, wenn die Delogierungsregelungen nicht geändert werden. Das sind Situationen, die wir Gott sei Dank so nicht kennen. Vielleicht halten wir es oft für zu selbstverständlich, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo jeder – mit qualitativen Unterschieden – in der Gesundheitsversorgung ist. Man sieht ja auch: Das System der Kurzarbeit, das vielleicht in Detailregelungen zu klausuliert ist, ist auch ein Instrument, das sehr gut ist. Das kennen andere Länder so nicht. Das ist eine Art der Solidarität, die schon sehr geschätzt wird.

Corona ist eine große Prüfung für das Vertrauen in staatliche Institutionen. Ist die Gruppe der Zweifler oder auch der Verschwörungstheoretiker in jüngster Zeit größer geworden? Oder vielleicht nur lauter?

Schellhorn: Ich glaube schon, dass sie größer geworden ist. Sie wurde auch gefüttert durch eine gewisse Unsicherheit, in der wir uns alle befunden haben. Es wurde uns erklärt, wir müssen das Gesundheitssystem schützen, weil es sonst zusammenbricht, wir haben zu wenig Akutbetten und so weiter. In Wahrheit kam es ja ganz anders, natürlich auch durch den Lockdown. Ich als Oppositionspolitiker rede mir natürlich leichter, aber da hat Verunsicherung stattgefunden. Das ist gerade bei komplexen Fragen, von der wissenschaftlichen Beurteilung des Coronavirus bis hin zu Maßnahmen wie den Wirtschaftshilfen, die jeder spürt, ein Problem. So etwas kann Futter für die Verschwörungstheoretiker sein. In Österreich war es Gott sei Dank nicht so dramatisch wie in Deutschland. Da waren Massen bei Demonstrationen und haben gerufen, dass sie sich das alles nicht mehr gefallen lassen.

Hamann: Ich habe mich auch gefragt, warum das in Deutschland offenbar so viel massiver ist als bei uns. Ich kann mir nicht wirklich erklären, warum unsere Institutionen grundsätzlich vertrauenswürdig sein sollen als die deutschen. Das sage ich jetzt als Politikerin einer Regierungspartei.

Schlager: Man hat übrigens auch gesehen, wie wichtig der ORF in so einer Ausnahme-situation als zuverlässige Informationsquelle ist. Das war wirklich sehr gute Berichterstattung, die von sehr vielen Menschen konsumiert wurde. Das war ein richtiges Revival des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Prankl: Ich glaube, man muss sich die Mühe machen, zwischen mehreren Gruppen zu differenzieren. Es gibt eine bestimmte Anzahl, die sind Verschwörungstheoretiker, und da bestehen begründete Zweifel, ob man die in ihrem Paralleluniversum überhaupt noch erreichen kann. Dann gibt es die andere Gruppe, die ein gesundes Sensorium für Zweifel hat. Zu der Gruppe zähle ich mich auch. Das ist auch die Intention gewesen, warum ich mich an den Verfassungsgerichtshof gewendet habe. Es ist klar, es ist eine neue Situation, die Regierung muss schnell handeln, aber die ersten Wochen habe ich das Gefühl gehabt: Kritik ist nicht in Mode. Die meisten Medien haben sich sehr stark auf die Regierungsposition versteift und diese transportiert.

Menschen, die keine Verschwörungstheoretiker sind, sondern bloß kritische Fragen stellen, wurden in ein Eck gedrängt. Das habe ich sehr schade gefunden. Ich erinnere mich da an das Interview von Armin Wolf mit Sebastian Kurz in der „ZiB 2“, in dem Armin Wolf völlig zu Recht die Frage gestellt hat: Was sagen Sie Menschen, die meinen, Corona sei nicht schlimmer als eine Grippe? Kurz hat die Frage sehr abwertend beantwortet. Und genau so darf man es nicht machen. Da muss der Bundeskanzler doch besonders deutlich erklären, warum es nicht so ist. Wer sich abwertet fühlt, beteiligt sich nicht mehr an der Diskussion. Kritik ist immer unfassbar wichtig, weil sie dazu führt, dass man eigene Positionen überprüft.

Hamann: Ja, man hat aber schon Unterschiede in der Kommunikation gesehen. Beim Gesundheitsminister hat man meiner Meinung nach immer gespürt, wie sehr er darum ringt, alle mitzunehmen. Und aus meiner Erfahrung kann ich sagen: Natürlich zweifelt man in so einer Extremsituation ständig und hinterfragt die eigenen Entscheidungen. Es hat ja weitreichende Konsequenzen, was wir auf politischer Ebene beschließen.

Schellhorn: Ja. Zuletzt sind ihm mit der Aufforderung „Reißt euch zusammen!“ an die jungen Menschen ein bisschen die Nerven durchgelaufen.

Prankl: Wenn man über Twitter kommuniziert, hat man immer das Problem mit der extremen Verkürzung der Information.

Hamann: Ja, auch das. Aber ich gestehe einem Menschen wie Rudi Anschober, der monatelang unter permanentem Entscheidungsstress steht und sich extrem viel Mühe gibt, politische Entscheidungen geduldig zu erklären, einen Moment der Emotion zu.

Prankl: Man darf es trotzdem kritisieren.
Hamann: Aber natürlich! Nur etwas Grundsätzliches: Was man an der Regierung bisher – zum Teil zu Recht – kritisiert hat, ist der starke Fokus auf Message-Control und dass kaum je ein unbedachtes Wort rausrutscht. Aber wenn dann einmal eine echte Emotion rausrutscht, ist es auch wieder nicht recht.

Schellhorn: Da gebe ich dir völlig recht. Ein paar Emotionen sind wichtig. Ich habe den Anschober-Tweet eh auch als witzig empfunden. Das war zugespitzt, wir haben darüber diskutiert, Zweck erfüllt. Problematisch ist für ein Tourismusland aber, wenn der Bundeskanzler sagt: „Das Virus kommt mit dem Auto.“ Die fahren ja nicht nur durch Österreich durch, da kommen ja auch Leute zu uns.

Schlager: Ich möchte noch einmal auf den Zweifel zurückkommen. In meiner Wahrnehmung gab es am Anfang einen sehr starken Zusammenhalt und Glauben an die Institutionen. Das hat sich ein wenig geändert, als es um die Wirtschaftshilfen ging. Die sind nicht bei allen angekommen oder eben nicht so wie angekündigt. Wenn mir jemand etwas verspricht und ich bekomme das nicht, dann werde ich unzufrieden. Diese enttäuschte Erwartung hat dazu geführt, dass insgesamt mehr hinterfragt worden ist.
Prankl: Wenn man sich beispielsweise die Richtlinien über den Fixkostenzuschuss anschaut, sind da viele Posten drinnen, die sehr vage und unbestimmt formuliert sind. Hinzu kommt, dass es zu den Richtlinien, von der Rechtsqualität her eine Ver-

Fortsetzung nächste Seite



Hotelier und Oppositionspolitiker Sepp Schellhorn

„Privat konnte ich die Zeit genießen“

Wie Sepp Schellhorn den Lockdown erlebte: „Üblicherweise bin ich mit meinen zwei Berufen als Politiker und Gastronom wirklich eingespannt. Im März und April gab es da wirklich schöne Momente mit meiner Familie. Nicht zu wissen, was ich am Samstagabend zu tun habe, war für mich zum Beispiel eine völlig neue Erfahrung. Auf einer privaten Ebene konnte ich die Zeit genießen.“

Beruflich war es natürlich eine Phase großer Unsicherheit. Unsere Betriebe hatten alle geschlossen, wir haben die Mitarbeiter zu Kurzarbeit angemeldet. Wie alle anderen wussten auch wir nicht, worauf wir uns einlassen. In unseren Betrieben haben wir sehr viel daran gearbeitet, Konzepte für die neuen Anforderungen auszuarbeiten.

Als Politiker fühle ich mich besonders für Klein- und Mittelbetriebe in der Gastronomie und Hotellerie verantwortlich. Ich habe bis zu 100 E-Mails am Tag erhalten. Ich habe den Anspruch gehabt, alle persönlich zu beantworten.

Zusammengefasst: Die ersten zwei Wochen habe ich schlecht geschlafen, weil ich nicht wusste, wie es weitergeht. Die zweite Hälfte habe ich schlecht geschlafen, weil ich gedacht habe, ich muss alles abarbeiten.“



Problematisch ist für ein Tourismusland, wenn der Bundeskanzler sagt: „Das Virus kommt mit dem Auto“

SEPP
SCHELLHORN



Dominik Prankl, Universitätsassistent an der Sigmund-Freud-Uni

„Habe am Küchentisch vor mich hin getippt!“

Wie Dominik Prankl den Lockdown erlebte: „Ich glaube, ich war insgesamt in einer sehr privilegierten Situation. Ich bin Universitätsassistent an der Sigmund-Freud-Uni, bei uns wurde auf Distanzlehre umgestellt. Als das Homeoffice gekommen ist, bin ich zu meiner Mutter aufs Land gezogen. Das konnte man auch vom tiefsten Niederösterreich aus machen. Sonst habe ich an Publikationen gearbeitet und die gesamte Berichterstattung und Diskussion sehr stark mitverfolgt.“

Ich als Arbeitnehmer, der den Beruf voll bezahlt bekommen hat, war sehr privilegiert. In meiner Familie gibt es sehr viele Selbstständige, da habe ich die wirtschaftlichen Probleme hautnah mitbekommen. Als Haus- und Hof-Jurist der Familie musste ich einspringen und rechtlich abklären, nach welchen Regeln Arbeit funktionieren kann oder welche Hilfe infrage kommt.

Auf der anderen Seite habe ich die Zeit genutzt, dass ich es mir bei einigen Verordnungen herausgenommen habe, einen Individualantrag zu schreiben. Insbesondere bei der, die ich beim Verfassungsgerichtshof bekämpft habe, die Grundrechte massiv beeinträchtigt hat.

Das ist im Homeoffice gut gegangen, da habe ich meine Ruhe gehabt. Ich bin am Küchentisch im elterlichen Haushalt gesessen und habe vor mich hin getippt.“



Ich glaube, die ersten paar Wochen waren auch viele Medien in der Schockstarre

DOMINIK PRANKL

Fortsetzung von Seite 29

ordnung, keine erläuternden Bemerkungen gibt, die, wie das bei Gesetzen meistens der Fall ist, zum Verständnis beitragen würden. Das ist ein Dilemma. Dahinter steckt wohl schon auch ein bisschen die Überlegung: Wir wählen bewusst einen unschärferen Begriff und schauen einmal, wie sich das auswirkt. Umso bedauerlicher ist das für Unternehmen, die kein Riesenberatungsbudget haben, denn in Wahrheit muss man sich extrem lang durch diese Richtlinien quälen, und dann bestehen viele diffizile Auslegungsfragen. Das heißt, da wird ein Ratsenschwanz an Aufwand verursacht, dabei sollte gerade eine kurzfristige Hilfe relativ einfach sein.

Schellhorn: Genau: klar und verständlich.
Hamann: Wir stoßen da an das grundsätzliche rechtliche Problem, dass wir uns klare, einfache, verständliche, faire Regeln wünschen. Dann kommen wir drauf, dass eine klare und einfache Regel, die für alle gleichermaßen gilt, im Detail unfair sein kann. Dann fangen wir an, zu differenzieren, und machen alles komplizierter. Dann vergleichen wir die verschiedenen Regeln, die für verschiedene Gruppen gelten, weil sie unterschiedliche Voraussetzungen haben – und stellen fest, dass da etwas nicht zusammenpasst. Und am Ende erzeugt der Versuch, es so fair wie möglich zu machen, immer mehr an Unklarheit und immer mehr Binnendifferenzierung.

Prankl: Das ist der Auftrag in rechtlicher Hinsicht: Ich muss insgesamt darum bemüht sein, kohärente Systeme zu schaffen. Dass es immer Härten im Einzelnen gibt, lässt sich nicht vermeiden.

Schellhorn: Bei den Wirtschaftshilfen haben uns die Schweizer vorgemacht, wie klar und einfach geht. Wobei man fairerweise sagen muss, dass die Schweiz es ein bisschen leichter hat, die ist nicht an das EU-Beihilfenrecht und Basel III gebunden. Wir hätten uns daran schon anlehnen können, wäre nicht am Anfang die Weigerung der Banken gewesen, sich an einen Tisch mit der Politik zu setzen. Im Bankensektor gibt es seit den Pleiten von Hypo Alpe Adria und Alpine Bau große Vorbehalte. Die haben gesagt: Ihr habt uns damals was versprochen und uns fallen lassen, jetzt lassen wir euch zittern! In der Schweiz war das ganz anders. Der Finanzminister hat sich mit den Banken hingesetzt und gesagt: In der Finanzkrise haben wir euch gerettet, jetzt helfe ich euch! Innerhalb von 24 Stunden haben alle Betriebe zehn Prozent des Umsatzes an Krediten für fünf Jahre unverzinst bekommen.

Parlamentarische Kontrolle hat es bei den Covid-19-Gesetzen aus Zeitdruck erst im Nachhinein gegeben. Sie haben sich wegen einer Verordnung als Bürger mit einer Beschwerde erfolgreich an den Verfassungsgerichtshof gewendet, Herr Prankl. Ist das ein Zeichen dafür, dass Checks and Balances auch außerhalb des Parlaments funktionieren?

Prankl: Zunächst ist es sehr positiv, dass es in Österreich die Möglichkeit gibt, sich als Einzelner direkt an den Verfassungsgerichtshof zu wenden. Das ist nicht selbstverständlich. Der Individualantrag ist ein gutes Instrument, um Verfassungswidrigkeiten aufzugreifen. Wenn man sich die Verfassungsrechtslage anschaut, ist es für einen Bürger mitunter sogar einfacher als für eine politische Partei. Es gibt zwar die Möglichkeit, dass ein Drittel der Abgeordneten den Verfassungsgerichtshof anruft, aber eben nicht bei Verordnungen. Da gibt

es kein Antragsrecht. Insofern hat der Bürger schon eine relativ gute Situation, wenn er persönlich von einer Regelung betroffen ist. Und selbst da hat sich der Verfassungsgerichtshof großzügig gezeigt, weil in meinem Fall die Regelung zum Zeitpunkt der Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof schon außer Kraft getreten war und er dennoch den Antrag und die Prüfung zugelassen hat. So bedeutend die traditionellen Institutionen auch sind: Ich denke, es wäre gut, wenn sich die Leute selbst teilweise mit mehr Selbstbewusstsein exponieren würden. Auch der Bürger ist schließlich eine Institution. Aber das ändert natürlich nichts daran, dass es Checks and Balances braucht. Checks and Balances spielen sich im Parlament ab. Auch die Medien als vierte Gewalt spielen eine enorm wichtige Rolle. Die haben auch ein wenig gebraucht, bis sie ihre Rolle gefunden haben. Zu Beginn war das, etwas negativ formuliert, sehr viel Einheitsbrei in der Berichterstattung.

Schellhorn: Verlautbarungsjournalismus.
Prankl: Erinnern wir uns an die Gründe, warum man rausgehen darf. Das wurde ganz unterschiedlich berichtet. Bei den einen gab es drei Gründe, bei den anderen vier oder fünf. In Wahrheit hätte man nur die Verordnung lesen müssen und wäre zu dem Schluss gekommen: Das stimmt so nicht. Im Prinzip darfst du immer raus, wenn du einen Meter Abstand hältst. Da haben am Anfang die Checks and Balances nicht so funktioniert. Jetzt sind wir in einer ganz anderen Phase, wo das viel besser klappt. Man hat gemerkt: Das formt sich die kritische Öffentlichkeit wieder. Ich glaube, die ersten paar Wochen waren auch viele Medien in der Schockstarre. Das darf uns so nicht mehr passieren.

Schlager: Natürlich mussten viele Verordnungen schnell gemacht werden. Wenn man das mit routinierten Gesetzesbegutachtungen vergleicht, wo Sozialpartner eingebunden sind, ist die Qualität der Gesetzgebung einfach nicht so gewährleistet. Man kann sich durch einen ordentlichen Gesetzeswerdungsprozess manche Fallen ersparen. Daraus gilt es eine Lehre zu ziehen. Da sind zum Glück öffentliche Debatten entstanden. Als Nichtjuristin muss ich das sagen: All diese verabschiedeten Pakete waren sehr groß und umfassend, aber auch sehr intransparent und insgesamt nicht sozial ausgewogen.

Hamann: Am Anfang war das Bedürfnis nach Klarheit ganz stark da. Wie in jeder Krise und jeder krisenhaften Situation waren die Menschen froh, klare Handlungsanweisungen zu bekommen. Ich stimme aber zu: Je mehr Institutionen sich in diesen Meinungsbildungsprozess einbringen, desto besser wird das Ergebnis. Ich möchte nur den einen Gedanken aufgreifen, wo es um den Bürger, die Bürgerin ging. Ich frage mich schon ganz grundsätzlich, wie viel Verordnungen von oben eigentlich notwendig sind, um gewisse Verhaltensänderungen in einer Gesellschaft zu ermöglichen. Hätte man einen ähnlichen Effekt erzielen können, indem man einfach an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger appelliert?

Schellhorn: Mit einem gewissen Optimismus geht das schon. Aber es ist überhaupt nicht zweckmäßig, mit Angstspreech zu agieren.

Hamann: Mit Angstspreech meinst du nicht uns Grüne, oder?

Schellhorn: Die Regierung.

Hamann: Ach so.

Prankl: Eine Zeitlang ging es schon – man muss den heftigen Begriff verwenden – in Richtung Polizeistaat. Wenn man in Pressekonferenzen Verordnungen nicht richtig wiedergibt, dann entfaltet das eine enorme faktische Wirkung. Die Bürger gehen ja tatsächlich nicht mehr raus, weil sie glauben, es sei verboten. Das heißt, es geschieht eine Einschränkung, die auf keiner gesetzlichen Grundlage beruht. Und auf der anderen Seite – und das haben wir alle gesehen – führt es auch dazu, dass die Polizei mit aller Härte in den Vollzug tritt. Da sind ja ganz absurde Geschichten passiert: Die Mutter einer Freundin ist von einer Polizeistreife kontrolliert und gefragt worden, warum sie im Nachbarort beim Billa war und nicht im eigenen Ort, da gebe es eh ein Lebensmittelgeschäft. Der Rechtsstaat zeichnet sich durch Gesetzesbindung und Kontrolle aus. Wenn das nicht der Fall ist und willkürlich eingeschritten wird, sind das Elemente, die höchst bedenklich sind.

Hamann: Völlig richtig.
Schellhorn: Aber das oberste Organ, Innenminister Karl Nehammer, hat auch noch stolz in einer Pressekonferenz verkündet, wie viele Anzeigen es gegeben hat. Um das Volk einzuschüchtern und zu zeigen: Wir sind auf zack und wir greifen durch.

Hamann: Ich gehe da aber noch einen Schritt weiter. Die Situation hat sich nicht nur darauf ausgewirkt, wie die einzelnen Polizistinnen und Polizisten ihre Aufgabe definiert haben. Selbst Privatpersonen haben sich ermächtigt gefühlt, andere zurechtzuweisen. Ich habe das persönlich erlebt, dass Kinder zusammengepöfeln wurden, wenn sie einen Ball aus fünf Meter Entfernung hin- und hergekickt haben, weil sich Leute eingebildet haben, es sei jetzt Spielen verboten und sie setzen das jetzt durch.

Schellhorn: Das ist eine traurige Erkenntnis dieser Zeit, dass hier ein Blockwartentum eingesetzt hat.

Hamann: Das widerspricht ein bisschen unserer Hoffnung, dass es vielleicht mit Empfehlungen und Eigenverantwortung genauso gut funktionieren würde.

Schellhorn: Das war damals in dieser Angstphase, wo Sebastian Kurz gesagt hat: Wir alle werden jemanden kennen, der stirbt, und als er von 100.000 Toten gesprochen hat.

Prankl: Ich glaube schon, dass die Kommunikation des Verordnungsinhalts mit urächlich war für dieses Blockwartsystem. Wenn ich sage, es geht um Selbstverantwortung, dann spielt sich das auf einer anderen Ebene ab. Wenn die Menschen dagegen glauben, die Staatsgewalt will ja genau das und ich bin jetzt der private Vollstrecker, dann ist die Situation anders.

Hamann: Ich glaub nur, wir reden hier wirklich von einer Funktionsweise unserer österreichischen Gesellschaft generell, für die man jetzt nicht ausschließlich und allein die Regierung und ihre Worte verantwortlich machen kann.

Prankl: Da stimme ich Ihnen zu.

Schlager: Es ist wirklich zentral für die Bewältigung dieser Krise, dass gemeinsam, mit Optimismus und faktenbasiert gearbeitet wird. Auch in wirtschaftspolitischen Fragen. Wir müssen überlegen, wer welche Form von Sicherheit braucht und wie gewährleisten ich die Sicherheit. Wir müssen uns über bestimmte Fragestellungen einigen. Auch darüber, wer einbezogen wird. Ob das nun die Sozialpartner sind oder die Arbeitskonferenz. Wir werden in vielen Bereichen Perspektiven aufzeigen müssen. Macht

es Sinn, all diese Leute, die in der Luftfahrt den Job verloren haben, zu halten? Oder braucht es da vielleicht Strukturwandelstiftungen, um diesen Menschen den Umstieg in andere Berufe zu erleichtern? Wie schaffe ich es, dass die Jungen auch eine Perspektive haben? Was kann man gegen verstopfte Einstiegsarbeitsmärkte tun?

Das erste Erleben von Arbeit war für viele junge Menschen negativ.

Schlager: Sie sind mit der Ausbildung fertig, haben aber nicht das Gefühl gebraucht zu werden. Das ist psychologisch für den Einstieg ins Arbeitsleben eine sehr problematische Erfahrung. Oder die Unsicherheit, ob sie einen Platz an der Uni oder auf der FH finden werden. Es ist für junge Leute schwierig, wenn sie das Gefühl haben, abgewiesen zu werden.

Prankl: Das Thema Wissensmanagement in der Bürokratie spielt auch eine ganz wesentliche Rolle, glaube ich. Es ist die Frage gefallen, ob denn überhaupt die entsprechende Fachkompetenz in jedem einzelnen Ministerium vorhanden ist. Da sieht man schon eine Entwicklung – auch in Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen –, dass man sich da immer wieder genötigt fühlt, externe Berater heranzuziehen. Außerdem vollzieht sich seit Jahren ein Wandel vom Berufsbeamtentum zum Vertragsbediensteten. Das ist eine Entwicklung, die ich demokratiepolitisch nicht gut finde.

Schellhorn: Völlig richtig.

Prankl: Vertragsbedienstete haben einen ganz anderen Kündigungsschutz, einen schwächeren. Zudem lässt sich beobachten, dass viel mehr Personal in den politischen Ministerbüros sitzt. Diese Leute werden dann später auf Posten im Ministerium geschleust. Da müssen dann eigens Plätze geschaffen werden. Das einzige Ministerium, das sich ein bisschen dagegen wehren kann, ist das Justizministerium, weil da nur Richter hindürfen.

Schellhorn: Sie haben völlig recht. Oben, wo der Minister ist, werden mehr und mehr PR-Menschen benötigt, die ausschließlich den Minister oder die Ministerin verkaufen sollen. Und dann werden in der Corona-Zeit die Beamtinnen und Beamten ins Homeoffice geschickt und die externen Berater ziehen ein, die McKinseys und Deloittes. Ich kenne übrigens keinen Klein- und Mittelbetrieb, der sich Deloitte leisten kann. Die verstehen deswegen auch nichts von einem Unternehmen, das 15 oder 20 Mitarbeiter hat. Da kann ein Ministerbüro den Auftrag, sachlich und kompetent zu arbeiten, schwer erfüllen, wenn die eigenen Experten ins Homeoffice geschickt werden.

Prankl: Man muss für den öffentlichen Dienst stärkere Anreize schaffen. Die Leute sollen nicht nur Anwalt oder Höchstrichter werden wollen, sondern sie sollen halt auch im öffentlichen Dienst eine Karriere machen können, die anspruchsvoll ist und wo sie sich verwirklichen können. Das ist wichtig, weil auch der Staat das Know-how braucht.

Hamann: Das unterstütze ich. Wir werden das als Regierung allein aber nicht hinkriegen und wir werden alle brauchen, die jetzt angesprochen wurden: von der Wissenschaft über die Sozialpartner bis zur Beamtenschaft und zur Opposition im Parlament. Zumind. Aus grüner Perspektive ist uns klar, dass es verschiedenste Institutionen von Zivilgesellschaft bis hin in die Bürokratie brauchen wird, um das zu bewältigen.“



Christa Schlager, Experte für Wirtschaftspolitik der AK Wien

„Zu Beginn gab es extrem viele Beratungsanfragen“

Wie Christa Schlager den Lockdown erlebte: „Die Umstellung auf Homeoffice war eine große logistische Herausforderung. Wie kriegen alle Mitarbeiter Handys und Laptops, können von zu Hause auf Datenbanken zugreifen? Gerade zu Beginn gab es extrem viele Beratungsanfragen. AK und ÖGB haben da eine eigene Struktur aufgezogen. Ein Teil hat das Erstgespräch gemacht und die Anfrage aufgenommen, dann wurden die Leute von den Experten zum Beispiel aus dem Bereich Arbeitsrecht zurückgerufen.“

Mit dem Anlaufen der Wirtschaftshilfen hat meine Abteilung dann auch Einschätzungen der Gesetzespakete und Verordnungen gemacht.

Insgesamt war das für uns alle ein großer Arbeitsaufwand. Ich habe einen 16-jährigen Sohn, er hat sich sehr gefreut, dass ich zu Hause bin. Wie das bei 16-Jährigen eben so ist, die essen, gamen und schlafen recht viel, und ich musste darauf schauen, dass er um acht Uhr online bei der Schule eingestiegen ist. Das hat eigentlich gut funktioniert. Am Anfang hat auch mein Mann noch von zu Hause aus gearbeitet, da hat die Frequenz an Home-Schooling, Telefonaten und Videokonferenzen schon ein recht hohes Niveau erreicht. Mein Sohn hat einmal gesagt, dass die ganze Klasse mitbekommt, was wir im Hintergrund diskutieren. Daraufhin haben wir versucht, uns zeitlich abzustimmen, und Headsets besorgt.“



Es ist zentral für die Bewältigung der Krise, dass gemeinsam, mit Optimismus und faktenbasiert gearbeitet wird

CHRISTA SCHLAGER

Der Kommunismus in der Marktwirtschaft

Supermarktangestellte, Pflegekräfte, Müllabfuhr, Reinigungspersonal: Mit Covid-19 traten jene ins Scheinwerferlicht, die meist ungeschult und fast immer unterbezahlt sind. Um den Staat krisenfest zu gestalten, braucht es eine Neubewertung der Alltagsökonomie

APPELL: ANDREAS NOVY, LEONHARD PLANK, RICHARD BÄRNTHALER, ALEXANDRA STRICKNER

Die Covid-19-Pandemie hat eines gezeigt: Es gibt nicht nur eine Ökonomie, einen globalen Markt, auf dem alles gegen alles getauscht werden kann. Diese Lehre ist nicht neu – bereits 1944 hielt der ungarisch-österreichische Sozioökonom Karl Polanyi fest, dass „die Wirtschaft“ im Singular genauso wenig existiert wie der eine „große Markt“. Die gegenwärtige Pandemie stärkt diese These. Sie zeigt, dass es verschiedene Bereiche des Wirtschaftens gibt, die nach unterschiedlichen Prinzipien funktionieren und auch von unterschiedlicher Wichtigkeit für ein gelungenes Leben sind. Daher sind diese Bereiche auch differenziert zu bewerten. Was gesellschaftlich wertgeschätzt wird, ist nicht vor allem Ergebnis wissenschaftlicher Überlegung, sondern öffentlicher Debatten und politischer Auseinandersetzungen.

Die Erosion einer gemischten Wirtschaft

Die feministische Wirtschaftswissenschaft weist schon lange auf jenen nicht-monetären Bereich der Haus- und Sorgearbeit hin, der zwar grundlegend für die Reproduktion ist, jedoch in wirtschaftspolitischen Überlegungen weitgehend unberücksichtigt bleibt. Die Grundversorgung, die die wesentlichen Bedürfnisse nach Sicherheit, Gesundheit und Sorge befriedigt, wird aber gleichermaßen im monetären und nicht-monetären Bereich des Wirtschaftens erbracht – und der Wegfall jener Tätigkeiten, die im Unsichtbaren und wesentlich von Frauen geleistet werden, würde zu einem gesellschaftlichen Zusammenbruch führen.

So zeigte auch der französische Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel (1902–1985), dass sich funktionierende Gesellschaften jahrhundertlang durch eine Balance und ein Zusammenspiel unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche auszeichneten: eine Ökonomie des Alltags, die den Eigenbedarf sicherstellte, eine lokal organisierte und regulierte Marktwirtschaft sowie ein global agierender, von großen Unternehmen dominierter Kapitalismus existierten jahrhundertlang nebeneinander. Auch die gemischtwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung des Wohlfahrtskapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg basierte auf diesem Wirtschaftsverständnis. Zwar gab es einen zentralen marktwirtschaftlichen Sektor, doch gleichzeitig galt nicht nur eine eigene Marktordnung für die Landwirtschaft, sondern es existierte auch eine öffentlich organisierte Daseins-

vorsorge – von der Versorgung mit Trinkwasser und Energie über die Entsorgung von Abwässern und Abfällen –, die von Stadtwerken, Genossenschaften und anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen angeboten wurde.

Auch das Bildungs- und Gesundheitswesen war ausdrücklich kein Markt, sondern eine öffentliche Dienstleistung, die unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit (fast) allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stand. Ebenso waren viele Banken im öffentlichen Eigentum, und globale Finanzmärkte waren durch Kapitalverkehrskontrollen beschränkt. Wirtschaft zeichnete sich durch eine Balance und Koexistenz unterschiedlicher Wirtschaftsprinzipien aus: der Gegenseitigkeit (Reziprozität), der Umverteilung (Redistribution) und des über den Markt organisierten Austauschs (Marktaustausch).

Die 1970er-Jahre brachten einen Bruch mit diesem pluralistischen Verständnis einer gemischten Wirtschaft, das auch Grundlage der österreichischen Sozialpartnerschaft war. Mit der aufkommenden Vorherrschaft des Marktliberalismus verbreitete sich die Vorstellung, Freiheit bedeute die unbeschränkte Möglichkeit, auf Märkten Produkte und Dienstleistungen wählen zu können.

In diesem fundamentalistischen Marktmonismus war der Markt nicht mehr eine von mehreren, sondern die Institution des Wirtschaftslebens. Insbesondere die europäische Wirtschaftsverfassung ist bis heute durch den Primat der Marktfreiheiten geprägt: andere Wirtschaftsprinzipien wie Umverteilung oder Reziprozität gelten bestenfalls in Ausnahmefällen. So prüft der Europäische Verfassungsgerichtshof zum Schutz der Marktfreiheiten nicht nur hinsichtlich des Diskriminierungspotenzials nationaler Regelungen, sondern – weit darüber hinausgehend – auch, ob diese Regulierungen bestimmte Marktfreiheiten „weniger attraktiv“ machen; und zwar völlig unabhängig davon, ob sie für alle, inländische wie ausländische, Unternehmen gelten. Nur „zwingende Gründe des Allgemeininteresses“ erlauben ein Abweichen vom Markt als Koordinationsmechanismus „by default“ – und auch dann nur in Form der gelindesten Maßnahmen.

Das Ausmaß, mit dem dieser Marktliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten die Illusion eines sich selbst regulierenden Marktes in den Köpfen und in politischen Programmen durchgesetzt hat, ist schon bei einem kurzen historischen Rückblick verwunderlich. Karl Polanyi zeigte



Drohen erneut gewalttätige soziale Verwerfungen oder gelingt es, eine neue Ordnung zu schaffen?

nämlich in seinem Hauptwerk „The Great Transformation“, dass diese liberale Utopie schon einmal gesellschaftlich dominant war – und desaströs scheiterte. Sie mündete in die Weltwirtschaftskrise 1929 und bereitete gleichermaßen Faschismus und Sozialstaat den Boden.

Heute stehen wir an einer ähnlichen historischen Gabelung, die durch Covid-19 noch zugespitzt und beschleunigt wird: Drohen erneut gewalttätige soziale Verwerfungen oder gelingt es, eine gemischtwirtschaftliche Ordnung zu schaffen? Sind wir in der Lage, die unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche – inklusive des nicht-monetären Bereichs der Grundversorgung – angesichts bestehender und sich zuspitzender Herausforderungen neu zu bewerten? Das heißt: Gelingt es, diejenigen Bereiche der Grundversorgung zu erneuern und zu transformieren, die unsere Gesellschaft krisensicher machen, indem sie verlässlich Grundbedürfnisse befriedigen? Gelingt es, unsere Wirtschaft klimafit zu gestalten und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu stärken?



Die Ökonomie des Alltagslebens: Überleben sichern und ein gutes Leben ermöglichen

Wir stützen uns in unseren Überlegungen auf einen grundversorgungsorientierten Ansatz (*foundational approach*), wie ihn das Foundational Economy Collective (foundationaleconomy.com) in den vergangenen Jahren erarbeitet hat. Dieser Ansatz fokussiert auf die Alltagsökonomie (*foundational economy*, Ökonomie des Alltagslebens), die sowohl die lebensnotwendigen Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen umfasst, als auch die sogenannten „Komfortgüter“, die oftmals übersehen, aber für ein gelungenes Leben bedeutsam sind. Dabei sind die alltagsökonomischen Funktionsprinzipien anders bestimmt und ausgerichtet als die einer exportorientierten globalen Marktwirtschaft. Der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck spricht von einem „alltäglichen Kommunismus, der unserem alltäglichen Kapitalismus unterliegt und ihn überhaupt erst ermöglicht“. Dieser grundlegenden Teil unserer Wirtschaft muss daher auch

Der Markt braucht Ordnung. Aber wer setzt die Regeln?

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

anders bewertet werden: langfristiges ökonomisches Denken, Planung, Kooperation und die Orientierung an Konsistenz, Suffizienz und Resilienz stehen im Vordergrund.

Somit basiert ein grundversorgungsorientierter Ansatz auf jenem gemischtwirtschaftlichen Verständnis, das seit den 1970er-Jahren im Niedergang begriffen ist. Er fordert die Wiederherstellung einer Balance unterschiedlicher Wirtschafts- und Bewertungsprinzipien und rückt jene binnenwirtschaftlichen Aktivitäten der Daseinsvorsorge und der Nahversorgung in den Vordergrund, die fundamental für unser Leben sind. Obwohl diese Aktivitäten beschäftigungspolitisch von Gewicht sind – im europäischen Schnitt arbeiten 40 Prozent der Erwerbstätigen in den Kernbereichen der Ökonomie des Alltagslebens –, werden diese wirtschaftlichen Aktivitäten häufig als selbstverständlich angenommen, zumindest so lange, bis der Strom ausfällt, der Müll sich vor der Haustüre stapelt oder die Gesundheits- und Lebensmittelversorgung zusammenbricht.

Mit Covid-19 traten diese Bereiche des Wirtschaftens jedoch ins Scheinwerferlicht.

Die Pandemie zeigte die Wichtigkeit der in Krisenzeiten als „systemrelevant“ eingestuft Alltagsökonomie. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise mussten Wasser-, Energie- sowie die Gesundheitsversorgung und der Lebensmittelhandel weiterhin funktionieren. Der Shutdown am Beginn der Pandemie zeigte, dass es essenzielle Bedürfnisse gibt, die zuallererst gestillt werden müssen: von der Kinder- und Altenbetreuung über die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung bis zu Strom, Wasser, Gas, Müllabfuhr und Wohnraum.

Diese Bereitstellung essenzieller Güter und Dienste folgt einer eigenen Logik, denn hier muss gerade auch in Krisen verlässlich angeboten werden. Kurzfristige Einsparungen können sich im Ernstfall als teuer und tödlich erweisen – gerade im Gesundheitswesen. Daher lassen sich diese Bereiche der Alltagsökonomie nur eingeschränkt als Markt organisieren. Und sicher nicht als globaler Markt mit privaten Oligopolen, die einzig dem Shareholder-Value ihrer Eigentümer verpflichtet

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 33

sind. Geschieht dies trotzdem, wie im Gefolge von Privatisierung und Liberalisierung in den vergangenen Jahrzehnten, dann zahlen die Beschäftigten, die Nutzerinnen oder die öffentliche Hand die Rechnung dafür.

Zur Alltagsökonomie gehören all jene grundlegenden wirtschaftlichen Aktivitäten, die die Grundversorgung sicherstellen. In ihr arbeiten Menschen, die zumeist unbemerkt und fast immer unterbezahlt die Voraussetzungen funktionierender Alltagslebens gewährleisten. In der Pandemie zeigte sich, wie essenziell es ist, dass zu normalen Zeiten und in jeder Krise Beschäftigte im Dienstleistungsbereich wesentliche gesellschaftliche Aufgaben erfüllen. Zu Recht rückten daher Kassiererinnen und Spitalspersonal in den Fokus der Öffentlichkeit und traten an die Stelle der wirtschaftlichen Elite, die sich in gesicherte Bereiche zurückziehen konnten, während andere „den Laden am Laufen“ (Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel) hielten.

Funktioniert in unseren komplexen Gesellschaften die kollektive Bereitstellung dieser Dienste nicht, so bricht entweder das System zusammen (was im Fall von Energie- und Wasserversorgung der Fall gewesen wäre) oder die Arbeit wird erneut privatisiert (wie teilweise bei der Pflege und der Kinderbetreuung). Die Alltagsökonomie sichert also das menschliche Überleben in zivilisierten Gesellschaften.

Doch Alltagsökonomie geht über die Sicherung des bloßen Überlebens hinaus. Sie ist auch zentral, um ein gutes Leben für alle Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Zum guten Leben gehört nicht nur, dass der Strom aus der Steckdose, das Wasser aus der Leitung und das Brot zum Bäcker kommt. Auch ein lebenswertes Wohn- und Lebensumfeld zählt dazu: Vor allem in beengten Wohnverhältnissen wurde die Quarantäne bedrückend und besonders Menschen in dichtverbauten Stadtgebieten litten am Fehlen städtischer Grünräume.

Die passende Metapher für diese Unterscheidung liefert der von der New Yorker Gewerkschafterin Rose Schneiderman geprägte Slogan „Brot & Rosen“. Gemeinsam mit anderen streikenden Textilarbeiterinnen kämpfte sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für ausreichend Einkommen zum Auskommen (Brot), aber auch eine menschenwürdige Arbeits- und Lebensumgebung (Rosen), wie es im gemeinsamen Kampflied heißt:

*As we go marching, marching
Unnumbered women dead
Go crying through our singing
Their ancient call for bread
Smart art and love, and beauty
Their drudging spirits knew
Yes, it is bread we fight for
But we fight for roses, too*

Während eine zuverlässige Alltagsökonomie zum einen das „Brot“ – und damit das Überleben – sicherstellt, gehört zum anderen der Besuch von Bars, Restaurants und Friseursalons oder die Nutzung von öffentlichen Räumen und Grünflächen zum guten Leben dazu. In diesem umfassenden Sinne gehört zur Alltagsökonomie auch die Bereitstellung dieses kleinen bisschen an Komfort im Alltag – die „Rosen“. Über die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Diensten hinaus ermöglicht sie dem Menschen als soziales Wesen ein zivilisiertes und gelungenes Leben.

Eine sozial-ökologische Neubewertung des Wirtschaftens

Was zum Überleben notwendig, was für das gute Leben wichtig, was ein bisschen Komfort und was unnötig, ja oftmals gar dekadent ist, kann nicht allein von Wissenschaft festgelegt werden, sondern bedarf gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Die Frage, welche Art von Wirtschaft wir wollen und welchen Zweck sie erfüllen soll, ist tief verwoben mit der Frage nach Wert: Welche Aktivitäten sind gesellschaftlich wertvoll, wesentlich und kritisch für das Überleben, den Wohlstand und das gute Leben? Welche wirken hingegen destruktiv auf diese Bestrebungen?

Der Marktliberalismus leugnet jedoch die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit, hier Unterscheidungen vorzunehmen: Alles sei durch alles substituierbar. Somit sei es unangebracht, wenn Politik und Gesellschaft gewisse Berufe, Sektoren, Gruppen von Beschäftigten oder Konsumpraktiken für besser oder schlechter als andere erklären. Es sei (markt-)ungerecht, moralische Unterscheidungen zu treffen zwischen Notwendigkeiten, Komfortgütern und Luxusgütern. Jede Aktivität, die individuelle Kaufkraft findet, sei produktiv und wertvoll, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Wert oder dessen Zerstörung.

Die Covid-19-Krise und das Agieren auch marktliberaler politischer Entscheidungsträger bewies das Gegenteil. So wie kein mächtiges Land einen Markt für Rüstungsgüter akzeptiert – wer glaubt ernsthaft, das Pentagon würde chinesische Waffen kaufen, selbst wenn sie die billigsten wären? –, führte kaum ein Land einen Shutdown ein, der das Einkaufen im Lebensmittelgeschäft untersagte. Und Regierungen veröffentlichten Listen systemrelevanter Berufe, deren Beschäftigte Anspruch auf Kinderbetreuung haben.

Auf diesem krisenbedingten Umdenken aufbauend gilt es gerade jetzt öffentliche Debatten darüber anzustoßen, was ein gutes Leben für alle ausmacht, welche wirtschaftlichen Tätigkeiten und Sektoren dafür entscheidend sind und wie diese alltäglichen Notwendigkeiten bereitgestellt werden sollen. Diese gesellschaftliche Wertschätzung kann nicht von oben herab verordnet werden. Doch gleichzeitig muss Politik auch in der Lage sein, oftmals unpopuläre Entscheidungen zu treffen, um tief verankerte nicht-nachhaltige Gewohnheiten und Routinen zu durchbrechen. Dies ist anfänglich immer konfliktbehaftet: ob das Rauchverbot im Flugzeug und der Bahn, der Bau der Donauinsel oder die Neugestaltung der Mariahilfer Straße in Wien als Begegnungszone – mutige Entscheidungen, die Rahmenbedingungen verändern und gewohnte Routinen infrage stellen, führen zwangsläufig zu Konflikten. Langfristig werden sie jedoch oft zu einer neuen wertgeschätzten Normalität: Rauchfreie Flugzeuge und Züge sind heute eine gesellschaftlich anerkannte Norm, die Donauinsel entwickelte sich zu einem zentralen und allseits beliebten Naherholungsgebiet in Wien und die Mariahilfer Straße wird weitgehend als Erfolg angesehen.

Das Überleben im 21. Jahrhundert hängt nur eingeschränkt von individuellen Konsummöglichkeiten ab, in immer höherem Ausmaß an der kollektiven, sozial-ökologisch verträglichen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen – zum Beispiel in Form sozial-ökologischer Infrastrukturen, die ein sicheres und zivilisiertes Leben



Wir müssen jetzt Debatten anstoßen, wie ein „gutes Leben für alle“ aussehen kann



ermöglichen. Sie bieten ressourcenschonende und für alle leistbare Alltagsgüter und -dienstleistungen an: von Gesundheit, Pflege und energieeffizientem Wohnen über grüne Naherholungsgebiete bis zu postfossiler Mobilität. Damit reduzieren sie die Lebenshaltungskosten und somit die Abhängigkeit von individuellem Konsum. Bedürfnisse werden auch ohne Geld befriedigt. Durch die kollektive Bereitstellung dieser Gemeingüter des Zusammenlebens werden Land, Wohnraum und soziale Dienste vom Markt losgelöst, sie werden weitgehend entkoppelt. Dies stellt Gebrauchswerte zur Verfügung, fördert soziale Praktiken der Gemeingüterschaffung und befördert die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrer Stadt.

Vor diesem Hintergrund muss zukunfts-fähige Wirtschaftspolitik ihre Ziele adjustieren und das alltägliche Wohlbefinden aller Bewohnerinnen und Bewohner ins Zentrum stellen. Die Erweiterung der Daseinsvorsorge hin zu einer umfassenden Alltagsökonomie des 21. Jahrhunderts, die mit geeignete sozialökologischen Infrastrukturen gleichermaßen „Brot“ und „Rosen“ bereitstellt,

ist eine politische Kernaufgabe. Um diesen Balanceakt zu meistern, sind eine lebendige Zivilgesellschaft und Opposition sowie eine Medienlandschaft, die öffentliche Debatten ermöglicht, eine Voraussetzung. Denn demokratische Gemeinwesen brauchen Dissens genauso wie die Fähigkeit zum Kompromiss.

Am Scheideweg

Die Covid-19-Krise ist nicht nur ein Weckruf für die kollektive Bereitstellung, sondern auch für die notwendige und dauerhafte Aufwertung der „Leistungsträgerinnen“ in diesen Sektoren. In diesen Bereichen braucht es mehr und besser bezahlte Beschäftigte in besseren Beschäftigungsverhältnissen. Damit dies finanzierbar ist, müssen andere Bereiche, die weniger oder keinen Beitrag zur Grundversorgung leisten, allen voran die Rentenökonomie, einen Beitrag leisten. Um diesen Wandel zu vollziehen braucht es neue und breite Allianzen: zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Bewegungen ebenso wie mit Konservativen und Liberalen, die die Be-

Café Central im Lockdown: Wir brauchen Debatten über gerechtere Löhne

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

deutung einer kollektiven Bereitstellung der Grundversorgung anerkennen. Gerade in Deutschland, Österreich und der Schweiz, wo die kommunale Erbringung zentraler Daseinsvorsorgeleistungen durch Stadtwerke, Genossenschaften oder im Rahmen von interkommunalen Partnerschaften hohe Legitimität unter den Bürgerinnen und Bürgern genießt, gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, diesen Wandel gemeinsam zu organisieren. Wenn dies gelingt, dann könnte eine neue Balance aus wettbewerbsorientierter Marktökonomie und ver- und fürsorgeorientierter Alltagsökonomie entstehen, die es uns erlaubt, unsere Gesellschaft krisenfest zu machen.

Doch die Covid-19-Pandemie birgt auch Gefahren. Denn es gibt starke Kräfte des Rückschritts. Statt die Krise für eine Neubewertung der Wirtschaftsbereiche zu nutzen, erhofft man sich einen Wiederaufbau eines Wirtschaftsmodells, das sowohl ökologisch als auch in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit hoch problematisch war. Weder die Bewältigung der Klimakrise noch die Neubewertung der Grund-

versorgung darf einer Marktwirtschaft geopfert werden, in der sich die Rolle des Staates darauf beschränkt, Arbeitsplätze zu subventionieren.

Die wichtigsten Lehren aus Covid-19 lauten: Es braucht den Umbau des zu stark auf die männerdominierte Exportwirtschaft setzenden Wirtschaftsmodells. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in den Bereichen der Daseins- und Nahversorgung, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind. Und es braucht stabile Kinderbetreuungsangebote sowie eine substanzielle Arbeitszeitverkürzung, damit die nicht-monetäre Grundversorgung, die ja weiterhin überwiegend von Frauen geleistet wird, nicht zur unzumutbaren Doppelbelastung wird – wie dies zeitweise im Homeoffice wegen Covid-19 der Fall war. Schließlich braucht es eine faire Lastenverteilung, die von jeder und jedem gemäß seinem und ihrem Vermögen (in der Doppelbedeutung des Wortes) einfordert, einen Beitrag zur weiteren finanziellen Sicherung einer nachhaltigen Grundversorgung – in Österreich und weltweit – zu leisten. ☘

Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

Solidarität auf dem Prüfstand: In der Corona-Krise hat der Sozialstaat den Stresstest bestanden. Doch heftige Verteilungskämpfe stehen bevor

Leben und Tod hängen an einem Faden der Solidarität: Reichen die Kapazitäten des Gesundheitssystems, um alle Covid-19-Erkrankten medizinisch zu versorgen? Bleiben dabei auch noch genug Ressourcen, um zusätzlich auch alle an Krebs oder Herzinfarkten Erkrankten ausreichend zu behandeln? Können Pflegeheime geschützt werden und werden Pflegebedürftige nicht vernachlässigt? In der Pandemie erfährt unser Land einen ungewollten Stresstest.

So rückt ein Wirtschaftsbereich in den Fokus, der für manche in Ökonomie und Politik über Jahre als beliebtes Beispiel vermeintlich mangelnder Effizienz diente. Zu teuer, zu wenig flexibel, zu aufgebläht sei unser Spitalswesen. Die Definition von Effizienz ist ein Kind der Zeit. Die lange als überhöht angesehene Zahl der Intensiv- und Spitalsbetten gilt heute als wichtiger Wert des Landes. Nichts spricht gegen Effizienzanalysen im Gesundheitssektor – im Gegenteil: Sie sind wichtig und Länder können voneinander lernen. Doch die Pandemie stellt ein eng gefasstes betriebswirtschaftliches Kalkül infrage. Offensichtlich geht es nicht nur um kurzfristige Kosten, sondern auch um die Frage ausreichend vorhandener Intensivbetten, Beatmungsgeräte oder auch nur Schutzmasken. Österreich hat mit 29 Intensivbetten je 100.000 Einwohner mehr als dreimal so viele wie Italien. Was vor Corona als teures Überangebot gescholten wurde, erweist sich im Ernstfall als Segen.



Viele Menschen leben am Limit. Covid hat die Spannungen verschärft

Unser wichtigster Vorteil in der Covid-19-Pandemie ist der sozialstaatliche, solidarische Charakter des Gesundheitssystems: Alle sind krankenversichert, die Beiträge sind anteilig am Einkommen zu zahlen und alle bekommen im Wesentlichen gute Leistungen. Kein Vergleich etwa zu den USA, die pro Kopf doppelt so viel für Gesundheit ausgeben wie Österreich und doch sehr viele ohne Krankenversicherung und adäquate Versorgung zurücklassen, während sich andere sündteure Behandlungen in Privatkliniken leisten. Evident ist: Der „Markt“ ist nicht in der Lage, allen Menschen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Gleiches gilt für die Pflege. Hier müssen öffentlich finanzierte mobile Dienste und Pflegeheime ausgebaut werden sowie Arbeitsbedingungen und Anerkennung für Pflegekräfte verbessert werden. Das hieße etwa die Arbeitsbelastung im Pflegesektor zu reduzieren und Gehälter zu erhöhen sowie die von ÖVP und FPÖ durchgeführte Kürzung der Familienbeihilfe für die 24-Stunden-Pflegekräfte zurückzunehmen. Die Diskussion um die „Heldinnen und Helden der Arbeit der Covid-19-Krise“ hat vor Augen geführt, dass deren Bezahlung bei weitem nicht ihrer Leistung entspricht.

Gute und bessere Gesundheits- und Pflegeleistungen mit mehr Beschäftigten, die

BERICHT:
ADI BUXBAUM,
MARKUS
MARTERBAUER

mehr verdienen und deren Leistung gesellschaftlich anerkannt wird – das kostet. Langfristig sollen die öffentlichen Gesundheits- und Pflegekosten von heute 8,5 auf zwölf Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Bei absehbarer höherer Wirtschaftsleistung und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dies notwendig, leistungsfähig und sinnvoller sozialer Fortschritt, der allen zugutekommt.

In der Covid-19-Krise sind die eingefleischtesten Neoliberalen, die sonst stets den Sozialstaat für bankrott und reformunfähig erklären, auffällig still. Angemessen wäre, die Sozialstaatsgegner würden ihre Fehleinschätzung öffentlich zugeben. Die Vorteile des Sozialstaates sind zu offensichtlich: Er ist effizient, weil er erstens jene unterstützt, die Hilfe brauchen – Kranke, Arbeitslose, Kinder, Alte und Pflegebedürftige. Zweitens wird er von jenen finanziert, die gerade gesund und erwerbstätig sind, drittens kommt er allen in unterschiedlichen Phasen ihres Lebens zugute. Viertens sind seine Verwaltungskosten markant niedriger als jene privater Systeme. Nicht zuletzt funktioniert der Sozialstaat auch dann, wenn er von sehr vielen gleichzeitig dringend gebraucht wird. Kann die Covid-19-Pandemie mit ihrer neuerlichen Kenntlichmachung der elementaren Verdienste des Sozialstaates zum Ausgangspunkt einer Renaissance des sozialen Miteinanders werden?

Die Antwort auf diese Frage wird das Ergebnis heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein. Der Bedarf an mehr und umfassender Solidarität besteht zweifelsohne: In den letzten Jahren hat die neoliberale Spaltungsrhetorik gesellschaftliche Ausgrenzungen befeuert. Die Verengung des Solidaritätsraums haben geflüchtete Menschen, von Armut Betroffene und Arbeitslose besonders zu spüren bekommen. Bereits vor der Krise verschärfte sich das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich. Viele Menschen leben am Limit.

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Österreich um sieben Prozent, wie ihn das Wirtschaftsforschungsinstitut für 2020 erwartet, würde Produktion und Einkommen auf das Niveau von Anfang 2016 verringern. Das schiene verkraftbar, wären die wirtschaftlichen Lasten des Lockdown nicht derart ungleich verteilt. Sie treffen unmittelbar vor allem Arbeitslose, die fast die Hälfte ihres Einkommens verlieren, Frauen, die unverhältnismäßig viele Aufgaben und Entbehrungen schultern, und viele kleine Selbstständige, denen die Existenzgrundlage entzogen wird.

Auf der anderen Seite wollen einige mit Staatsgeld noch schnell ein Schnäppchen machen. Der KTM-Chef und ÖVP-Parteispender Stefan Pierer, der seine Beschäftigten auf staatlich geförderte Kurzarbeit senden und sich selbst zugleich eine Dividende in der Höhe von 3,5 Millionen Euro

ausschütten wollte, wird dafür in ewiger Erinnerung bleiben. Strenge Bedingungen für Hilfgelder – wie ein Verbot von Ausschüttungen oder Boni für das Management – sind ebenso notwendig wie volle Transparenz in Bezug darauf, an welche Unternehmen Steuermittel in welcher Höhe fließen.

Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise waren über eine Million Beschäftigte mit weitblickenden Arbeitgebern in Kurzarbeitsmodellen und erhielten 80 bis 90 Prozent ihres Nettoeinkommens. Die von Arbeitgebern oft vorschnell Gekündigten hingegen leben mit nur 55 Prozent als Arbeitslosengeld. Wer kann das für gerecht halten?

Die Zahl der Arbeitslosen liegt derzeit um mehr als 100.000 Personen höher als im Vorjahr. Das wichtigste Ziel: Sie innerhalb der nächsten Monate wieder zumindest auf das Niveau von 2019 zu drücken. Damit dem wirtschaftlichen nicht unmittelbar auch ein sozialer Lockdown folgt, sollen den Arbeitssuchenden so rasch wie möglich wieder gute Jobs und passende Ausbildungswege offenstehen. Diese Angebote sollten sich an den sogenannten drei D – Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung – orientieren: von Umschulungen für den Gesundheits- und Pflegebereich und in andere Zukunftsbranchen bis hin zu gemeinnütziger Beschäftigung nach dem Vorbild der Aktion 20.000. Um die Zahl der Krisengeschädigten – insbesondere unter Älteren und Jugendlichen – zu verkleinern, wird es mehr Personal und ein höheres Budget für das Arbeitsmarktservice (AMS) brauchen. Auch das wird viel Geld kosten. Letztlich noch viel teurer – für Betroffene, Familien und Staatshaushalt – wäre es aber, wenn aus Covid-19-bedingten Jobverlusten oder aus einem nicht gelungenen Einstieg in den Arbeitsmarkt Langzeitarbeitslosigkeit wird.

Neben Arbeitslosen, Frauen und kleinen Selbstständigen tragen auch Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Haushalten die „Kosten“ der Krise – möglicherweise über viele Jahre und Jahrzehnte. Monatelanges Fehlen ausreichender schulischer Betreuung lässt ihre Bildungsleistung ebenso wie ihre Berufschancen drastisch sinken. Die Schulen, die hier besonderen Bedarf haben, sind bekannt. Dort müssen unmittelbar auf Dauer angelegte Förderprogramme starten.

Zu den pandemiebedingten Kosten kommen noch drastische Steuerausfälle aufgrund des Rückgangs von Einkommen und Konsum. Sie erhöhen das Budgetdefizit auf über 40 Milliarden Euro. Zusätzlich muss rasch in öffentlichen Verkehr, in erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und Wohnbau investiert werden, um gegen die Klimakrise vorzugehen. Ein Segen, dass auch infolge der von konservativer Seite



gerne kritisierten Politik der Europäischen Zentralbank die Zinskosten staatlicher Verschuldung negativ sind. Das entlastet den Staatshaushalt gewaltig.

Wir stehen aber vor heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Verteilung der Lasten der Covid-19-Krise. Sollen tatsächlich Arbeitslose, kleine Selbstständige, Frauen, Kinder und Jugendliche die Hauptlast tragen, oder gelingt es der Gesellschaft, soziale Gruppen mit größeren finanziellen Möglichkeiten in steuerliche Verantwortung zu bringen? Progressive Abgaben auf Vermögen und Erbschaften, Spitzeneinkommen und Dividenden mit einem Milliardenaufkommen können die notwendigen Zusatzleistungen für Gesundheit, Pflege, Armutsbekämpfung und

Wir stehen vor heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

FOTO:
CHRISTOPHER MAVRIČ

Bildung finanzieren. Sie sind ohnehin notwendig, um das demokratiepolitische, soziale und wirtschaftliche Systemrisiko der enormen Vermögenskonzentration zu entschärfen. Bereits in der Finanzkrise wurden viele Milliarden an Steuergeld zur Rettung von Banken und Vermögen eingesetzt. Die versprochenen Vermögenssteuern wurden vertagt, die Kampagne von Vermögenden und ihren Lobbys gegen den Sozialstaat wurde nur vorübergehend ausgesetzt.

Ein effektiver Krisenlastenausgleich durch Vermögensabgaben ist umso erfolgreicher, je mehr Staaten zusammenarbeiten und das Ausweichen in Steuersümpfe verhindern. Das benötigt europäische Solidarität. Daran mangelt es jedoch bisher: Das kleinkla-

rierte Gezerre um EU-Budget und EU-Krisenfonds, die populistische Trotzigkeit gegenüber den eindringlichen Hilferufen aus Rom und Madrid zeigt, wie stark es auch in Österreich mittlerweile an Kenntnis wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge mangelt.

Stattdessen braucht die Bewältigung der Covid-19-Pandemie umfassende Solidarität: zwischen Gesunden und Kranken, Beschäftigten und Arbeitslosen, Jungen und Alten, Frauen und Männern, wirtschaftlich Starken und Schwachen, im Sozialstaat, aber auch über die nationalen Grenzen hinaus, mit den gesundheitlich am schwersten betroffenen Regionen der Welt ebenso wie mit den vergessenen Geflüchteten.

Wem gehört die Stadt?

Diskussionen zum öffentlichen Raum kommen oft fad und lustfeindlich daher: konsumfreie Zonen da, ein paar Bankerln dort und auch noch Auflagen für Erdgeschoßzonen von eh coolen Projekten. Da wurde über so manche Forderung gelacht: Programme für Arme, Alte, Kranke und Kleinkinder – genauso sexy wie Bausparen. Nach Corona lacht jetzt keiner mehr.

Der Realitätstest war schmerzhaft: Dein Lieblingsschanigarten hat zu, dein Wochenendwohnsitz will dich nicht sehen und der kurze Städtetrip geht auch nicht mehr. Willkommen in der Realität der Schwächeren. Jetzt wird sichtbar, wie zentral der öffentliche Raum für die Stadt und die Menschen ist. Wenn du dann auf schmalen Gehsteigen um den geschlossenen Augarten kreist, fürs Parkbanksitzen bestraft wirst oder du distanzsuchend auf der Fahrbahn gehst, wird dir klar: Es besteht Handlungsbedarf.

Der öffentliche Raum der Stadt ist der zentrale Schauplatz des urbanen Lebens, es braucht Spiel-, Erholungs- und Kommunikationsflächen, Orte des sozialen Austauschs, nicht nur Häuser, die rumstehen. Wir brauchen mehr konsumpflichtfrei nutzbaren öffentlichen Raum, doch der gerät zunehmend unter Druck:

Die Stadt wächst deutlich. Das bedeutet mehr Menschen in Parks, auf Gehsteigen, Radwegen und auch Straßen. Auch der kommerzielle Druck auf den öffentlichen Raum wächst enorm.

Die Demografie zeigt deutlich die Herausforderung, die auf uns zukommen. Gerade jener Bevölkerungsanteil, der am meisten auf den öffentlichen Raum angewiesen ist, wird in den nächsten Jahren besonders stark wachsen. Das sind Menschen mit eingeschränktem Aktionsradius. Kinder und Jugendliche zählen hier ebenso dazu wie Jungfamilien, ältere Personen, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie sozial benachteiligte Personengruppen.

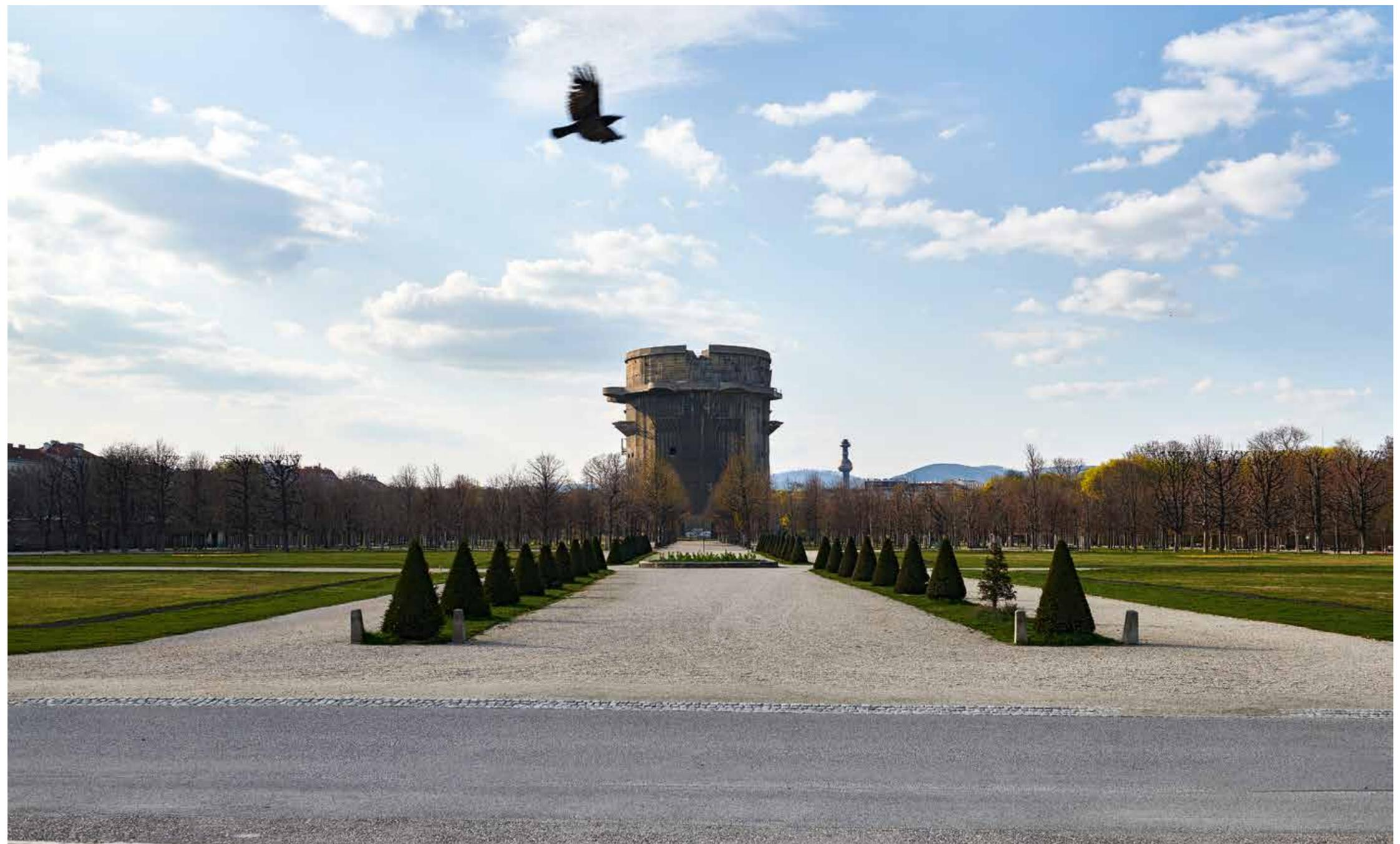
Bei all dem darf die wachsende Stadt aber keine Investitionen über Kredite finanzieren – sie muss ein ausgeglichenes Budget anstreben. Die strikten, politisch motivierten Sparvorgaben von Bund und EU (innerösterreichischer Stabilitätspakt) schränken die Möglichkeiten für kommunale Ausgaben drastisch ein. Diese künstliche Finanznot wirkt sich negativ aus. Wichtige Investitionen, auch solche in den öffentlichen Raum, unterbleiben.

Private Entwickler wittern so gute Geschäftsmöglichkeiten. Public-private-Partnership spielt bei städtischen Projekten eine zunehmend wichtige Rolle. Das mag finanztechnisch elegant sein, langfristig gesehen sind diese Maßnahmen aber viel teurer und führen dazu, dass der öffentliche Raum nach den Interessen des Investors gestaltet wird. Auch gelten in so entstandenen „öffentlichen Räumen“ oft private Hausordnungen – statt wie bisher das öffentliche Recht. Wer unerwünscht ist oder einfach nicht (ins Geschäftsmodell) passt, wird vom Wachdienst weggewiesen.

Den unter Druck geratenen öffentlichen Raum zu stärken ist schwierig, langwierig und geht auch nicht ohne Konflikte ab. Im Kern ist es Umverteilung. Aber an Ansatzpunkten mangelt es nicht: Straßen, Gehsteige, Plätze und Grünflächen müssen als Le-

Willkommen in der Realität der Schwächeren. Corona macht sichtbar, wie lebenswichtig die Benützung des öffentlichen Raums ist

INSPEKTION:
THOMAS RITT



bensraum begriffen und qualitativ gestaltet werden. Verschiedene Nutzungen und das Verweilen sollen möglich sein. Dazu gehören neben Aktivitätsbereichen auch Sitz- und Ruhegelegenheiten sowie Spielgeräte. Insbesondere muss klar sein, dass der öffentliche Raum ohne Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen und ohne zeitliche Einschränkungen nutzbar bleibt. Das kostet Geld.

Und dieses liegt wie so oft auf der Straße. Der öffentliche Raum gehört allen, doch die Tarife bei kommerzieller Nutzung sind günstig. Angemessene Preise für den Ver-

zicht der Allgemeinheit auf diese Freiflächen sollen die Gestaltung nicht-kommerzieller, öffentlicher Freiräume finanzieren. In Fußgänger- oder Freizeitzone (wie dem Donaukanal) muss ein Gleichgewicht zwischen kommerzieller und nicht-kommerzieller Nutzung herrschen. Bei kommerziellen Nutzungen muss mindestens die Hälfte des Raums als konsumfreie Zone dienen. Besonders junge Leute haben in den dicht bebauten Stadtteilen ein Recht auf attraktive, kostenlose Freiflächen wie etwa die mit Flutlicht ausgestatteten Fußballkäfige

am Gürtel. Diese Möglichkeiten muss Wien ausbauen. Viele Turnhallen und Sportplätze stehen nach dem Schulunterricht oft leer – die Wienerinnen und Wiener hingegen brauchen dringend Bewegungsräume. Die Sportstätten müssen also geöffnet werden, dazu bedarf es der massiven Unterstützung von Stadt und Stadtschulrat.

Aber das nutzt alles nichts, wenn der öffentliche Raum etwa über Public-private-Partnership-Projekte privatisiert wird. Die Hoheit über den öffentlichen Raum muss in

öffentlicher Hand bleiben. Das gilt auch für die (halb-)öffentlichen Räume um Wohnneubauten. Viele private Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie möglichst wenig in jene Bereiche investieren, die der Allgemeinheit nützen, etwa in Spielplätze und Durchgänge. Da wäre eine Reform der Bauordnung oder eine konsequentere Widmungspraxis hilfreich. Zudem können Private bei der Nutzung von Baulücken und der Wochenendnutzung von Einkaufsparkplätzen ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Vielleicht sollte man auch

Die ÖVP-Landwirtschaftsministerin ließ die Bundesgärten im Roten Wien sperren. Zum Unmut der Wienerinnen und Wiener

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

darüber nachdenken, die Bundesgärten zu kommunalisieren.

Ansatzpunkte gibt es viele. Aber einfache Lösungen nur wenige. Symbolpolitik, etwa ohne durchdachte Konzepte und bauliche Gestaltungsmaßnahmen Straßen freizugeben oder Bezirke einfach durch Taferlaufstellen „autofrei“ zu machen, bringt keinen Mehrwert. Denn auch für den öffentlichen Raum und dessen Gestaltung gilt die Weisheit der Bausparwerbung aus den 1980er-Jahren: „Man muss rechtzeitig drauf schauen, dass man's hat, wenn man's braucht.“

Es lebe die Genossenschaft

Beim **Wohnen** ist mehr privat ein Fehler, das hat die Zeit im Lockdown exemplarisch gezeigt

Ausgangsbeschränkungen, Homeoffice, Homeschooling – während des Corona-Lockdown gewann die eigene Wohnung noch mehr an Bedeutung und Mängel wurden sichtbarer. Hinzu kamen Jobverlust, Kurzarbeit und finanzielle Unsicherheit, während die monatlichen Zahlungen weiterlaufen. Viele Mieterinnen und Mieter bringt das in finanzielle Turbulenzen. Hier zeigt sich klar: Die Gesellschaft ist mit privatem Wohnbau mächtig auf dem Holzweg.

Das Parlament hat für Mieterinnen und Mieter, die infolge der Covid-19-Pandemie Schwierigkeiten haben, die Miete zu zah-

KOMMENTAR:
THOMAS RITT
UND WALTER
ROSIFKA

Aber nicht nur da haben die Wohnungen der gemeinnützigen und kommunalen Bauträger Vorteile. Auch die Wohnqualität, die im Lockdown besonders gefragt war, wie ausreichende Wohnungsgröße, Freiräume und wohnungsbezogene Grün- und Freiflächen, findet man dort besonders häufig.

In den Städten und Ballungsgebieten gibt es viel mehr Mietwohnungen und weit weniger Einfamilienhäuser mit Freiraum als auf dem Land. Auch stehen Haushalte am Land mehr Wohnfläche und mehr private Frei- und Grünflächen wie Gärten zur Verfügung. Das springt besonders vor dem

duziert so teuer, dass die Wohnungen, die man zu einem bestimmten Preis bekommt, immer kleiner werden. Das wird uns dann in Hochglanzprospekten als nachhaltig und „tiny flat“ verkauft. Viel Spaß dann beim „tiny homeofficing“ mit multipler Homeschoolingkomponente. Getrickt wird auch, um Qualität zu reduzieren. Deshalb haben private Projekte in Wien sehr oft 49 Wohnungen – bei 50 wäre etwa ein Spielplatz für größere Kinder vorgeschrieben.

Da wundert es dann auch nicht, wenn ein institutioneller privater Vermieter in Corona-Zeiten seiner Mieterin, die keinerlei Freiraum für sich und ihre Familie hatte und daher im Hof des Wohnhauses ein transportables Spielgerät für die Kinder aufstellte, umgehend eine Besitzstörungsklage schickte.

Gerade Corona hat gezeigt, dass der private Wohnbau das Problem und nicht die Lösung ist. Wir brauchen den gemeinnützigen Wohnbau mehr denn je. Er ist sowohl von der Qualität der Wohnungen und der Außenräume als auch vom Preis her deutlich überlegen. Aber auch ihm nähern sich private Begehrlichkeiten, so sehr, dass seine Funktion einer nachhaltigen Sicherung des leistbaren Wohnens gefährdet ist.

In jüngerer Vergangenheit zeigte etwa der Verkauf einiger kleiner Wohnbaugenossenschaften an einen privaten Investor mit anschließender Filetierung des Wohnungsbestandes, dass der gemeinnützige Wohnungsbestand zunehmend im Visier von rein profitmaximierenden Immobilienunternehmen steht. Das ist auch einigen – im Zuge der Privatisierung der Buwoag erfolgten – Gesetzesänderungen geschuldet, wonach Bauvereinigungen nun einfacher „Kasse“ machen können.



len, gewisse Erleichterungen beschlossen. So konnten die Mieten für April bis Juni 2020 bis Ende des Jahres gesetzlich gestundet werden und Delogierungen waren nicht mehr so schnell möglich. Abgesehen davon, dass diese Regelung völlig unzureichend ist, gestundete Mieten müssen ja recht rasch mit vier Prozent Zinsen nachgezahlt werden, sind die beschlossenen Erleichterungen inzwischen schon wieder ausgelaufen. Die finanziell negativen Corona-Folgen hingegen laufen für die Haushalte aber jetzt erst so richtig an und Hausbesitzer dürfen Mieterinnen und Mieter wieder delogieren.

Gerade Corona hat gezeigt, dass der private Wohnbau das Problem ist und nicht die Lösung

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

Froh kann da sein, wer bei kommunalen oder gemeinnützigen Wohnbauträgern wohnt, im Gemeindebau oder in der Genossenschaftswohnung. Hier bereitet die aktuelle Änderung der Gebarungsrichtlinienverordnung den Boden dafür, dass im gemeinnützigen Wohnbau soziale Lösungen im Zusammenhang mit der Pandemie möglich sind. Das geht von Mietzinsverzicht über Stundungsvereinbarungen mit längerer Laufzeit bis zu zinslosen Stundungen.

Hintergrund der Corona-Krise ins Auge. In Wien besitzt nur etwa die Hälfte der Wohnungen einen Balkon.

Während man am Land oft den eigenen Garten nutzen kann, ist man in der Stadt auf öffentliche Parks, Freiräume und Spielplätze angewiesen; oder eben darauf, dass die Errichter und Eigentümer von Immobilien eine besondere Verantwortung für die Lebensqualität der Bewohner übernehmen. Auch hier punktet der gemeinnützige und kommunale Wohnbau. Im geförderten Wohnbau ist es quasi Standard, dass alle seit den letzten 30 Jahren errichteten Wohnungen mit Freiraum (Balkon, Loggia, Terrasse, Garten, ...) ausgestattet sind und die Wohnhausanlagen zu 100 Prozent über spezielle Gemeinschaftsanlagen wie Spielplätze, -räume etc. verfügen.

Im profitmaximierenden, frei finanzierten Geschloßwohnbau vermeint man hingegen auch mit Wohnungsgrößen unter 30 Quadratmeter menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Der Trend geht zu Kleinstwohnungen zum Preis einer normalen Wohnung. Der private Sektor pro-

Das wiederum erhöht auch die Begehrlichkeiten und den Druck großer institutioneller Eigentümer von gemeinnützigen Bauvereinigungen auf „ihre“ gemeinnützigen Bauvereinigungen, um ebenfalls mit dem sozial gebundenen Vermögen Kasse zu machen. Bestrebungen, die Regelungen zur Vermögensbindung aufzuweichen, sind ja seit längerem bekannt; ihnen gilt es nicht nachzugeben.

Dazu ist es aber auch wichtig, dass der Gesetzgeber manche in der Vergangenheit begangene Sünde im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) – etwa die Lockerung des Grundsatzes „einmal WGG – immer WGG“ oder Preisbestimmungen, die das Kostendeckungsprinzip weit überschreiten – zurücknimmt. Keinesfalls sollte man im WGG noch weitere Einfallstürzen für marktwirtschaftlich orientierte Mieten oder Preise öffnen; das gefährdet das gemeinnützige Wohnungswesen an sich.

Wenn die Gefährdung Realität wird, mutiert der Holzweg schlagartig zum wohnungspolitischen Highway to Hell. ☒

Bitte zurücktreten!

Den **öffentlichen Verkehr** hat die Corona-Pandemie viele Passagiere gekostet. Wie geht es weiter?

Wer fährt mit den Öffis, wenn die gesamte Gesellschaft stillsteht? Nur die, die unbedingt müssen. Die Corona-Krise hat das System der öffentlichen Verkehrsmittel deshalb hart und nachhaltig getroffen, allein die ÖBB rechnen mit über 700 Millionen Euro Umsatzverlust.

Dabei sind die öffentlichen Verkehrsmittel auch im Lockdown weitergefahren. Sie konnten gar nicht anders, da nicht jeder ein Auto zur Verfügung hat. Gleichzeitig zeigte sich, wie wichtig es ist, dass die größten Verkehrsbetriebe, wie die ÖBB oder die Wiener Linien, in öffentlicher Hand sind und dementsprechend verantwortungsvoll agieren. Da sie per Direktvergabe beauftragt werden, konnten die Verkehrsbetriebe den Fahrplan und die Frequenz während des Lockdown anpassen. Wären diese Verkehrsleistungen – nach neoliberaler Denkweise – wettbewerblich ausgeschrieben worden, so wäre dies rechtlich kompliziert und teurer geworden.

Als Kunde aber schaute durch die Finger, wer in dieser Zeit seine Öffi-Zeitkarten nicht nutzte. Während die (Auto-)Pendler auch bei Homeoffice weiter Anspruch auf das Pendlerpauschale hatten, mussten sich Öffi-Kunden mit Zeitkarten intensiv um eine Kündigungsmöglichkeit kümmern, eine automatische Verlängerung der oft für zwei Monate nicht nutzbaren Jahreskarten wurde ihnen verweigert. Die einen konnten also Kosten, die gar nicht anfielen, von der Steuer absetzen; die anderen blieben auf ebenjenen sitzen.

Auch nach der Lockdown-Phase ist durch hohe Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Homeoffice und halb gesperrte Schulen das Verkehrsaufkommen insgesamt geringer. Gleichzeitig wandern viele Menschen von den Öffis zum Fahrrad ab. Auch der Pkw erlebt eine Renaissance. Denn wenn „social distancing“ zur obersten Bürgerpflicht wird, sind Öffis nicht sehr beliebt. Wer hat und wer kann, fährt mit dem Auto. So haben sich bei den ÖBB die Passagierzahlen in diesem Sommer gegenüber Vor-Corona-Zeiten halbiert. Auf Österreichs Autobahnen sind jedoch rund um die Ballungsräume fast genauso viele Pkw unterwegs wie zuvor (siehe Abbildung). Das Staugeschehen in Wien hat schon im Juni höhere Werte verzeichnet als im Jahr davor und Wiens Fahrtschulen verzeichnen einen unerwarteten Boom.

Die Verkehrsunternehmen versuchen gegenzusteuern. So haben die Sozialpart-

ANALYSE:
SYLVIA
LEODOLTER
UND HEINZ
HÖGELSBERGER

ner einen „Fahrgast-Charta“ erarbeitet, in der grundlegende Vorsichts- und Hygienemaßnahmen festgeschrieben werden. Der berühmte Ein-Meter-Sicherheitsabstand ist in der Hauptverkehrszeit in Öffis weder möglich noch notwendig; schließlich herrscht ja Maskenpflicht. Die Gesundheitsbehörde AGES analysierte alle bisher aufgetretenen Infektionscluster. Dabei stellte sich heraus, dass keines davon auf öffentliche Verkehrsmittel zurückzuführen ist. Die Angst vor Ansteckung ist also weitgehend unbegründet, dient aber – laut der Verhaltensbiologin Elisabeth Oberzau-

ner einen „Verkehrserregern“ ansetzen. Wieso fangen fast alle Schulen gegen acht Uhr mit dem Unterricht an? Speziell für Jugendliche hätte ein späterer und gestaffelter Schulbeginn viele Vorteile. Auch in der Arbeitswelt führen rigide Zeitmodelle zu unnötigen Verkehrsspitzen. Die Corona-Krise hat gezeigt, was plötzlich im Homeoffice alles möglich ist. Statt langer Pendelstrecken wären auch näher gelegene Co-Working-Spaces – z.B. in der nächsten Bezirkshauptstadt – denkbar. In der Schweiz wurde untersucht, wie so Beschäftigte trotz Gleitzeit immer den-



Karlsplatz im Lockdown: Die Menschen fürchten sich vor zu viel Nähe

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

cher – als Ausrede, „um es sich bequem zu machen und das Auto zu nehmen“.

Ein weiterer Punkt ist, dass sich für Beschäftigte, die jetzt nur ein bis zweimal pro Woche in die Arbeit fahren, Wochen- oder Monatskarten nicht auszahlen. Einzelfahrkarten empfinden sie aber als zu teuer. Auf der anderen Seite fahren die Menschen gerne mit dem Nachtzug, um der „Legebatterien-Situation“ in Flugzeugen oder den Staus an den Grenzen zu entgehen.

Um das Vertrauen in die Öffis wieder zurückzugewinnen, sollte man aus der Not eine Tugend machen: Niemand wünscht sich die Zustände in der Wiener U3 oder U6 zur Stoßzeit zurück. Um die Klimaziele und die Verkehrswende zu erreichen, sollte die Politik die Corona-Krise zum Anlass nehmen, den öffentlichen Verkehr entspannter und angenehmer zu gestalten. „Entzerrung“ ist das Zauberwort. Das heißt, mehr Platz für den Fußgänger- und Fahrradverkehr zu schaffen und den Autoverkehr zurückzudrängen.

selben Zug verwenden. Die Untersuchung brachte zwei Resultate: Einerseits sind wir Menschen Gewohnheitstiere, andererseits gilt ein zeitiger Arbeitsbeginn – zumindest in der Schweiz – immer noch als Zeichen von Leistungsbereitschaft und Fleiß.

Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen ein Gebot der Stunde. Auch dies könnte für eine verbesserte zeitlichen Verteilung der Arbeitswege über den Tag genutzt werden. All das kann dazu führen, dass die Öffis wieder gerne und mit erhöhtem Komfort verwendet werden.

Ein wirklich attraktiver öffentlicher Verkehr ist aber nur dann möglich, wenn ihm nach Corona nicht das (öffentliche) Geld ausgeht oder die nötigen Mitarbeiter abgebaut werden. Gerade jetzt geht es darum, den öffentlichen Verkehr zu stärken, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Wirtschafts- und Klimakrise zu überwinden. Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist er ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliche und soziale Stabilität. ☒

Wenn die Ambulanzen sperren

Die Corona-Krise zeigte, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist.

Die **medizinischen Folgeschäden des Lockdown** sind allerdings noch nicht ausreichend erhoben

Bald wird jeder von uns jemanden kennen, der an Corona gestorben ist.“ Mit diesen Worten schwörte Bundeskanzler Sebastian Kurz die Bevölkerung im März auf die weitere Verschärfung der Maßnahmen ein. Die Straßen Wiens sind leer, im U-Bahn-Waggon hat man zumindest einen Viererplatz für sich. Es gibt weder Klopapier noch Nudeln im Supermarkt. Alles wird gehortet – wer weiß, was noch alles passiert?

Die Panik hat längst um sich gegriffen. Bilder, die wir sonst nur aus Apokalypse-Filmen kennen. Österreich im Ausnahmezustand, oder ist das schon die vielbeschwo-rene „neue Normalität“?

Heute wissen wir, dass es wohl „gerade noch“ gutgegangen ist. Die schlimmsten Befürchtungen („100.000 Tote“) haben sich nicht bewahrheitet. Maria Hofmarcher und Christopher Singhuber kommen in ihrer aktuellen Studie zu dem Schluss: „Das Gesundheitssystem ist belastbar, die Gründe sind eher unklar.“

Heute spricht man davon, wie gut und vorbildlich Österreich durch die Krise gekommen ist. Aber welche Schlüsse sind daraus für Österreich und sein Gesundheitssystem zu ziehen?

Die „neue Normalität“? Von der Wirtschaftskrise zur Gesundheitskrise

13. März 2020: Nachdem vor einigen Tagen bereits erste Einschränkungen verkündet wurden, tritt die Bundesregierung in ihrer täglichen Pressekonferenz vor die Kameras und informiert die Bevölkerung – es gibt einen Lockdown.

Was zuvor noch ausgeschlossen wurde, wird Realität. Lokale und Behörden schließen, das öffentliche Leben wird heruntergefahren und es gibt „Ausgangsbeschränkungen“ – einige der Maßnahmen haben sich mittlerweile bereits als gesetzes- oder verfassungswidrig herausgestellt.

Das Virus hat Österreich – genauso wie mittlerweile den Großteil Europas – fest im Griff. Die Reaktion der Wirtschaft lässt nicht lange auf sich warten. Bereits nach der Verkündung der massiven Einschränkungen kommt es zu Massenkündigungen, die Arbeitslosigkeit steigt damit auf ein nie dagewesenes Ausmaß.

Damit droht die Wirtschaftskrise schnell auch zur Gesundheitskrise zu werden. Unsere Krankenkassen werden hauptsächlich über Beiträge der arbeitenden Menschen finanziert. Weniger Beschäftigte heißt also auch weniger Geld für die Krankenversicherung und damit für das Gesundheitssystem.

Und auch wenn jetzt bereits „ein Licht am Ende des Tunnels“ sichtbar ist, ist für viele Branchen die Normalität noch in weiter Ferne. Die ÖGK, die Kasse der allgemein Versicherten mit rund sieben Millionen Mitgliedern, rechnet mit einem Minus von rund drei Milliarden Euro bis 2024.

Gesund in Österreich

Das österreichische Gesundheitssystem funktioniert im Regelfall über weite Strecken hervorragend. So gut wie alle, die hier

TEXT:
PIA ANDREA
ZHANG

leben, haben einen Zugang dazu, und die Kennzahlen zeigen, dass auch große Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Versorgung herrscht. Die „gesunde Lebenserwartung“ liegt deutlich über dem EU-Schnitt, die chronischen Erkrankungen deutlich darunter. Natürlich gibt es an vielen Stellen Verbesserungsbedarf, aber die Versorgung ist grundsätzlich sichergestellt.

Dann kam Corona. Nachdem in Italien teilweise von chaotischen Zuständen in Spitälern berichtet worden war, konnten in Österreich alle am Coronavirus Erkrankten gut und mit den besten Mitteln behandelt werden. Die Spitalskapazitäten – die in den letzten Jahren immer wieder als „Überversorgung“ kritisiert wurden – waren ausreichend und wurden nicht überlastet.

Das ist positiv, aber leider nur die eine Seite der Medaille. Auch wenn die Corona-Versorgung funktioniert hat, hat auch im Gesundheitssystem eine Art Lockdown stattgefunden: Ambulanzen wurden gesperrt, nicht unbedingt notwendige Operationen und Rehabilitationsaufenthalte verschoben, Frischoperierte wurden ohne Anschlussheilbehandlung nach Hause geschickt und viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte schlossen ihre Praxen und waren nur mehr telefonisch erreichbar.

Dies wird in einer ersten Gesundheitsfolgenabschätzung der Gesundheit Österreich GmbH kritisiert. Neben diesen Einschränkungen hat die Angst auch dazu geführt, dass es viele Menschen vorzogen, nicht ins Spital oder zum Arzt zu gehen.

Es ist schnell klageworden – es gibt „Kollateralschäden“ oder „Nebenwirkungen“. Mit diesem Euphemismus sind an Krebs erkrankte Menschen gemeint, die während des Lockdown gar keine Behandlung bekommen haben und durch verspätete Therapien mit gesundheitlichen Schäden rechnen müssen.

Bei Krebsbehandlungen sind die Spitalsaufenthalte um 20 Prozent zurückgegangen – ein bedenklicher Wert. Es sind aber auch Kinder und Jugendliche gemeint, die nicht behandelt wurden und nun an den Folgen leiden. Es wird von einem Fall berichtet, in dem ein Kind wegen fehlender Behandlung an Unterzuckerung gestorben ist.

Das gesamte Ausmaß der Corona-Krise wird daher erst nach einer umfassenden Gesundheitsfolgenabschätzung erkennbar sein. Für die Zukunft sollte klar sein: Eine so massive Einschränkung des Gesundheitssystems passt mit dem umfassenden Versorgungsauftrag sicherlich nicht zusammen und ist den Patientinnen und Patienten weder zumutbar noch war es in diesem Ausmaß notwendig.

Waren wir auf die Krise gut vorbereitet?

Hofmarcher und Singhuber zeigen in ihrem Factbook „Leistungskraft regionaler Gesundheitssysteme in Zeiten von COVID-19“ auf, dass Österreich hier nicht gut abschnidet. Im Global Health Security Index, der den Grad des Vorbereit-seins auf Gesundheitsgefahren misst, belegt Österreich nur den 26. Platz und ist

damit beispielsweise deutlich hinter der Schweiz oder Deutschland (Rang 13 und 14). Besonders schlecht ist die Performance bei der Zusammenarbeit von Sicherheits- und Gesundheitsbehörden. Dies wurde auch durch etliche Pannen beispielsweise bei den Einreisebeschränkungen sichtbar. Auch die Risikokommunikation wird als unterdurchschnittlich (im Vergleich zu den EU-Staaten) eingestuft. Durch die Zersplitterung der Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene gibt es verschiedene Notfallpläne, die unterschiedlich aktuell sind. Das Epidemiegesetz, als bundesweite Norm, enthält keinerlei Bestimmungen zur Risikokommunikation.

Hier sollten wir die Strukturen für Versorgungssicherheit und Krisenresilienz grundlegend verbessern. Diese müssen ausgebaut werden. Es braucht umfassende und aktuelle Pandemiepläne. Es muss sichergestellt werden, dass es nicht zu den oben geschilderten Versorgungsausfällen kommt.

Ein Quasi-Lockdown des Gesundheitssystems muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Es sollte auch geregelt sein, was ein jedenfalls zu behandelnder Notfall ist. Wer wird trotz Zurückfahren des Systems, trotz des Krisenbetriebs in den Spitälern und Ambulanzen behandelt? Diese Entscheidung darf nicht auf die einzelnen Gesundheitsdienstleisterinnen und -dienstleister abgewälzt werden. Solche Notfallpläne sollten auf gesundheitswissenschaftlichen Entscheidungen fußen.

In der gegenwärtigen Krise ist dies leider nicht immer der Fall. So liegt der Verdacht nahe, dass die anfänglich in Abrede gestellte Schutzwirkung von MNS-Masken mehr mit Lieferschwierigkeiten zu tun hatte als mit der Präventivwirkung.

Ein Notfallplan sollte somit jedenfalls auch eine ausreichende Vorratshaltung von notwendigen Medikamenten und Medizinprodukten enthalten. Als Vorfrage müsste geklärt werden, was überhaupt als unbedingt notwendig eingestuft wird. Solche Listen („essential medicines lists“) gibt es zwar für über 100 Staaten von Afghanistan bis Schweden, aber noch nicht für Österreich.

In diesem Zusammenhang ist auch das „Reshoring“, also die Zurückverlagerung der Produktion von notwendigen Pharmaprodukten nach Europa, zu erwähen. Die Abhängigkeit vom globalen Warenverkehr sollte dadurch reduziert werden.

Die Steuerung unseres Gesundheitssystems ist leider von den unterschiedlichsten Interessen geprägt und lässt zum Teil den Blick „aufs große Ganze“ vermissen. Es braucht daher Strategien, die eine schnelle abgestimmte Reaktion auf derartige Krisen, die sich ja in der Regel nicht langfristig ankündigen, zu ermöglichen.

Es kann beispielsweise nicht sein, dass die Pensionsversicherungsanstalt die Betten ihrer 17 Sonderkrankenanstalten mit neun Gesundheitslandesrätinnen und -landesräten koordinieren muss und das Personal quasi zum Nichtstun verdammt wird; oder dass mehr als zehn öffentliche Einkäufer für



Arzneimittel mit Pharmafirmen unabhängig voneinander verhandeln. Eine zentrale Steuerung dieser Angelegenheiten wäre jedenfalls sinnvoll und dies sollte nun als Lerneffekt aus dieser Krise mitgenommen werden.

Auf dem European Forum Alpbach haben Epidemiologinnen und Epidemiologen immer wieder durchklingen lassen, dass wir unter Umständen noch mehrere derartige Krisen durchmachen müssen. Corona als der Anfang mehrerer Pandemien? Es bleibt zu hoffen, dass dieses Szenario nicht eintritt. Dennoch sollten wir uns diesmal besser darauf vorbereiten.

Corona und die Psyche

Die Gefahr lauert an jeder Ecke – das wird uns zumindest so vermittelt. In der Schule, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, am Arbeitsplatz, sogar bei Freunden und Familie. Je weniger, desto besser. Viele Menschen haben Angst und entscheiden sich dafür, sich weitgehend selbst zu isolieren. „Social Distancing“ bedeutet aber gleichzeitig sozia-

Depressionen und Angststörungen haben sich vervielfacht

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

le Einsamkeit. Aus Altersheimen hört man, dass die Bewohnerinnen und Bewohner zu ihrem Schutz quasi „eingesperrt“ wurden. Viele Menschen berichten uns davon, dass sie seit Wochen niemanden mehr aus ihrer Familie gesehen haben.

Die Psyche leidet massiv unter den Maßnahmen. Die Donau-Universität Krems präsentiert im Mai die Ergebnisse einer ersten repräsentativen Studie: Depressionen und Angststörungen haben sich jeweils fast vervierfacht – mittlerweile berichtet ein Fünftel der Bevölkerung von Symptomen. 16 Prozent leiden an Schlafstörungen.

Wichtig ist es, rasch Hilfe bereitzustellen. Österreich reagiert und weitet zumindest die telefonischen Angebote aus.

Existenzängste und soziale Einsamkeit treiben viele Menschen in die Verzweiflung. Auch das ist eine Folge der Pandemie. Schon deshalb sollte die Verhältnismäßigkeit von getroffenen Maßnahmen und Einschränkungen immer oberste Priorität haben.

„Bald wird jeder von uns jemanden kennen ...“

Dank unseres hervorragenden Gesundheitssystems, das von den Sparrwängen der letzten Jahre (und insbesondere der letzten Regierung) gerade noch verschont geblieben ist, sind die Befürchtungen des Bundeskanzlers nicht eingetreten. Es ist aber sehr wohl davon auszugehen, dass jede und jeder jemanden kennt, der von den Folgen der Pandemie massiv betroffen ist.

Nur ein Gesundheitssystem, in dem alle Menschen Anspruch auf gute Versorgung haben, kann dazu beitragen, die negativen Folgen auf die physische und psychische Gesundheit hintanzuhalten.

Anstatt sich also einem Spardiktat zu unterwerfen, sollten wir stolz auf unser international angesehenes Gesundheitssystem sein und dieses auch für die Zukunft mit ausreichend finanziellen Mitteln sicherstellen.

Das Virus, das sind die anderen

Grenzen und **internationale Mobilitätsbeschränkungen** erfüllen in der Corona-Krise auch eine wichtige symbolische Funktion

ANALYSE: JUDITH KOHLENBERGER

Mehr als zuvor offenbart sich Mobilität in Zeiten von Corona als Privileg. Die Pandemie macht deutlich, wie sehr viele unserer Grundrechte – darunter das Recht auf Arbeit, Bildung und Familie – vom grundlegenden Recht auf Mobilität abhängen. Gleichzeitig hat uns die Krise gezeigt, wie fragil diese Mobilität ist. Staaten haben die Macht, internationale wie auch Binnenmigration innerhalb weniger Tage de facto außer Kraft zu setzen. In einem rasch ausgerufenen globalen „Ausnahmezustand“ muten bis dato hochgehaltene Grundpfeiler der Freizügigkeit in der westlichen Welt, vom Schengener Abkommen bis zu bilateralen Visa-Erleichterungen, geradezu anachronistisch an.

Das hängt sicherlich damit zusammen, dass Globalisierung und Mobilität als Hauptursachen für die rasche Verbreitung des neuartigen Coronavirus identifiziert wurden. Mittlerweile wissen wir, dass sich Sars-CoV-2 nicht an Ländergrenzen hält und somit regionale und nicht nationale Antworten gefragt sind – worauf letztlich auch das vor kurzem vorgestellte Ampelsystem der österreichischen Bundesregierung abzielt. Zudem zeigt sich, dass weniger die geografische als die sozioökonomische Herkunft für die Entstehung von Infektionsclustern entscheidend ist. Sowohl in Europa als auch in den USA verbreitet sich das Virus unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie sie etwa auf Schlachthöfen, bei Lieferdiensten, in der Erntearbeit und unter Saisonkräften in der Gastronomie vorherrschen, am schnellsten. Ein für Österreich interessantes Detail am Rande ist, dass diese *service class* das Virus in den mondänsten Ferienorten des Landes direkt an Urlaubende der traditionellen Mittelschicht weitergibt.



Corona hält sich nicht an Ländergrenzen. Was folgt daraus politisch?

Die Corona-Krise kann somit auch als Fortsetzung dessen gelesen werden, was bereits bei anderen krisenhaften Momenten dieses Jahrhunderts begonnen wurde. Es sind fast immer Grenzschließungen, die als spontane Antwort auf Krisen dienen, sei es nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 oder im Zuge der großen Fluchtbewegung des Jahres 2015. Auch diese „Ausnahmezustände“ führten zu raschen Einschränkungen menschlicher Mobilität (nicht aber von Gütern oder Kapital), wovon viele bis dato aber nicht wieder aufgehoben wurden. Somit gilt es bei der jetzigen Pandemie wachsam zu bleiben, wie temporär die Einschränkungen internationaler Migration tatsächlich sein werden.

Tatsächlich wurden einige der ursprünglichen Reisebeschränkungen wieder gelockert, jedoch auf sehr ungleiche Art und Weise. Während beispielsweise deutsche Touristen bereits seit Juni wieder nach Österreich reisen dürfen und sich dabei keinen weiteren Auflagen aussetzen müssen, sind Menschen, die ihre Familienangehörigen am Westbalkan besuchen möchten, mit weitaus strengeren Sicherheitsvorkehrungen konfrontiert, darunter eine für viele Berufstätige kaum durchzustehende 14-tägige Quarantäne nach Rückkehr. Dass gerade die für österreichische Mig-



ranten häufigen Herkunftsländer wie Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina mit einer Reisewarnung belegt wurden, ist sowohl epidemiologisch als auch politisch zu hinterfragen – nicht zuletzt, weil so manches EU-Land derzeit ähnlich hohe Infektionsraten aufweist und sich gleichzeitig regionale Spots wie die montenegrinische Stadt Kotor auf der Liste der „20 sichersten Destinationen Europas“ finden. Da liegt der Schluss nicht fern, dass die globale Pandemie auch strategisch genutzt wird, um den bereits vor Covid-19 herrschenden, defizitorientierten Migrations- und Integrationsdiskurs in Österreich weiter zu befeuern.

Das ist nicht zuletzt deshalb perfide, weil die vielzitierten „Heldinnen und Helden der Krise“ überproportional häufig Migranten sind: In der nicht-akademischen Krankenpflege- und Geburtshilfe hat jede/r dritte Beschäftigte Migrationshintergrund. Während der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der österreichischen Wohnbevölkerung bei knapp 17 Prozent liegt, besitzen laut Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend in der systemrelevanten Nahrungsmittelherstellung 33 Prozent der Beschäftigten, am Bau 30 Prozent und im Einzelhandel 22 Prozent eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische. Viele dieser Beschäftigten wa-

ren während des Lockdown tagtäglich einer höheren Last und einem höheren Risiko ausgesetzt. Sie haben einen wertvollen Dienst an der Republik geleistet, an der sie aber weiterhin nicht vollwertig teilnehmen dürfen – ganz konkret deshalb, weil viele von ihnen als ausländische Staatsbürger zwar Steuern zahlen und das System erhalten, aber nicht politisch partizipieren und wählen dürfen. Als Reinigungskräfte, Lieferboten, Erntehelfende und Supermarktangestellte erfüllten sie auch am Höhepunkt der Pandemie ihre Pflicht, die sich aber nicht in entsprechenden Rechten widerspiegelt. Denn genau diese eifrig bekämpften Heldinnen und Helden sind nun

in ihrem höchstpersönlichen Bereich, etwa beim Familienbesuch in der Heimat, stärker eingeschränkt als viele jener Menschen (überproportional häufig ohne Migrationshintergrund), die von ihnen versorgt wurden und den Lockdown somit weitaus angenehmer im Homeoffice verbringen konnten. Deutlicher denn je offenbart Covid-19, dass Mobilität als Grundvoraussetzung für viele andere Freiheiten eine zutiefst ungleich verteilte Ressource ist.

Es ist wohl kein Zufall, dass Mobilitätsbeschränkungen und der damit verbundene Rückzug ins Nationale im Kampf gegen Sars-CoV-2 eine zentrale Rolle spielen.

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für viele Freiheiten

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

In der politischen Arena erfüllen Grenzen und Grenzziehungen eine wichtige symbolische Funktion und untermauern politische Macht. Donald Trump ist nur einer von vielen Staatsoberhäuptern, die das diskursive Potenzial von Mauern nutzen, um die Spaltung in ein nationales „Wir“ und externalisierte „andere“ voranzutreiben. Auch hierzulande wurden die „lieben Österreicherinnen und Österreicher“ Rede für Rede beschworen, während man die anderen mit besonderen Appellen und Strafandrohungen bedachte. In Zeiten erhöhter, politisch angeheizter Verunsicherung in der Bevölkerung fällt diese Rhetorik auf umso fruchtbareren Boden.

Wer hat zu Hause unbezahlt gearbeitet?

Die Schulen waren geschlossen, die Großeltern nicht verfügbar – **Frauen** haben den Großteil der unbezahlten Arbeit übernommen

BERICHT: KATHARINA MADER

Als immer mehr Länder einen Lockdown verordneten, argumentierten Ökonomen und Ökonomen, die Covid-19-Pandemie habe das Potenzial, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu reduzieren, und werde wie eine „Gleichmacherin“ wirken. Etwa, weil Menschen viel mehr Zeit zu Hause verbrachten. Männer würden sehen, wie viel unbezahlte Arbeit Frauen leisteten. In weiterer Folge würden sie eher bereit sein, einen größeren Anteil der unbezahlten Arbeit zu übernehmen. Mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sei eine zu erwartende Folge der Pandemie. Außerdem würden besonders Frauen durch das Homeoffice entlastet, da es die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern würde. Ein Trugschluss?

Deutsche Studien, die bereits vor der Krise entstanden sind, zeigten, dass Homeoffice weder Müttern noch Vätern einen Freizeitgewinn bringt und nicht automatisch Geschlechterrollen und die Verteilung von unbezahlter Arbeit verändert. Um die Auswirkungen der Pandemie von Homeoffice und der anschließenden Wirtschaftskrise auf Geschlechtergerechtigkeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Verteilung von unbezahlter Arbeit zu untersuchen, wurde von Ende April bis Mitte Mai auch in Österreich eine Untersuchung durchgeführt. Dabei wurden 2100 Personen, ähnlich wie in offiziellen Erhebungen, über ihre Zeitverwendung am letzten Werktag befragt.

Die Befragung zeigte, dass die Pandemie in Kombination mit Kindergarten- und Schulschließungen sowie der Nichtverfügbarkeit von Großeltern die Kinderbetreuung und Pflege weiter ins Private verlagerte. Die Zeit der Ausgangsbeschränkungen bedeutete für viele Eltern Stress, Überlastung und das Gefühl unfairer Aufgabenverteilung. Viele Streitigkeiten in Partnerschaften entstanden rund um die Wertschätzung von Kinderbetreuung und Hausarbeit als Arbeit versus Homeoffice als Arbeit. Oftmals stand im Mittelpunkt der Konflikt, welche Tätigkeit wie viel wert sei und wer deshalb wie viele Stunden am Tag erwerbstätig sein „darf“.

Grundsätzlich arbeiteten während der Ausgangsbeschränkungen, bezahlt wie unbezahlt, Frauen und Männer zwischen elf und 15 Stunden pro Tag. Alleinerzieherinnen waren in dieser Zeit besonders belastet. Sie arbeiteten knapp 15 Stunden pro Tag, davon fielen neun Stunden für unbezahlte Kinderbetreuung und Hausarbeit an. Erstmals kamen in dieser Zeit auch Mütter in Paarhaushalten auf ähnliche Zahlen. Die Väter leisteten

im Gegensatz zu den Müttern rund zweieinhalb Stunden weniger unbezahlte Arbeit. Diese Relationen zeigt sich auch, wenn beide Eltern während der Ausgangsbeschränkungen im Homeoffice waren. Damit wird klar, unbezahlte Arbeit ist auch weiterhin hauptsächlich weiblich.

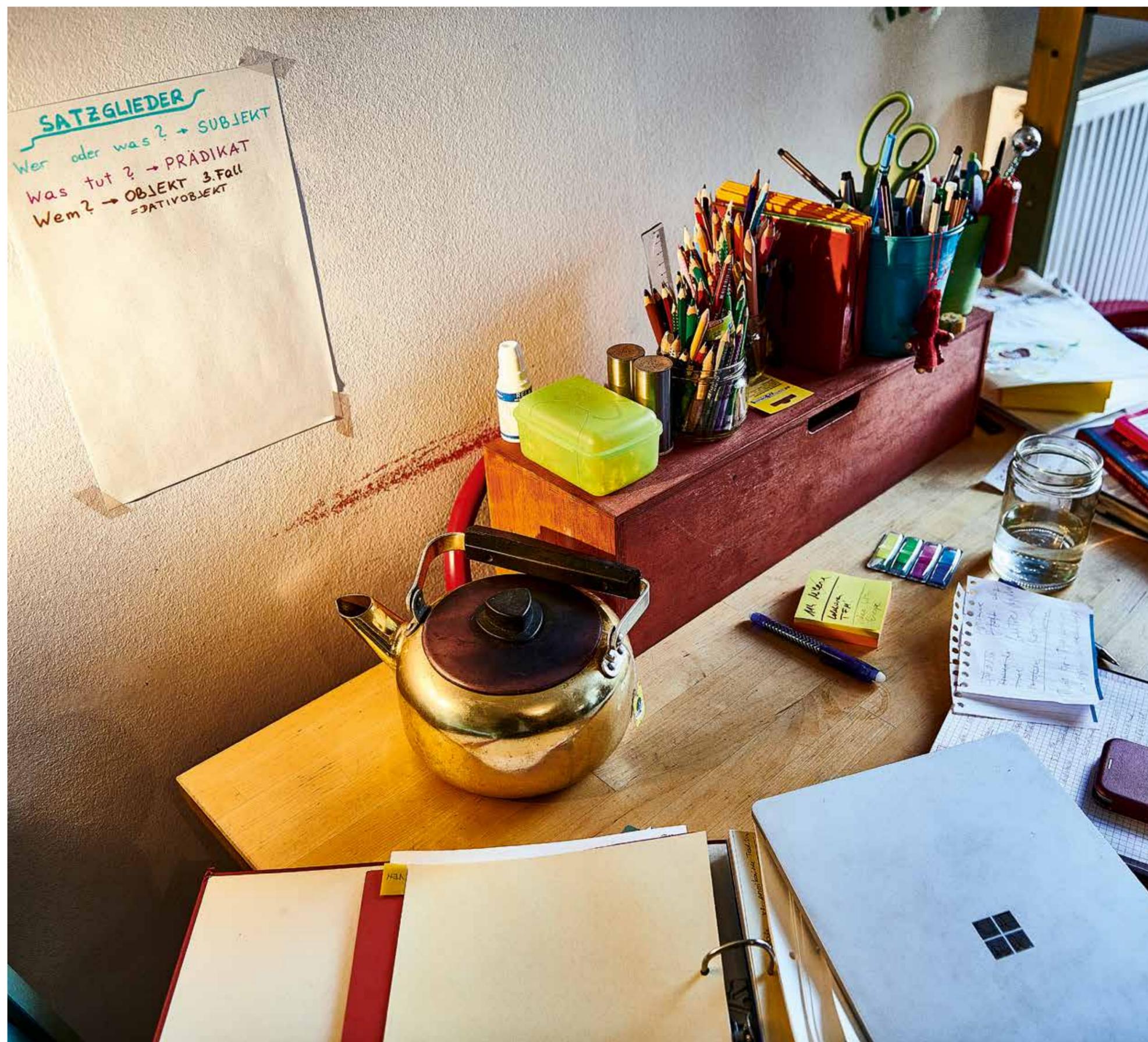
Den großen Unterschied macht die Kinderbetreuung. Im Gegensatz zu Paarhaushalten im Homeoffice mit Kindern waren die Arbeitszeiten in Paarhaushalten im Homeoffice und ohne Kinder sehr gleich verteilt. Dort übernahmen beide je acht Stunden Erwerbsarbeit und rund drei Stunden Arbeiten im Haushalt. Dies zeigt, dass sich gerade ab dem Zeitpunkt, ab dem Kinder in einem Haushalt leben, traditionelle Rollenbilder etablieren, die nur sehr schwer aufgebrochen werden (können).

Ein noch genauerer Blick in Familien mit Kindern zeigt auch wesentliche Unterschiede im Zusammenhang mit dem Alter der Kinder. Während Mütter von Kleinstkindern die meisten Stunden an unbezahlter Arbeit leisten und die geringste Erwerbsbeteiligung aufweisen, war die Gesamtbelastung für Mütter von Kindern im Volksschulalter am größten. Sie waren durchschnittlich sechs Stunden erwerbstätig und übernahmen nur unwesentlich weniger Kinderbetreuung als Mütter von Kindergartenkindern. Hier zeigt sich deutlich die Belastung durch das Home-schooling. Für die Väter zeigen die Daten hingegen, dass sie rund zwei bis drei Stunden weniger Zeit für Kinderbetreuung aufwenden als die Mütter.

Das ernüchternde, aber wenig überraschende Ergebnis: Genauso wie vergangene Krisen hat die Corona-Krise weder Gleichstellungspotenzial, noch hat Homeoffice während des Lockdown die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung erleichtert. Erstmals scheint außerdem klar zu werden – wenn Schulen, Kindergärten und Großeltern nicht mehr zur Verfügung stehen (können) – welche Netzwerke an un(ter)bezahlter Arbeit für die Betreuung von Kindern notwendig sind. Die derzeitige Krise macht zudem deutlich: Wenn eine Gesellschaft nach mehr Geschlechtergerechtigkeit strebt, dann muss es ganz wesentlich um eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit im Privaten gehen.

Gerade zwischen Paaren müssten Arbeitsaufteilungen neu verhandelt werden.

An der Studie sind Franziska Disslbacher, Judith Derrdorfer, Vanessa Lechinger und Eva Six beteiligt



Die Bauern und die Pandemie

Die Corona-Krise hat die Ungerechtigkeit und die prekäre Arbeit in der **Landwirtschaft** sichtbar gemacht

ANALYSE: MARIA BURGSTALLER

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger wollte im Sommer „die Krise nutzen“, um die Landwirtschaft noch weiter zu entlasten. In den vergangenen Wochen hat sie aufgrund der Corona-Krise einige Gesetze ohne erforderliche Begutachtung verabschiedet, weit mehr, als im Regierungsprogramm vorgesehen waren.

Für die Landwirtschaft gab es weitreichende und dauerhafte Steuerprivilegien sowie niedrigere Sozialabgaben.

Aus dem Bundesbudget kamen weitere

Zahl der Arbeitskräfte aus fernen Regionen ist gestiegen, die Grenzsicherungen am Beginn der Covid-19-Pandemie haben das Problem aufgezeigt. Für die Versorgungssicherheit fehlten mehrere tausend „Fremdarbeitskräfte“, ohne die, wie es hieß, keine Gemüseernte möglich sei. Die beschworenen „bäuerlichen Familienbetriebe“ vermitteln ein anderes Bild.

Keinesfalls jenes, wie es auf den Fotos eines Marchfelder Spargelbetriebs im Juni zu sehen war: Erntehelfer in kleinen, schmutzigen Stockbetten, Wanzen in den

Viele Probleme wären auf EU-Ebene lösbar. Gemeinsame höhere Standards wären möglich, sind im Agrarministerrat aber selten konsensfähig. Die einzelnen Staaten wollen sich nicht festlegen, mit dem Argument, dass die anderen Mitgliedstaaten noch schlechtere Bedingungen für Erntehelfer/innen oder in der Tierhaltung hätten und dadurch Wettbewerbsvorteile erzielten.

Die GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik) der EU regelt wichtige Aspekte der Landwirtschaftspolitik, allen voran die Förderungen. Die EU-Kommission unterbreitet regelmäßig fortschrittliche Vorschläge, doch nur die Agrarministerinnen und -minister der EU können bestimmen, was sie umsetzen. Dies geschieht auch jetzt im Schatten der Corona-Pandemie, als Regeln für die Agrarförderungen bis zum Jahr 2028 entstehen.

Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag wollte einen Teil der Flächensubventionen für Großbetriebe einschränken, die Direktzahlungen auf 60.000 Euro pro Betrieb kürzen.

Die Agrarminister der EU wussten dies zu verhindern, sie verlangten mehr Subsidiarität. Die Mitgliedsstaaten wollen selbstbestimmen, ob sie mit unseren Steuergeldern einzelne Agrarbetriebe weiter mit mehreren Millionen Euro subventionieren. In Zeiten knapper Budgets ist das ein schmerzhafter Rückschritt in Sachen Verteilungsgerechtigkeit von öffentlichen Geldern. Kaum bemerkt im Schatten der Corona-Millionenhilfen.

Irgendwann wird eine Impfung die Corona-Krise beenden. Gegen die Klimakrise

besteht die Medizin aus wirksamen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion. Gemeinsam ist beiden, dass sie nur im Miteinander gelöst werden können. Um in der Landwirtschaft EU-weit voranzukommen, hat die Kommission im Mai die „Farm to Fork“-Strategie und die Biodiversitätsstrategie veröffentlicht. Darin schlägt sie klimarelevante Maßnahmen für die Landwirtschaft vor. Der Pestizideinsatz soll um 50 Prozent, der Düngemittelsatz um 20 Prozent und der Antibiotikaeinsatz um 50 Prozent sinken. Der Anteil der Biolandwirtschaft soll auf 25 Prozent steigen. 30 Prozent der Flächen sollen geschützt und zehn Prozent streng geschützt sein.

Viele Agrarminister lehnen diese Ideen ab, sie argumentieren mit der Corona-Krise und der angeblich gefährdeten Versorgungssicherheit. Obwohl die EU die größte Agrexporteurin der Welt ist und die Corona-Krise die Produktion nicht beeinträchtigt hat. Die Klimakrise hingegen würde die Landwirtschaftsproduktion massiv gefährden. In diesem Fall wäre eine gute Idee: Die Krise nutzen, bevor sie zum Virus wird. ☘



hunderte Millionen Euro für neue agrarische Förderungen – zusätzlich zu den jährlichen zwei Milliarden Euro für die Landwirtschaft in Österreich.

Tierschutz bleibt indes ein Problem. Für den Bau von Vollspaltenböden bekommen die Bauern noch immer Fördergelder. Gegen die prekären Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, deren Dimension durch Corona sichtbar wurde, hat Köstinger bisher keine Lösung.

Der Rahmen für die EU-Agrarsubventionen, der derzeit finalisiert wird, bedeutet einen Rückschritt für die Verteilungsgerechtigkeit. Eine klimafreundlichere Landwirtschaft, wie sie die EU in der „Farm to Fork“-Strategie anstrebt, scheint in Zeiten von Corona zweitrangig zu sein.

Im Kapitel zur Landwirtschaft im Regierungsprogramm steht sechsmal der Begriff „bäuerliche Familienbetriebe“. Sechsmal ist „heimisch“ und siebenmal das Wort „Herkunft“ abgedruckt. Tatsächlich arbeiten die österreichischen Landwirte und auch jene in der übrigen EU immer weniger familiär. Die

Glashaus in Österreich: Trotz EU-Agrarmilliarden, Hungerlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Matratzen, in der einzigen Dusche breitet sich Schimmel aus.

Schon lange vor Corona hatte die Produktionsgewerkschaft (Pro-Ge) miserable Zustände kritisiert und bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Mehr soziale Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist überfällig, EU-weit und auch in Österreich. Die Politik nützt diese Krise nicht für Verbesserungen. Agrarsubventionen sind nicht an die Einhaltung von Arbeitsnormen gebunden.

Konsumentinnen und Konsumenten wird vorgeworfen, sie würden zu wenig zahlen, nicht ausschließlich regional einkaufen. Doch weder höhere Verkaufspreise noch die Herkunft garantieren gute Arbeitsbedingungen.

Das haben sie auch im betreffenden Spargelbetrieb nicht getan. Der Marchfelder Spargel war mehrfach als Regionalprodukt ausgezeichnet, wurde sogar ab Hof verkauft. Doch solange akzeptable Arbeitsbedingungen nicht Teil von Gütesiegeln oder regionalen Herkunftsauszeichnungen sind, gibt es für kritische Konsumentinnen und Konsumenten in der EU keine Garantie.

Wer verliert den Job zuerst?

Vom Schlachthof bis zur Baustelle: Es brauchte eine Pandemie, um über **prekäre Arbeit** zu diskutieren

KOMMENTAR: VERONIKA BOHRN MENA

Kann die Corona-Krise auch etwas verbessern? Die Arbeit zum Beispiel, ihre Verteilung und die Bedingungen, unter denen sie erbracht wird. Auch wenn das momentan für viele wie Hohn erscheinen mag: Ja, es könnte sich etwas verbessern. Wenn die Regierung genau hinsieht und die richtigen Schlüsse zieht. Gleichzeitig besteht die große Gefahr, dass alles noch schlimmer wird.

Viele Menschen sind gerade mit vollem Recht wütend und verzweifelt, weil sie schmerzhaft Lohnverluste hinnehmen mussten oder ihre Arbeit verloren haben. Weil sie als Ein-Personen-Unternehmen um ihre Existenz kämpfen. Weil sie den Berufseinstieg nicht schaffen oder keine Lehrstelle finden. Oder weil sie Frauen sind und nicht nur die Krisen in der Arbeit, sondern auch jene in der Familie ausbaden müssen.

Die Corona-Krise beschleunigt schlechte Entwicklungen der Vergangenheit. Nun wird Vieles sichtbar, was Entscheidungsträgerinnen und -trägern offenbar bislang entgangen ist. Es ist unumgänglich, jetzt über das zu sprechen, was sich ändern muss. Gerade jetzt, wo alles zur Diskussion steht und Dinge passieren, die zuvor jahrelang unmöglich schienen.

Viele Betriebe haben ihre Beschäftigten trotz der attraktiven Corona-Kurzarbeit vor die Tür gesetzt. Die Regierung hätte dies antizipieren und entsprechend handeln müssen, das hat sie aber trotz anders lautender Versprechungen nicht hinreichend getan. Die Politik hat jene Teile der Gesellschaft, die davor prekär arbeiteten oder lebten, zurückgelassen. Es wäre an der Zeit, das Motto „Koste es, was es wolle!“ auch für sie auszurufen.

Schon frühere Krisen haben gezeigt, dass Unternehmen in erster Linie ihre sogenannte „Kernbelegschaft“ halten wollen. Wer zuletzt kam, wer den schlechtesten rechtlichen Schutz genießt und wer als leicht ersetzbar gilt, fliegt zuerst. Ein stärkerer beziehungsweise schwächerer Kündigungsschutz ist keine Kleinigkeit, sondern macht einen wesentlichen Unterschied.

Dass während des Lockdown viel mehr Arbeiter/innen als Angestellte zum AMS statt in Kurzarbeit geschickt wurden, war vor allem auch durch diesen Unterschied begründet. Betriebe können Arbeiter/innen monatlich kündigen, ihre Kündigungsfristen werden erst ab 2021 denen der Angestellten angepasst. Personalabbau wurde zum einfacheren Weg aus der Krise.

Auch geringfügig Beschäftigte sitzen auf dem Schleudersitz. Ihre Integration in den Betrieb ist wegen der geringeren Anwesenheit schwächer, sie haben keine Chance auf Kurzarbeit. Sie sind neben den Leiharbeitskräften jene Gruppe, die am stärksten zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beitragen.

Personalleasingagenturen vermieten Leiharbeitskräfte wie Maschinen an Arbeitgeber – gibt es dort keinen Bedarf mehr, kommen sie einfach zurück. Die Agenturen wälzen ihre Verantwortung auch ohne Kri-

se oft auf die Beschäftigten und die Allgemeinheit ab, indem sie nicht gebuchte Leiharbeitskräfte beim AMS „zwischenparken“. In der aktuellen Krise ist das massenhaft passiert. Erst wenn sie mit ihrer Vermittlung wieder verdienen können, holen die Personalleasingunternehmen die Arbeitskräfte vom AMS zurück. Das AMS muss jährlich bis zu 500 Millionen Euro seines Budgets für Arbeitslose aufwenden, die innerhalb kürzester Zeit wieder von den gleichen Arbeitgebern eingestellt werden.

Die Krise verdeutlicht, was vorher schon

beitet mit Werkverträgen – als ob die zu 100 Prozent abhängigen und fremdbestimmten Fahrer „selbstständig“ arbeiten könnten. Sie haben kein Recht auf bezahlten Krankenstand, bekommen Geld nur für zugestellte Pakete, wer nicht liefert, verdient nichts.

Wer durch Krankenstand in seiner Existenz bedroht ist, wird sich krank zur Arbeit schleppen. Ein Bauarbeiter ist zu sechs Monaten bedingter Haftstrafe plus 1000 Euro unbedingter Geldstrafe verurteilt worden, weil er aus Angst vor Jobverlust mit einer Corona-Infektion zur Arbeit ging.



Die Pandemie zwingt uns endlich hinzusehen, wie prekär viele Menschen arbeiten

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

da war: In heimischen Schlachtbetrieben stehen bis zu 95 Prozent Leiharbeitskräfte, die bei Subunternehmen und nicht in den Schlachthöfen selbst angestellt sind. Die Corona-Hotspots in Gastronomie, Schlachthöfen, Pakethallen und auf Feldern können nur jene überraschen, die sich kaum dafür interessiert haben, unter welchen Bedingungen Österreich und Europa Lebensmittel produzieren und Pakete zu stellen lässt. Oder dafür, unter welchen Bedingungen die Kellner/innen, Zimmermädchen und das Küchenpersonal in den Ski-gebieten arbeitet.

Wie es den Menschen geht, die auf Baustellen die Wände hochziehen und die Dächer decken. Corona zwingt uns hinzusehen.

Die Gastronomen betreiben seit Jahren ein ständiges „Anheuern und Feuern“, sie beschäftigen Arbeitskräfte aus ärmeren Nachbarländern zu Dumpinglöhnen. In ihrer misslichen Lage lassen die sich viel mehr gefallen. Krank zu sein muss man sich bei einem Chef, der einem dieses Recht abspricht, leisten können. Viele der vermeintlichen Postboten und Paketlieferanten ar-

All das zeigt: Eine solide soziale Absicherung ist kein Luxus, sondern muss ein Allgemeingut sein. Es muss für jeden möglich sein, ohne finanzielle Nachteile in Krankenstand zu gehen.

Es brauchte eine Pandemie, um sicherzustellen, dass die Angst vor Jobverlust nicht schwerer wiegen darf als jene vor einer Erkrankung. Und dass prekäre Arbeit krank machen kann und Beschäftigte Sicherheit benötigen, um gesund zu bleiben.

All das bedingt ein starkes Arbeitsrecht und eine Kontrollinstanz mit ausreichenden Instrumenten zur Durchsetzung dieser Rechte.

Eine weitere Flexibilisierung unseres Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts würde das Gegenteil bewirken und dazu führen, dass noch mehr Beschäftigte durch unser soziales Netz fallen. Das Virus zwingt uns dazu, aufeinander Rücksicht zu nehmen und zusammenzuhalten. Wenn wir diesen Zusammenhalt am Arbeitsplatz sicherstellen, wo die meisten die meiste Zeit verbringen, kann die Corona-Krise tatsächlich etwas verbessern. ☘

Kein Hackeln bis zum Umfallen!

Was hilft uns aus der Krise? Rasche **Arbeitszeitverkürzung** ist eine Lösung

FORDERUNG: MARKUS MÄRTERBAUER

Eine Prämie für Solidarität: Verringert eine Gruppe von Beschäftigten die Arbeitszeit und werden gleichzeitig zuvor Arbeitslose neu eingestellt, gibt es dafür eine Förderung durch das Arbeitsmarktservice (AMS). Mit diesem innovativen Modell der Arbeitszeitverkürzung sowie einer für den Herbst angekündigten Arbeitsstiftung sorgten die Grünen im Sommer spät, aber doch dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik der Regierung Fahrt aufnahm. Damit wurde auch dem Drängen von SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner nachgegeben, die vehement für

ringert den damit verbundenen Druck auf die Beschäftigten und bringt ihnen mehr Freizeit.

Während in den Regierungsjahren Bruno Kreisky (1970–1983) Arbeitszeitverkürzung vor allem auf der gesetzlichen Ebene stattfand, wurde sie in den vergangenen Jahren eher im Kleinen, also auf der Ebene der Branchen und Betriebe, in die Praxis umgesetzt.

So haben Gewerkschaften und Wirtschaftskammer viele innovative Modelle für kürzerer Arbeitszeiten im Konsens reali-

rend viele Vollzeitbeschäftigte eine Arbeitswoche mit 30 Stunden anstreben, wollen viele Teilzeitbeschäftigte auf ebendiese 30 Stunden aufstocken. Voraussetzung für eine bessere Verteilung der bezahlten Arbeit, vor allem auch zwischen Mann und Frau, ist eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit im Haus, für Kinder oder in der Pflege von Angehörigen.

Mit der Klimakrise kommt eine neue Dimension im Zielkatalog der Arbeitszeitmodelle hinzu: Arbeitszeitverkürzung ist unabdingbar, um die Herausforderungen des



Arbeitszeitverkürzung als ein Element eines Maßnahmenbündels zur Bekämpfung der Covid-19-Massenarbeitslosigkeit eintritt.

Das Solidaritätsprämienmodell der Grünen und Rendi-Wagners Vorschlag einer Viertageweche entwickelten die von den Sozialpartnern getragene Kurzarbeit weiter. In der Covid-19-Krise waren zeitweise mehr als eine Million Menschen in Kurzarbeit, was diesen den Job und den Unternehmen den Weiterbestand sicherte. Einmal mehr belegt Kurzarbeit in dieser Krise exemplarisch: Arbeitszeitverkürzung schafft und sichert Beschäftigung.

In der Covid-19-Krise erlangt Arbeitszeitverkürzung wieder politische Aufmerksamkeit. Ob damit an die großen Erfolge der Vergangenheit, wie etwa den schrittweisen Übergang von der 48- zur 40-Stunden-Woche bis 1975 oder die fünfte Urlaubswoche ab 1982, angeknüpft werden kann? Damals wie heute geht es darum, mit Rationalisierung und steigendem Arbeitsdruck umzugehen: Die gleiche Arbeit wird in immer kürzerer Zeit erledigt, effizienter organisiert, Leerläufe werden verringert und mehr Maschinen eingesetzt. Kürzere Arbeitszeit ver-

Arbeitszeitverkürzung ist kein Allheilmittel, aber ein Instrument zur Sicherung von Jobs

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

siert. Am Flughafen Wien wurde 2018 eine zusätzliche Urlaubswoche eingeführt, in der Elektro- und der Metallindustrie können die Beschäftigten bereits seit 2013 die jährliche Lohnerhöhung auch in Form kürzerer Arbeitszeit in Anspruch nehmen, am Flughafen Wien kann die Dienstalterszulage in bis zu 160 Freizeitstunden umgewandelt werden, in vielen Kollektivverträgen finden sich Möglichkeiten der Umwandlung von Jubiläumsgeldern in temporäre Auszeiten und in der Sozialwirtschaft wurde jüngst eine 37-Stunden-Woche für alle vereinbart.

Die Sicherung von Beschäftigung war in diesen innovativen Modellen der Verkürzung der Arbeitszeit nur erwünschte Nebenfolge, Ziel war die Erhöhung des Wohlstands der arbeitenden Bevölkerung durch mehr Freizeit. Und das erfreut sich zunehmender Beliebtheit vor allem auch bei den Jungen: Väter wollen ihren Kindern mehr Zeit widmen, Menschen suchen nach Auszeiten, um ihren Hobbys nachzugehen, und die Gesundheit gewinnt an Stellenwert im Leben. Die Zeit des Hackelns bis zum Umfallen ist zum Glück vorbei.

Kürzere Arbeitszeit für die einen ermöglicht längere Arbeitszeit für andere: Wäh-

Strukturwandels zu bewältigen. Wir wollen Schadstoffausstoß, Ressourcenverbrauch sowie das materielle Wachstum von Konsum und Produktion beschränken. Umschulungen werden nicht ausreichen, um drohende Jobverluste in der Umstellung auf klimagerechte Produktion zu vermeiden. Neue Arbeitsmodelle mit kürzeren Arbeitszeiten können Beschäftigung sichern und mehr Wohlstand bringen.

Arbeitszeitverkürzung ist bestimmt kein Allheilmittel. Ohne Ausbildungsplätze für Junge, ohne Umschulung aus Krisenbranchen wie dem Tourismus in Zukunftsberufen wie Pflege, Klima und Technik, ohne gemeinnützige Beschäftigung für Ältere und ohne Investitionen in Infrastruktur, soziale Dienste und Klima ist die Covid-19-Massenarbeitslosigkeit nicht zu bewältigen.

Arbeitszeitverkürzung ist trotzdem ein mächtiges Instrument zur Sicherung von Jobs in der Krise und unverzichtbar, um den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen und den Strukturwandel in der Klimakrise sozial zu bewältigen. Arbeitszeitverkürzung ist ein zukunftsweisendes Instrument der Solidarität. ☒

Der Konsens kehrt zurück

Die **Sozialpartnerschaft** hat sich als Problemlösungs- und Stabilisierungsfaktor in der Corona-Krise bewährt

PROGNOSE: EMMERICH TÁLOS

Die Sozialpartnerschaft trug in den Nachkriegsjahrzehnten wesentlich zum Erfolg der österreichischen Wirtschaft und zur Stabilisierung der Gesellschaft bei. Ihr Einfluss schrumpfte seit den 1980er-Jahren aufgrund veränderter sozialer und politischer Bedingungen. Im besonderen Maße galt das für die Entwicklung unter der erstmaligen Koalition von ÖVP und FPÖ (2000–2006). Hatte bereits die Regierung unter Wolfgang Schüssel die Sozialpartnerschaft deutlich beschränkt, so stand sie unter Sebastian Kurz und H.-C. Strache (2017–2019) vor dem endgültigen Aus.

Die Sozialpartnerorganisationen waren davon in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Konnten die Unternehmervertretungen ihre Interessen uneingeschränkt durchsetzen, so blieben die Arbeiterkammern und Gewerkschaften mit ihren Interessen auf der Strecke. Die aufgezwungene Verlängerung der Höchstarbeitszeit und der einschneidende Eingriff in die Selbstverwaltung der Sozialversicherung zulasten der Arbeitnehmervertretungen sind ein eindrücklicher Beleg dafür. Darüber hinaus ging ein Kernpunkt sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit auf überbetrieblicher Ebene, die Vertrauensbasis zwischen ihren Vertretern, weitgehend verloren. Sozialpartnerschaftliche Expertise, die in früheren Jahrzehnten eine wesentliche Rolle im wirtschaftswissenschaftlichen und sozialpolitischen Diskurs spielte, verlor jegliche Bedeutung.

Der Bruch der Regierung Kurz/Strache im Gefolge der Ibiza-Affäre eröffnete die Möglichkeit zu einer neuen Regierungskonstellation. Auch zu einer Rückkehr der Sozialpartnerschaft? Andeutungen dazu finden sich im Programm der neuen türkis-grünen Regierung.

Die Grünen haben sich gegen die von den Türkis und den Blauen gemeinsam betriebene Schwächung der Arbeitnehmervertretung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung ausgesprochen. Diese Schwächung wurde im neuen Regierungsprogramm allerdings nicht rückgängig gemacht und damit die massive Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Dienstgebervertretung festgeschrieben. Was die neue Regierung von ihrer Vorgängerin unterscheidet, ist, dass sie explizit die Einbindung der Sozialpartner betreffend einige wenige Stellen des Programms anspricht: bei der Schließung von Lücken bei der Lohnfestlegung (Löhne unter den niedrigsten Kollektivverträgen), beim gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Arbeit sowie bei der Einführung eines Bildungskontos und eines Zeitwertkontos.

Derartige Absichtserklärungen bedeuten keineswegs schon eine Rückkehr zur tra-

ditionellen Rolle der Sozialpartnerschaft. Ob diese wieder zu einem wichtigen politischen Gestaltungsfaktor wird, wird erstens davon abhängen, ob die neue Regierung bereit ist, die Interessenorganisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer tatsächlich paritätisch in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Dies bedürfte einer Einstellungsänderung der ÖVP. Denn die Ausschaltung der Sozialpartnerschaft unter ÖVP-FPÖ-Regierungen wurde zwar auf Initiative der FPÖ betrieben, allerdings unter voller Beteiligung der ÖVP. Welche Rolle die Sozialpartnerschaft künf-

der gravierenden negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt im Frühjahr 2020 wurde zu deren Bewältigung von den Sozialpartnerorganisationen (AK, ÖGB, WKÖ) mit der Regierung ein spezifisches Corona-Kurzarbeitsbeihilfenmodell vereinbart. Damit war es möglich, die Arbeitsleistung für die vereinbarte Dauer der Kurzarbeit (vorerst drei Monate, dann weitere drei Monate) zwischen zehn und 90 Prozent der kollektivvertraglichen Normalarbeitszeit zu reduzieren. Die Zahl der beim AMS zur Kurzarbeit Gemeldeten stieg auf 1,3 Millionen Beschäftigte. Für die Deckung der krisenbedingt anfallenden Mehrkosten wurden in Etappen bis zu zehn Milliarden Euro veranschlagt. Von den Arbeitgebern werden nur die tatsächlich erbrachten Arbeitsleistungen entlohnt. Das Kurzarbeitsmodell stellt damit eine Win-win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber dar.

Ungeachtet dessen, dass der Lockdown im Frühjahr 2020 den größten Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Zweiten Republik zur Folge hatte: Die Kurzarbeitsbeihilfe trug wesentlich zu dessen Eindämmung bei. Anfang August 2020 waren noch mehr als 476.000 Personen in Kurzarbeit. Viele Unternehmen blieben bisher vor Schließungen bewahrt. Da das eingeführte Corona-Kurzarbeitsbeihilfenmodell Ende September 2020 ausläuft, vereinbarten die Sozialpartnervertreter mit der Regierung jüngst eine modifizierte Version der Kurzarbeitsbeihilfe für den Zeitraum Oktober 2020 bis März 2021.

Die Regelung der Kurzarbeit hat die Sozialpartnerschaft ins Rampenlicht der österreichischen Öffentlichkeit geholt und ihre Stabilisierungs- und Krisenlösungsfunktion unterstrichen. Bedeutet dies bereits eine Rückkehr zur traditionellen Sozialpartnerschaft? Keineswegs.

Nur eine punktuelle Beteiligung der Sozialpartner ist von der Regierung angesagt. Ebenso punktuell gestaltet sich bisher, wie das Kurzarbeitsmodell zeigt, die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern. Sozialpartnerschaft war nie nur Krisenlösung. Möglicherweise könnte diese Funktion in Zukunft eine größere Rolle spielen, vor allem dann, wenn die Corona-Pandemie noch länger andauern sollte.

Ungeachtet des Kompromisses in Fragen der Kurzarbeit wird es für die zukünftige Entwicklung der Sozialpartnerschaft entscheidend sein, wie die aktuellen Krisenkosten und beträchtlichen budgetären Defizite finanziert und von wem sie getragen werden. Die Interessendifferenzen zwischen den Sozialpartnern werden dadurch erneut größeres Gewicht bekommen – was sich exemplarisch an der strikten Ablehnung der Erhöhung des Arbeitslosengeldes oder der Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer seitens der Unternehmervertretungen zeigt.

Die politische Steuerung der aus der Corona-Pandemie resultierenden Probleme wird eine Nagelprobe dafür sein, wie es in Zukunft um die Sozialpartnerschaft bestellt sein wird. ☒



Gemeinsam statt einsam durch den Lockdown

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

Die Sozialpartnerorganisationen verbessern, ob das gegenseitige Vertrauen, das in der Regierungszeit von ÖVP und FPÖ weitgehend verloren gegangen ist, wieder hergestellt und ein Interessenausgleich in der Bewältigung der aktuellen Krisensituation stattfinden wird.

Brachte der Start von Türkis-Grün im Jänner 2020 eine Abkehr von Schwarz-Blau? Jein. Einerseits blieben viele einschneidende Eingriffe der ÖVP-FPÖ-Regierung unverändert bestehen. So etwa hat die Regierungsbeteiligung der Grünen an den Maßnahmen zur Schwächung der Arbeitnehmervertretung nichts geändert. Zum anderen sprach sich die neue Regierung im Unterschied zu Türkis-Blau für eine, wenn auch sehr eingeschränkte, Mitbeteiligung der Sozialpartner aus.

Hat die Corona-Krise die Situation verändert? Kaum im Amt und noch bevor es zu ersten Ansätzen einer Umsetzung des Regierungsprogramms kam, wurden Regierung und Sozialpartner durch die Corona-Pandemie beträchtlich herausgefordert. Aufgründ

Ein Loblied auf die Bürokratie

Die Ankündigung von **Hilfsmaßnahmen** ist wertlos ohne einen gut geöhlten Staatsapparat

Anfang Juni stellte Armin Wolf auf Twitter eine Frage: Warum es beim Härtefallfonds, der die durch die Covid-19-Krise bedingten Einkommensverluste von Ein-Personen-Unternehmen und Kleinbetrieben abfedern sollte, bis dato 50.000 Ablehnungen gegeben habe, beim Härtefallfonds für die Landwirtschaft hingegen keine einzige.

Es war nur eine Frage, doch sie führt direkt zu einer grundlegenden Diskussion: Was müssen staatliche Institutionen leisten können? Neoliberale Ideologen haben

KOMMENTAR:
CHRISTA
SCHLAGER

ten und Bedeutung von öffentlichen Institutionen in der Wirtschaft und vor allem in der Krise hat das nicht gutgetan.

Eine Analyse der Corona-Hilfsmaßnahmen zeigt dies anschaulich. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass manche Proponenten der Bundesregierung meinten, alleine die Ankündigung und der Beschluss von Hilfsmaßnahmen würden reichen, um Unterstützungen wirksam werden zu lassen. Den konkreten Umsetzungsplänen hingegen wurde anfangs zu wenig Augenmerk geschenkt. Anstatt der raschen Abwicklung höchste Priorität

zum Beispiel, dass in den Anmeldechecks mitprogrammiert wurden. Eine Folge praktischer Erfahrungen mit den Agrarförderungen. Wenn das Austria Wirtschaftsservice (AWS) – die Förderbank des Bundes – vermeldet, dass es in drei Monaten das Dreifache an Kreditanträgen genehmigt hat, was dem Zwölffachen des Normalbetriebs entspricht, stellt das eine unglaubliche Leistung dar. Dies alles bewältigte das AWS auch noch mit derselben Anzahl an Beschäftigten. Das zeugt von hoher Professionalität und den nicht zu unterschätzenden Wert praktischer Erfahrung der staatlichen Agentur.

Laut sind die Stimmen, man möge doch die Finanzverwaltung die Abwicklung des Härtefallfonds übernehmen lassen, „weil die das können“.

Ja, warum können sie es denn? Es ist höchste Zeit nachzudenken. Nachzudenken darüber, das oftmals ungerechtfertigte und ständige Schlechtreden der Bürokratie zu unterlassen. Die Krise hat uns die inhaltliche Leere der Schlagworte vom „Sparen im System“ und „Wir sparen bei uns selbst“ aufgezeigt. Justiz, Bildung, Sozialsystem, nirgendwo ging und geht das Sparen ohne Leistungs- bzw. Qualitätseinschränkung. Warum soll das ausgerechnet bei der Verwaltung anders sein?

Funktionierende staatliche Systeme sind eine Grundvoraussetzung für komplexe Gesellschaften



den Staat stets als überbordend, bürokratisch, bevormundend und versteinert dargestellt. „Mehr Markt, weniger Staat“ – unter diesem Credo war der schlanke Staat in den letzten Jahrzehnten zum Ziel erklärt worden. Im Zeichen der Krise hat sich das nun geändert. Staatlichen Institutionen und deren Verwaltungshandeln kommt nun auch im Wirtschaftsgeschehen eine zentrale Bedeutung zu. Ausgerechnet der vielgeschmähte Staat mit seinen Einrichtungen ist nun der wichtigste wirtschaftspolitische Akteur. Er soll die krisenbedingten Herausforderungen möglichst zeitnah und umfassend bewältigen helfen.

Es ist bezeichnend, und auch einsichtig, dass etablierte Institutionen dabei viel effektiver agieren, als neu zu schaffende dies könnten. Denn es braucht Know-how, Ressourcen und vor allem Zeit, bis sich Prozesse einspielen. Nachzulesen ist das alles auch in den Lehrbüchern zur angewandten Wirtschaftspolitik und Institutionenökonomie, aber die hat man an den Unis verräumt. Dem Wissen und Verständnis über Potenziale, Kapazität

Wieder entdeckt und hymnisch besungen: der starke Staat

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

tät einzuräumen, verzögerten sich die Hilfsmaßnahmen. Es wurde viel angekündigt, neue Zuständigkeiten wurden geschaffen, die Richtlinien wurden ständig überarbeitet. Das führte nicht nur zu Intransparenz. Für die ausführenden Stellen bedeutet es auch einen enormen Mehraufwand, was einer raschen Umsetzung zusätzlich im Weg stand.

Gut, dass die Handelnden in der Krise zumindest auf die praktische Erfahrung und das Wissen der Sozialpartner zurückgegriffen haben. Die Sozialpartnerschaft feierte so ein Comeback. Auch deshalb, weil die Regierenden, teilweise aus der lieben Not heraus, teilweise aus Überzeugung, auf die entsprechende Expertise nicht verzichten wollten oder konnten.

Zurück zum Tweet von Armin Wolf und die naheliegendste Antwort auf die von ihm aufgeworfene Frage: Die staatliche Institution, die den Härtefallfonds der Landwirtschaft verwaltet, ist die AMA. Eine mehrfach zertifizierte Zahlstelle mit entsprechender Routine. Auszahlungen gehören zu ihrem täglichen Geschäft. Die jahrelange Praxis und das institutionalisierte Wissen lehrte sie

und komplexe Aufgaben. Öffentliche Stellen müssen in der Lage sein, Gesetzesvorhaben auch unter widrigen Umständen umsetzen zu können. Klingt einfach, ist aber ganz und gar nicht selbstverständlich. Und klingt schon gar nicht modern. Für diese Widerstands- und Leistungsfähigkeit findet verstärkt der Begriff „Resilienz“ Anwendung. Auch gut, denn dies besagt, dass ein Land gut verhalten werden muss, um reüssieren zu können.

Wenn wir Demokratie, Teilhabe und Wohlstand sichern und ausbauen wollen, müssen wir staatliche Institutionen und ihre Funktionen mit ihrer Bedeutung benennen, verstehen, fordern und auch fördern. In der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik ist, es wird ein neues Kapitel zu Institutionenökonomie geschrieben werden müssen. Jenseits bestehender plakativer Zuschreibungen und leerer Floskeln. Neu aufgelegte Lehrbücher zur österreichischen Wirtschaftspolitik werden es wieder an die Unis schaffen, spannende Anschauungsbeispiele hierfür finden wir dieser Tage genug.

Wenn es kalt wird in der Stube

Tausende Haushalte konnten im Lockdown ihre **Strom- und Gasrechnung** nicht bezahlen

Wann mussten Sie das letzte Mal Ihr Handy abschalten, um Strom zu sparen? Wann das letzte Mal die Heizung drosseln, um Kosten zu reduzieren, oder kalt duschen, weil kein warmes Wasser aus der Leitung kam? Wann das letzte Mal darüber nachdenken, wie Sie Ihre Energierechnungen zahlen sollen? Vermutlich bisher kaum, denn Energie spielt im Alltag der meisten Menschen keine große Rolle. Wir sind es genauso gewohnt, in täglicher Routine Handy, Kaffeemaschine und Radio zu nutzen, wie an die warme Dusche morgens nach dem Aufstehen oder daran, abends in angenehm temperierte Wohnräume heimzukehren. Energie ist jederzeit unkompliziert verfügbar: aus der Steckdose, dem Heizkörper oder dem Wasserboiler – zumindest für die meisten von uns.

Für Personen, die von Energiearmut betroffen sind, ist das Vorhandensein und die Nutzung von Energie keine derartige Selbstverständlichkeit. Und das, obwohl Energie mehr denn je eine wichtige Ressource zur Teilhabe am modernen Leben ist: Steht diese nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung, hat dies massive Auswirkungen auf den Lebensalltag betroffener Personen. Sichtbar wird Energiearmut dabei meist erst in ihrer extremsten Form. Nämlich dann, wenn elektrische Geräte nicht mehr genutzt und Räume nicht oder nur unzureichend beheizt oder gekühlt werden (können), wenn Energierechnungen nicht mehr bezahlbar sind und dadurch Schulden entstehen oder Energieabschaltungen drohen.

Energiearmut ist eine vielschichtige und nicht zu unterschätzende Problemlage. Neben finanziellen Einflussfaktoren wie geringen Einkommen und hohen Energiekosten spielen der Zustand und die Lage des Gebäudes genauso eine Rolle wie soziale und kulturelle Praktiken im Umgang mit und Wissen über Energie. Eines haben betroffenen Personengruppen jedoch gemeinsam: Sie können Energie nicht in dem Umfang nutzen, wie sie es gerne tun würden; falls sie es doch tun, bringt sie dieses Verhalten rasch in finanzielle Schwierigkeiten.

Während des Corona-Lockdown im Frühjahr, wo plötzlich alle aufgefordert waren, zu Hause zu bleiben, Kinder selbst zu betreuen und im Homeoffice zu arbeiten, wurde die Wichtigkeit einer durchgehenden Energieversorgung schlagartig für alle spürbar. Denn wenn kein Strom aus der Steckdose kommt, damit Laptop und WLAN uneingeschränkt funktionieren, oder (Wohn-)

MAHNUNG:
SANDRA
MATZINGER

Räume nicht so geheizt oder gekühlt werden können, dass ein gutes Arbeits-, Lern- und Lebensklima gegeben ist, werden alltägliche Tätigkeiten im Privaten wie im Arbeitskontext plötzlich zur Herausforderung oder sogar unmöglich – Schwierigkeiten, vor denen Energiearmutsbetroffene tagtäglich stehen.

Um Energieabschaltungen während dieser Zeit zu verhindern, wurde auf Basis einer Vereinbarung des Klimaministeriums mit der Energiebranche auf Abschaltungen wegen Zahlungsverzugs bis Ende Juni ver-

geführt, der für besonders betroffene Unternehmen sogar 100 Prozent dieser Kosten übernimmt. Privathaushalte stehen alleine da.

Daten der vergangenen Jahre lassen auch ohne die Nachwehen des Corona-Lockdown einen „heißen“ Herbst erwarten. Denn wenn die Temperaturen wieder zu sinken beginnen und die Nächte länger werden, haben fehlende Heizungsenergie und Warmwasserversorgung viel dramatischere Auswirkungen als im Sommer. Neben Strategi-



Eine Wiener Gastwirtschaft im Lockdown

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

zichtet. Diese Regelung galt auf freiwilliger Basis und ermöglichte Zahlungsaufschübe oder Ratenzahlungsvereinbarungen, jedoch keinen Erlass von nicht getätigten Zahlungen. Problematisch dabei war und ist, dass die Vereinbarung nur kurzfristige Hilfe ermöglichte und ausstehende Zahlungen in die Zukunft verlagerte.

Für Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, in Kurzarbeit sind oder auch schon vor der Krise nur über geringe Einkommen verfügten, stellt diese Maßnahme keine nachhaltige Lösung dar. Konkret wurden laut Angaben der zuständigen Regulierungsbehörde E-Control im April und Mai knapp über 8000 Strom-Abschaltungen bei Haushalten und Kleinunternehmen nicht durchgeführt, bei Gas waren es im selben Zeitraum 2900. Allein im Strombereich wurden in 12.000 Fällen Teilleistungsbeiträge reduziert, über 8500 Stundungen vereinbart und 5000 Ratenzahlungsvereinbarungen getroffen. All diese aufgeschobenen Zahlungen müssen in absehbarer Zeit begleichen werden. Für Unternehmen hat die Regierung dazu einen Fixkostenzuschuss ein-

für eine leistbare Energie- und Wärmeversorgung in der kalten Jahreszeit wird es auch (langfristige) Maßnahmen gegen immer heißer werdende Sommer brauchen. Auch davon sind (energie-)arme Haushalte häufiger und intensiver betroffen.

Es ist notwendig, dem Thema insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu widmen und betroffene Haushalte kurz-, mittel- und langfristig zu unterstützen: Kurzfristig beim Bezahlen von Energierechnungen, mittelfristig bei einer leistbaren und durchgehenden Energieversorgung und langfristig bei der Teilhabe an einer klimaneutralen Zukunft. Auch konjunktur- und klimapolitisch würde eine Umsetzung von Maßnahmen speziell für energiearme Personen eine Win-win-Situation erzeugen. Arbeitsplätze und Einkommen könnten mittels Durchführung von längst überfälligen Gebäudesanierungen und der Errichtung erneuerbarer Energieversorgungssysteme geschaffen werden. Es wird sich zeigen, inwieweit die Politik diese Thematik ernst nehmen und Taten folgen lassen wird – Problemwahrnehmung ist dabei wohl der erste Schritt.

Eine gerechtere Globalisierung nach Corona?

Die Covid-Krise beschleunigt den Niedergang der **neoliberalen Globalisierung**. Eine kooperativere Gestaltung der internationalen Beziehungen wird möglich

KOMMENTAR: WERNER RAZA

Schon viele Jahre vor der Corona-Krise, spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08, sind die Verfechter der neoliberalen Globalisierung in die Defensive geraten. Bis dahin haben sie unentwegt die Vorzüge von freien Handels- und Finanzströmen gepriesen. Nun mussten die „Globalisierer“ aus OECD, der EU-Kommission oder Weltbank (nicht zuletzt aufgrund der politischen Erfolge „populistischer“ Kräfte) eingestehen, dass offene Märkte nicht nur Gewinner, sondern auch viele Verlierer produzieren.

Neben den bekannten verteilungspolitischen Wirkungen der Globalisierung hat die Corona-Krise offengelegt, wie weltweit organisierte Produktionsketten in Krisensituationen versagen können. Die Versorgungssicherheit mit essenziellen Gütern ist dann in Gefahr, Staaten greifen zu drastischen Maßnahmen bis zu Ausfuhrverboten, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu erhalten.

Laut der Welthandelsorganisation WTO verhängten bis Mitte August an die 90 Länder insgesamt 233 solcher Maßnahmen, darunter auch einige Vorreiter der Globalisierung wie Deutschland, die EU-Kommission oder Japan. Das ist nicht weiter überraschend: Nationale Regierungen sind letztverantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das Einschränken der Ausfuhr von Gütern ist daher ein wiederkehrendes Phänomen in Krisensituationen, das gab es schon während der globalen Nahrungsmittelkrise der Jahre 2007 bis 2011.

Selbst wenn die Versorgung durch Importe in gewissem Maß erhalten bleibt, müssen Konsumenten überhöhte Preise für die extrem knappen Güter bezahlen. Dazu kommen Qualitätsmängel, wegen kurzfristig stark gesteigerter Produktionskapazitäten und von „Krisengewinnlern“ auf den Markt gebrachter minderwertiger Waren. Dies ist vielen Regierungen ein zusätzlicher Anreiz, nationale Produktionskapazitäten aus- oder aufzubauen. Auch davon haben viele EU-Länder inklusive Österreich in den vergangenen Monaten umfassend Gebrauch gemacht.

Die neoliberale ökonomische Intelligenzia hat die weitverbreitete Kritik an globalen Lieferketten und die damit verbundene staatliche Krisenpolitik rasch als verfehlte Rückkehr zu Protektionismus und Nationalismus denunziert. Zur Stärkung der Versorgungssicherheit wären stattdessen der Ausbau und die regionale Diversifizierung globaler Lieferketten notwendig. Also mehr Globalisierung als Reaktion auf die Krise und nicht weniger.

Diese Einschätzung offenbart eine erstaunliche politische Naivität. Zwar ist es richtig, dass von einer Krisensituation wie der Corona-Pandemie auch die nationale Produktion betroffen sein kann. Doch es ist riskant, die Erhöhung der Resilienz von globalen Lieferketten auf eine



Auch im Prater stand die Erde still. Wohin bewegt sich die Welt?

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

breitere geografische Streuung im Ausland beschränken zu wollen. Die Exportbeschränkungen anderer Länder sind zu drastisch, um auf eigene Produktionskapazitäten zu verzichten. Zum Beispiel hilft die Streuung von pharmazeutischen Produktionskapazitäten von China auf Indien und Brasilien wenig, wenn alle drei Länder im Krisenfall ihre Exporte einschränken.

Die geopolitische Situation verändert sich gerade schnell, dazu kommt die Rivalität mit China, dem wichtigsten Produzenten vieler essenzieller Arzneimittel und anderer wichtiger Güter. Die Frage, die auch viele europäische Politikerinnen und Politiker beschäftigt, lautet: Wie stark wollen wir in Krisenlagen von Ländern wie China abhängig und damit potenziell erpressbar sein?

Diese veränderte Sichtweise geht über die aktuelle Pandemie hinaus und umfasst zum Beispiel auch den Schutz europäischer Hochtechnologie und innovativer Unternehmen vor ausländischen Übernahmen. Covid-19 hat den geopolitischen Turn in der europäischen Politik beschleunigt und die Diskussion um die von der Europäischen Kommission ins Spiel gebrachte „strategische Autonomie“ Europas ins Rollen gebracht. Letztendlich wird diese Krise den Niedergang der neoliberalen Globalisierung beschleunigen. Es wird jene historische Phase gewesen sein, in der die globale Integration der Wirtschaft hauptsächlich durch die Interessen transnationaler Unternehmen bestimmt war.

Ob man will oder nicht, am Ende des Tages gestalten vor allem große Staaten die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die geopolitische Logik wird die homogenisierende Logik neoliberaler Globalisierung überlagern und die stärker regional verflochtenen Räume und Pole begünstigen. Ähnlich wie in den 1930er-Jahren für den Wiener Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi stellt sich heute die Frage, welche politische Form diese Gegenbewegung annehmen wird: Führt sie zur weiteren Stärkung illiberaler und autoritärer Formen nationalstaatlicher Herrschaft oder zum Auf- und Ausbau demokratisch verfasster und sozial inklusiver, regionaler Wirtschaftsräume in einer multipolaren Welt? Gerade darin läge für die EU die große Chance im 21. Jahrhundert.

Eine De-Globalisierung und stärkere Binnenorientierung sollte den Konkurrenzdruck zwischen nationalen Ökonomien verringern und sich günstig auf die Schaffung politischer Räume für internationale Kooperation auswirken. Klimawandel, Erhaltung der Biodiversität, Bekämpfung der internationalen Steuervermeidung und globaler Gesundheitsschutz sind einige der dringenden Themen, für die es internationale Regelungen braucht. Statt durch immer neue Freihandelsabkommen könnte die EU ihr Bekenntnis zum Multilateralismus durch solche Initiativen unter Beweis stellen.

Verschulden, aber richtig

Milliardenschwere Stützpakete sollen die Folgen der Corona-Pandemie abfedern. Was taugen sie? Wer verdient daran? Wer soll dafür bezahlen?

Die Lage ist düster: Das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo prognostiziert, dass die heimischen Wirtschaftsleistung heuer um 23 Milliarden Euro zurück sinken wird, statt, wie vor Corona prognostiziert, um zwölf Milliarden Euro zu wachsen. Kommt es zu einer zweiten Welle, ist der Einbruch noch größer. Dabei trifft die Krise nicht jeden gleich. Den derzeit rund 100.000 zusätzlichen Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und kleinen Selbstständigen, bei denen die Arbeitslosenversicherung nicht greift, oder Schülerinnen und Schülern, die im Zuge von Homeschooling die Anbindung an das Bildungssystem verloren haben, stehen wenige Krisengewinnler (wie etwa Swimmingpool-Unternehmen) und Vermögende, die kurzfristige Einkommensverluste abfedern können, gegenüber.

Um zu verhindern, dass sich die soziale Krise weiter verschärft, muss die Politik eingreifen. Auch in der Wirtschaftspolitik. Statt weiter der schwarzen Null im Staatshaushalt zu huldigen, haben die Regierungen in der EU milliardenschwere Pakete zur Absicherung von Unternehmen, Einkommen, Arbeitsplätzen, der Gesundheitsversorgung oder der Daseinsvorsorge geschnürt.

Die Hauptlast der Krise übernimmt damit kurzfristig der Staat. Angesichts von Nullzinsen kann er sich billig verschulden. Da dem Finanzsektor sichere Anlagemöglichkeiten fehlen und die EZB gleichzeitig Staatsanleihen aufkauft, kommt die jahrelang verpönte Staatsverschuldung – unter Beifall von allen Seiten – zum Nulltarif.

Das ist nicht genug. Das Ziel muss sein, Beschäftigung und Investitionen direkt zu stärken und dabei nicht punktuell, sondern langfristig zu denken. Statt Autobahnen und mehr fossil betriebene Neuwagen zu bauen, gilt es in öffentlichen Verkehr, erneuerbare Energien und einen klimaneutralen öffentlichen Sektor zu investieren. Um die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zu verbessern sowie den Wohlstand der Bevölkerung abzusichern, müssen öffentliche soziale Dienstleistungen ausgebaut werden.

Das Augenmerk muss auf Gesundheit, Pflege, Kindergärten und Krippen sowie den Bildungsbereich gelegt werden. Nicht zu vergessen die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Armut und Armutsgefährdung ist gestiegen. Da könnte sofort ein höheres Arbeitslosengeld gegensteuern. Vor allem muss die Politik sich um Beschäftigungsprogramme für benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen kümmern und schlussendlich auch die Sozialhilfe (Mindestsicherung) neu konzipieren.

Jeder Pandemie ist gemein, dass sie nicht nur nationalstaatlich zu bekämpfen ist. Ähnliches gilt für ihre wirtschaftlichen Folgen. Unter gesundheits- und wirtschafts-

KOMMENTAR:
FRANZISKA
DISSLBACHER,
GEORG FEIGL

politischen Gesichtspunkten ist es gefährlich, wenn die einzelnen EU-Mitgliedsländer über unterschiedlich große Spielräume für Gegenmaßnahmen verfügen.

Genau das ist aber das politisch gewollte Ergebnis im Euroraum, der die einzelnen Staaten – und im Schlepptau ihre Banken, Unternehmen und Haushalte – am gemeinsamen Kapitalmarkt konkurrieren lässt. Während die deutsche Bundesregierung paradoxerweise sogar noch etwas verdient, wenn sie Geld für ihre Stützmaßnahmen einsammelt, zahlt Italien einen beträchtlichen Aufschlag als „Strafe“ für Fehler in der Vergangenheit und strukturelle Nachteile.

Die Corona-Krise verschärft auch diese Unterschiede. Während die deutsche Kanzlerin Angela Merkel das Problem und seine potenziell zerstörerischen Folgen für den ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhalt Europas erkannt und ausgleichende Sondermaßnahmen im neuen EU-Budget begrüßt hat, kämpfte eine Allianz aus strukturell bevorteilten Ländern wie die Niederlande, Österreich, Schweden und Dänemark gegen einen stärkeren Ausgleich – obwohl der Erfolg exportorientierter Länder offensichtlich auch von jenen der Partnerländer abhängt: Die Gruppe der sogenannten „frugalen vier“. Selbst wenn die Gruppe abseits symbolischer Erfolge wenig ändern konnte, ist das wesentliche Problem mit der Budgetaufstockung noch nicht gelöst, nämlich dass die Corona-Krise die Unterschiede in der Eurozone noch verstärken wird.

Die neuen EU-Mittel, zusätzlich knapp 400 Milliarden Euro, decken nicht einmal die Hälfte der zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten im Jahr 2020 ab. Und sie haben den Nachteil, dass der Kompromiss gerade zulasten jener Felder ging, die wirtschaftspolitisch besonders große Wirksamkeit haben könnten, man denke an die Forschung oder an Anreize, den Flug- und Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Die Corona-Krise wird jedenfalls zu einem starken Anstieg der Staatsverschuldung führen. Schulden, die sich direkt in öffentliche Investitionen übersetzen, sind unproblematisch. Auch Unternehmen verschulden sich für den Bau neuer Anlagen oder Räumlichkeiten. Diese Verschuldung stellt langfristig finanzielle Werte dar, aber auch eine bessere Infrastruktur, die mehr Leistungen ermöglichen kann.

Auch der Staat sollte so vorgehen bzw. vorgehen dürfen – keine Selbstverständlichkeit angesichts der im letzten Jahrzehnt gewachsenen Zahl an Budgetregeln auf europäischer wie nationaler Ebene. Sie haben sich zunehmend als Investitionsbremse entpuppt. Seit 2012 zeigt sich in der Eurozone insgesamt ein negativer Wert bei den öffentlichen Nettoinvestitionen, sprich

der Vermögensaufbau des öffentlichen Sektors kam zum Erliegen. Da öffentliche Investitionen sowohl kurzfristig für die Stabilisierung der Beschäftigung als auch langfristig für den sozial-ökologischen Umbau gebraucht werden, sind sie sofort zu erhöhen und dann dauerhaft hoch zu halten.

Mehr Investitionen sind auch wichtig, um den allgemeinen Trend der relativen Verschiebung von öffentlichem zu privatem Vermögen entgegenzuwirken. Das öffentliche Vermögen ist das Vermögen des Staates, etwa die öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Spitäler und andere Gebäude, Verkehrswege, öffentliche Transportmittel, Grundstücke, Seen, Wälder, öffentliche Bäder, Museen und Theater.

Laut Schätzungen des Ökonomen Thomas Piketty betrug das öffentliche Nettovermögen in den großen industrialisierten Ländern der Boomphase nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das heißt, nach Abzug der Staatsverschuldung hatte der Staat ein Vermögen entsprechend einem Jahr der Inlandsproduktion. Insbesondere im Zuge der Privatisierungswellen, dem Ausverkauf des öffentlichen Vermögens, ist dieses auf heute null Prozent gesunken. Gleichzeitig hat sich das private Nettovermögen auf mittlerweile rund 600 Prozent der Wirt-

schaftsleistung verdoppelt. Diese Verschiebung von öffentlichem Vermögen zu privatem Vermögen hat auch die Vermögensungleichheit befeuert. Immer weniger private Haushalte werden immer reicher.

Auch wenn das öffentliche Vermögen in Österreich noch etwas höher ist als in anderen europäischen Ländern und die Staatsverschuldung deutlich übersteigt, gehört den obersten 5 Prozent der Vermögensverteilung mehr als allen öffentlichen Gebietskörperschaften gemeinsam. Versucht man die Dynamik im Detail nachzuzeichnen, scheitert man an der schlechten Datenlage.

Aber alleine für den staatlichen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Nettoanlagevermögen – also das Vermögen, auf dem die Produktion von Gütern und Dienstleistungen beruht – verzeichnet die Statistik Austria einen Rückgang von noch 21 Prozent im Jahr 1996 auf gerade mal 15 Prozent 2018.

Den zweiten Teil der laufenden Neuverschuldung – der vor allem als Ersatz für die krisenbedingt wegbrechenden Steuern und Abgaben und für steigende Ausgaben verwendet wird – sollte die Politik parallel zur wirtschaftlichen Erholung wieder abbauen. Dabei helfen die dann wieder sprudelnden Steuern und Abgaben, allerdings wird man um Kürzungen oder Steuererhöhungen nicht herumkommen. Ähn-

Der Staat muss in Infrastruktur investieren. Aber in welche?

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

lich wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor gut einem Jahrzehnt wird die wirtschaftspolitische Debatte der kommenden Jahre auch diesmal wieder von der Auseinandersetzung bestimmt sein, wie diese Last verteilt wird.

Die kostspieligen staatlichen Unterstützungsprogramme haben als Nebeneffekt die Vermögen der Reichen abgesichert, das betrifft insbesondere das stark am oberen Ende der Verteilung konzentrierte Unternehmens- und Finanzvermögen.

So hängen die Gewinne und damit auch Vermögenswerte großer Immobilieninvestoren wesentlich davon ab, ob es Unternehmen weiterhin gibt und diese sich die Büromieten leisten können bzw. die Europäerinnen und Europäer ihre Wohnung.

Ein anderes Beispiel ist der seit Jahren strauchelnde Konzern der milliardenschweren Familie Swarovski. Zunächst wurden fast alle der 6600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit geschickt. Nachdem zwölf Millionen Euro an Kurzarbeitsgeldern geflossen sind, wurden alleine im Juli 1200 Beschäftigte gekündigt. Weitere Kündigungswellen – trotz anhaltender Kurzarbeit – hat die Unternehmensleitung schon angekündigt.

Wie bereits nach der Finanzkrise ab 2008 profitieren Banken und Versicherun-

gen massiv, weil die Politik die Pleitewelle abfedern konnte – die zwischenzeitlich eingeführte Bankenabgabe hat man mittlerweile wieder auf einen eher symbolischen Betrag reduziert.

Wie kann die Politik verhindern, dass die Folgekosten der Pandemie nicht wie nach der Finanzkrise zu 99 Prozent von der Gesellschaft getragen werden müssen?

Die Börsen konnten den Großteil ihrer anfänglichen coronabedingten Verluste bereits wieder wettmachen.

Erbschafts- und Vermögenssteuern sind in Österreich schon lange überfällig. Geht es um die Kapitalbesteuerung, zählt Österreich zu den Schlusslichtern in Europa. Wir wissen auch, dass diese Steuern dem Wachstum kaum schaden, und der Großteil des Vermögens – das Immobilienvermögen – ist kein scheues Reh.

Angesichts der ungleichen Verteilung der Vermögen ist eine Vermögenssteuer überhaupt die progressivste Möglichkeit, die Reichsten für einen Teil der Krisenkosten aufkommen zu lassen.

Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, Spitzensteuersätze auf Einkommen zu reduzieren oder für Kürzungspolitik – im Bildungsbereich, beim Sozialstaat, beim Klima zu plädieren. Das schwächt die ohnehin am stärksten von der Krise Betroffenen nur noch weiter.



Rettet Corona das Klima?

Über die Auswirkungen des Lockdown auf die **Umweltpolitik**

PROGNOSE: CHRISTOPH STREISSLER

Im April dieses Jahres schien die Luft über Wien ungewöhnlich klar. Die saubere Luft und die leeren Straßen waren Folgen des Corona-Lockdown. Zahlen der Statistik Austria zeigen, dass im zweiten Quartal des Jahres 2020 um 15 Prozent weniger Güter auf Österreichs Straßen transportiert wurden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Allein in diesem April wurde ein Drittel weniger Diesel und 60 Prozent weniger Benzin als im April 2019 verbraucht.

Die Corona-Krise hatte somit mit einem Schlag bewirkt, worum sich Klimaschützerinnen und Klimaschützer seit Jahren vergeblich bemühten. Denn bisher stieg trotz

und dem Transport nicht wegzudenken. Der Straßengütertransport und der Autoverkehr hängen weiterhin fast vollständig von den Erdölprodukten Benzin und Diesel ab. In vielen Staaten ist Kohle der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung, etwa in Polen mit über 80 Prozent.

Und auch in der Eisenerzverhüttung, der Herstellung von Roheisen, ist Kohle derzeit praktisch konkurrenzlos. Kann die Covid-19-Pandemie also helfen, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu verringern? Nein, denn sie verändert nichts an der Struktur der Wirtschaft. Wenn die Nachfrage und die Produktion wieder Fahrt aufnehmen – und

Photovoltaik ist noch einiges an Potenzial vorhanden. „Biomasse“ – vor allem Holz – kann noch mehr als bisher zum Heizen verwendet werden. Noch wichtiger als der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist aber eine effizientere Nutzung der vorhandenen Energie. Ein Beispiel: Wenn Gebäude wärmeisoliert werden, handelt es sich um eine Energieeffizienzmaßnahme, da danach weniger Energie für die gleiche Raumwärme benötigt wird.

In vielen Fällen helfen staatliche Zuschüsse bei diesen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energie. Schon vor der Corona-Krise hat die Arbeiterkammer ein derartiges Investitionsprogramm der öffentlichen Hand gefordert: Jedes Jahr soll eine Milliarde Euro an zusätzlichen Geldern in den Klimaschutz fließen, um den öffentlichen Verkehr auszubauen, um private und öffentliche Gebäude thermisch zu verbessern, um Photovoltaikanlagen zu fördern etc. Mit der Corona-Krise bekommen diese Investitionen eine neue Dringlichkeit. Denn neben ihrem Beitrag zur Erreichung der Klimaziele schaffen sie die Nachfrage, die notwendig ist, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Wichtig ist, dass diese Maßnahmen so gestaltet werden,



aller Klimaprogramme der Kraftstoffverbrauch in Österreich Jahr für Jahr unaufhaltsam weiter.

Hilft uns die Covid-19-Pandemie dabei, die Klimaziele zu erreichen? Sie sind sehr hoch gesteckt. Die Europäische Kommission ist voriges Jahr mit dem Ziel angetreten, die EU bis 2050 „klimaneutral“ zu machen. Das bedeutet, dass schon in 30 Jahren keine klimaschädlichen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre ausgestoßen werden. Der schwierigste Teil an dieser Aufgabe ist, bis dahin die Verwendung fossiler Energieträger – Erdöl, Erdgas und Kohle – praktisch auf null zu senken.

Besonders schwierig ist das deshalb, weil fossile Energieträger zum Lebenselixier der Wirtschaft geworden sind. Sie sind es, die die industrielle Revolution erst möglich gemacht haben, und in den zwei Jahrhunderten seither ist ihre Bedeutung beständig gestiegen. Erdöl, Erdgas und Kohle sind heute aus der Industrie, der Stromerzeugung

Niemand takt. Eine Vision für die Zeit nach der Pandemie?

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

viele politische Maßnahmen haben genau dies zum Ziel –, wird auch der Ausstoß von Treibhausgasen wieder das Niveau von vor der Corona-Krise erreichen.

Zu diesem Schluss kommt auch eine Forschungsgruppe um Piers Forster von der Universität Leeds in einer Studie, die kürzlich in der Fachzeitschrift *Nature Climate Change* erschien. Nach ihren Schätzungen hatte der Lockdown nur einen vernachlässigbar kleinen Effekt auf die globale Erwärmung. Die Forscher betonen, dass viel mehr für das Klima erreicht werden kann, wenn der Neustart nach der Pandemie verstärkt auf klimaschonende Investitionen ausgerichtet wird und die Investitionen in fossile Energieträger verringert werden.

Eine dauerhafte Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe setzt voraus, dass bedeutend mehr erneuerbare Energieträger nutzbar gemacht werden müssen. Beim Wasserkraftausbau gibt es in Österreich kaum einen Spielraum mehr, aber bei Wind

dass alle Menschen etwas davon haben. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine politische Notwendigkeit. Werden große Gruppen von Menschen von den Vorteilen der Energiewende ausgeschlossen und sind sie nur mit den höheren Kosten konfrontiert, die die Investitionen zunächst bedeuten, dann werden sie diese Politik nicht unterstützen. Die Proteste der Gelbwesten in Frankreich sind ein warnendes Beispiel.

Unmittelbar hilft die Covid-19-Pandemie nicht bei der Bewältigung der Klimakrise. Sie hat in vielen Fällen zu Not, Sorgen und Angst geführt.

Aber sie hat auch gezeigt, dass andere Formen der Mobilität, der Arbeit, der Kommunikation, der Betreuung möglich sind. Sie hat das Gefühl des Zusammenhalts in der Gesellschaft gestärkt. Die positiven Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, können auch für die Klimapolitik wertvolle Impulse liefern.

Der gerechte Übergang

Warum **gesellschaftliche Veränderung** geplant werden muss

KOMMENTAR: MICHAEL SODER

Das Leben ist Veränderung, Entwicklung und Anpassung. Das wussten schon Charles Darwin oder auch der Ökonom Joseph Schumpeter mit seiner Idee der „schöpferischen Zerstörung“. Es ändert sich die Art und Weise wie wir produzieren, konsumieren, kommunizieren und miteinander leben – und das ständig. Neues entsteht und Altes vergeht. Die Frage ist dabei nicht ob, sondern wie sich etwas verändert. Durch Krise und Chaos oder bewusste Gestaltung und Design? In der bisherigen Geschichte haben wir beides schon erlebt. Krisen, auf die reagiert werden musste und die Initialzündungen von Veränderung waren, aber eben auch Wandel durch gezielte Gestaltung. Mit der Corona-Krise und der sich immer schneller verschärfenden Klimakrise sehen wir uns derzeit beiden Formen gleichzeitig gegenüber: Eine überraschend auftretende Krise verursacht durch ein bisher unbekanntes Virus und eine Krise, mit deren Eintreten wir schon seit Jahren rechnen können, die wir bisher allerdings kaum wahrgenommen haben.

Die Corona-Krise zeigt uns: Ein Virus unterscheidet nicht. Es unterscheidet nicht zwischen Arm und Reich. Es kann grundsätzlich jeden gleichermaßen treffen. Und auch wenn das Virus nicht unterscheidet, unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen, auf die das Virus trifft, tun es. Unterschiede in Einkommen, Vermögen, Wohn- und Arbeitsverhältnissen sowie Bildung geben Auskunft darüber, ob und wie jede und jeder Einzelne von uns Möglichkeiten hat, mit Veränderungen, vor allem in Form einer Krise, umgehen zu können. Die Betroffenheit von Krise und Veränderung ist daher in unserer Gesellschaft sehr unterschiedlich, soziale Bruchlinien treten zutage oder vertiefen sich. Hat man die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, oder verliert man den Job? Steht genügend Wohnraum zur Verfügung oder lebt man in beengten Wohnverhältnissen? Hat man finanzielle Möglichkeiten, Einkommensverluste zu überbrücken, oder muss man jeden Cent am Ende des Monats umdrehen?

Dasselbe zeigt sich auch in der sich immer weiter verschärfenden Klimakrise. Personen mit niedrigerem Einkommen sind von den Auswirkungen des Klimawandels und Umweltbelastungen stärker betroffen. Anschaulich wird es am Beispiel der zunehmenden Hitzetage und Tropennächte, denn Personen mit niedrigen Einkommen leben häufiger in kleinen, unsanierten und schlecht isolierten Wohnungen. Ebenso sind sie es, die an stark befahrenen Straßen leben und Luftverschmutzung ausgesetzt sind oder im Winter mit alten Öl- oder Kohleheizungen ihre Wohnräume beheizen. Die notwendige Entkopplung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise von kohlenstoffintensiven Produkten und Dienstleistungen stellt Personen mit niedrigen Einkommen deshalb vor besondere Herausforderungen. Sie müssen in der Reaktion auf die Krise mitgedacht werden, um bestehende soziale Bruchlinien nicht weiter aufzureißen. Ebenso sind ganze Wirtschaftsbranchen in unterschiedlichem Ausmaß von fossilen Rohstoffen ab-

hängig und damit auch die Beschäftigten dieser Branchen, ihre Familien und Angehörige und sogar ganze Regionen. Im Gegensatz zu Corona sind die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klimakrise zumindest absehbar und bekannt. Während es bei der Reaktion auf das Coronavirus noch um rasche Reaktion und schnelle Hilfe ging, können die Antworten auf die Klimakrise geplant und durchdacht werden.

Was es dazu braucht, ist klar: ein wirtschaftspolitisches Programm, das die Herausforderungen anerkennt und beantwortet. Im Strukturwandel hin zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft müssen Maßnahmen und Strategien umgesetzt werden, die

Transition beitragen. Erste zaghafte Versuche der politischen Umsetzung sind bereits zu erkennen. Lokale Initiativen, insbesondere in Kohleregionen, oder auch auf nationaler und internationaler Ebene. So greifen Konzepte eines „Green New Deals“, wie zum Beispiel von Ann Pattifor oder Naomi Klein, die Idee eines gerechten Übergangs zentral in ihren wirtschaftspolitischen Programmen auf. Auch die Europäische Union mit ihrem „Green Deal“ und dem darin enthaltenen „Just Transition Funds“ stellt erstmals Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in besonders betroffene Regionen bereit. Ebenso wird in den USA, trotz des umweltpolitischen Irrsinns eines



Demo für mehr öffentlichen Raum: macht uns Corona gerechter?

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

im Prozess des Wandels Perspektiven und Einkommen schaffen und sicherstellen. Sie müssen auf ihre soziale Treffsicherheit und Wirksamkeit abgeklöpft und entsprechend geplant werden, damit den mit dem Wandel verbundenen sozialen Herausforderungen Rechnung getragen wird. Die Politik steht in der Verantwortung, den vor uns liegenden Weg so zu gestalten, dass der soziale Zusammenhalt und die soziale Verträglichkeit gewährleistet bleiben. Es darf dabei auch niemand auf der Strecke bleiben, und gleichzeitig braucht es neue Perspektiven für jene, die von der Veränderung besonders stark betroffen sind oder unter ihr leiden.

In den wissenschaftlichen und internationalen Debatten bezeichnet man wirtschaftspolitische Programme, die eine gerechte Gestaltung des Wandels zum Ziel haben, als Konzepte einer „Just Transition“, also eines „gerechten Übergangs“. Seit einigen Jahren arbeiten zivilgesellschaftliche Initiativen und die Gewerkschaftsbewegung an Maßnahmen, die zu einer Just

Donald Trump, ein Green New Deal diskutiert. Vorgeschlagen von der demokratischen Abgeordneten zum Repräsentantenhaus Alexandria Ocasio-Cortez zielt auch er nicht nur auf eine umweltpolitische Wende ab, sondern denkt Klimaschutz wirtschafts- und gesellschaftspolitisch weiter. Gefordert wird dabei der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der Gesundheitsvorsorge, der massive Ausbau erneuerbarer Energien und ein gesetzlich verankertes „Recht auf Arbeit“. Dieses soll vom Strukturwandel Betroffene arbeitsmarktpolitisch unter die Arme zu greifen.

Es zeigt sich: Dringlichkeit führt zu Bewegung. Wichtig dabei ist jedenfalls zu erkennen, dass wir nicht teilnahmslose Beobachterinnen und Beobachter der Entwicklungen sind. Es liegt in unserer Hand, ob wir die Antworten auf die Krisen, sei es die Corona- oder sei es die Klimakrise, gerecht gestalten und alle auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft mitnehmen. Ob es uns gelingt? Das werden die nächsten Jahre zeigen.

Mein Wunsch

Die Autos sind weg, die Straßen sind kühler. Als ich in 50 Jahren mit meiner Enkelin durch ein grüneres Wien spazierte

TEXT: KLARA BUTZ, FRIDAYS4FUTURE

Im Jahr 2070 möchte ich mit meiner Enkeltochter durch Wien spazieren. Ich werde 73 Jahre alt sein, „Oma, wie war das eigentlich früher? Als du jünger warst?“, wird sie fragen. Ich werde ihr erzählen, was sich in den vergangenen Jahrzehnten geändert hat. Anders als meine Großeltern werde ich nicht mit den Worten „Früher war alles besser“ beginnen. Es wird sich vieles getan haben und meine Enkeltochter unter noch lebenswerteren Umständen leben als wir.

Ich blicke auf die Bäume in der wunderschönen Allee, die wir gerade entlanggehen. Jede Gasse ist begrünt und durch die schattigen Wege lassen sich so manche heißen Sommertage leichter ertragen. „Siehst du die vielen Bäume, liebe Enkeltochter?“, frage ich sie, „das waren früher alles Parkplätze für Autos.“ Ungläubig sieht sie mich an – heute sieht sie Autos in der Stadt nur noch in Ausnahmefällen.

Dass ihnen einmal der Großteil der Straße gehörte, finde ich heute auch unvorstellbar. Die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sind mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs, weitere Distanzen legen sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Privatautos haben längst ausgedient, die standen damals schon zu 98 Prozent der Zeit nur herum, und der Platz gehört wieder den Menschen: Junge Familien laufen einander öfter über den Weg, meine Freundinnen und Freunde und ich treffen uns regelmäßig bei den Tischen unter den Laubbäumen. Das alles, ohne ständig Abgase einatmen zu müssen oder von Lärm überönt zu werden.

„Auch der Verkehr auf dem Land hat früher ganz anders ausgesehen“, erzähle ich ihr, „eine Bushaltestelle war definiert als Pfosten am Straßenrand, an dem ein Schild befestigt war.“ Sie findet das archaisch: „Ein Dach zum Unterstellen wäre das Mindeste!“, sagt sie. Mittlerweile gibt es viel mehr Haltestellen und jeder noch so kleine Ort ist gut angebunden.

Zu jeder Station gehören Sitzgelegenheiten unter begrünten Dächern, die Zentrale aktiviert solarbetriebene Bildschirme, sobald es kurzfristige Änderungen im Fahrplan gibt, und die Busse fahren viel öfter als früher. Auf den Landstraßen fahren Jugendliche mit Fahrrädern ihre Freundinnen und Freunde in den Nachbarorten besuchen und entlang der Strecke sind nirgendwo mehr Unfallkreuze von Verunglückten. Die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr geht gegen null. Die Zugverbindungen sind hervorragend und über Nacht können wir bequem ganz Europa bereisen.

„Weißt du noch, was ich dir von Kippunkten erzählt habe?“, frage ich meine Enkelin. „Irgendetwas mit Eis“, glaubt sie zu wissen. Ein gutes Beispiel: „Das Grönlandeis erreichte seinen Kippunkt, als ich in meinen 20ern war. Seitdem schmilzt der Eisschild unaufhaltsam und lässt den Meeresspiegel bis heute ansteigen. Viele Menschen verloren deshalb in den vergangenen Jahrzehnten ihr Zuhause.“ Und es wäre noch viel schlimmer gekommen, wenn wir noch mehr Kippunkte erreicht hätten.

Sobald die Natur an ihre Kippunkte anlangt, beginnen sich selbst beschleunigende Prozesse, die die Erderwärmung verstärken. „Zum Glück haben wir es geschafft, mit sozialen Kippunkten entgegenzusteuern, die starke Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht haben.“ Ich denke an die tausenden Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, mit denen ich mich gemeinsam für jene Welt eingesetzt habe, in der wir heute leben.

Vor allem folgende Prozesse haben die Geschichte des Klimas umgeschrieben: Banken vergaben keine Kredite mehr an Unternehmen des fossilen Energiesektors, Staaten begannen, erneuerbare Energien umfassend zu fördern, und klimaneutrale Bauten entwickelten sich von bewunderten Einzelprojekten zum Standard. Das Bewusstsein um die verheerenden Folgen der Klimakrise hat sich in einem solchen Maß gesteigert,

Wieso braucht es erst eine Krise, um eine bessere Welt zu schaffen?

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

dass mehr Menschen klimafreundlichere Entscheidungen getroffen und schädliche Praktiken nicht mehr so einfach hingenommen haben. Dieses Denken wäre ohne die Klimabewegung nicht möglich gewesen, glauben meine Enkelin und ich.

Ich bin eine ältere Frau, an vielen Sommertagen kann ich wegen der unerträglichen Hitze kaum aus dem Haus gehen, der Planet hat sich trotz aller Bemühungen erwärmt. Dafür kamen die politischen Handlungen eben doch zu spät. Aber wir haben unser Möglichstes getan, um die Folgen auf ein Minimum einzudämmen. Unsere Gesellschaft wurde dadurch krisenresistenter, sozial gerechter und vor allem klimaneutral. Am Ende unseres Spaziergangs hat meine Enkelin noch eine Frage: „Wieso brauchte es erst eine Krise, um eine bessere Welt zu schaffen?“

Mein Traum

Was sich die Klimavolksbegehren-Sprecherin Katharina Rogenhofer für die nächsten Dekaden wünscht. Ein Protokoll

PROTOKOLL: B. NARODOSLAWSKY

Im Jahr 2015 haben sich die Staaten der Welt im Klimavertrag von Paris dazu verpflichtet, die globale Erwärmung zu stoppen. Im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter soll unser Planet bis 2050 nicht um mehr als 1,5 Grad heißer werden. Im Jahr 2050 werde ich 56 Jahre alt sein. Wenn ich mir heute die Welt in 30 Jahren vorstelle, sehe ich zwei Zukunftsbilder vor mir. Wir schaffen es, die Klimakrise zu überwinden – das ist mein Traumszenario. Oder wir schaffen es nicht. Das wäre mein Albtraum.

Dass ich gerne Kinder hätte, ist einer der Hauptgründe, warum ich für eine schönere Zukunft kämpfe. Lange habe ich darüber nachgedacht, ob ich überhaupt Mutter sein will in einer Welt, von der ich nicht weiß, in welche Richtung sie sich entwickelt.

Wenn mein Traum wahr wird, schaut 2050 jedenfalls ganz anders aus als heu-

te. Dann hat die Gesellschaft beschlossen, alles nach der Klimawende auszurichten. Die Welt ist zwar heißer geworden, das ist unvermeidlich. Aber in den Städten sind Straßen zu Parks und Spielplätzen geworden, wo einst Autos fuhren, werden künftig Kinder spielen. Bäume säumen die Wege, Flüsse ziehen sich durch die Stadt, grüne Oasen kühlen die Umgebung. Staus gehören der Vergangenheit an, denn die Menschen radeln auf breiten Radwegen, nehmen Sammeltaxis oder die öffentlichen Verkehrsmittel, deren Netze stark ausgebaut worden sind.

In diesem Traum trägt jeder selbst seinen Teil zur sauberen Zukunft bei. Die Häuser der Menschen sind zu kleinen Kraftwerken geworden und sie sind so gebaut, dass sie Wärme und Strom speichern können. Auf den Dächern erzeugen Photovoltaik-

anlagen die Energie für die Bewohner. Geräte halten ewig, und sollten sie dennoch einmal kaputt werden, lassen sie sich problemlos reparieren. Es sind hunderttausende neue Jobs entstanden, um diese klimaverträgliche Infrastruktur aufzubauen: Die Menschen verlegen Schienen für Züge, sanieren Gebäude oder errichten als Installateure die Anlagen für erneuerbare Energie.

In diesem Traum werden meine Kinder in einer schönen Welt leben und saubere Luft atmen. Ihr Schulweg wird sicher sein und sie werden für einen Job ausgebildet, der auch nach 2050 noch gebraucht werden wird.

In meinem Albtraum blicke ich 2050 zurück und sehe, dass es die Politik 2020 verabsäumt hat, rechtzeitig die Weichen für die Klimawende zu stellen. Zwar hat sie damals erklärt, bis 2040 klimaneutral sein zu wollen, aber sie hat sich nicht getraut, die notwendigen Schritte dafür zu setzen.

Die Regierenden lassen sich stattdessen weiterhin von der fossilen Wirtschaft diktieren, was politisch gemacht gehört, anstatt die Dringlichkeit der Situation zu erkennen. Sie machen Politik für die wenigen, die es sich leisten können, und nicht für die vielen, die auf sie angewiesen wären. Dieses Szenario macht mir echt Angst.

In meinem Albtraum finden Massen an Menschen 2050 keine Arbeit mehr, denn die Klimakrise hat sich zur Wirtschaftskrise ausgewachsen. Österreich ist zubetoniert, die Städte sind Asphaltwüsten, die sich enorm aufheizen. Die Lebensqualität ist dramatisch gesunken, ohne Klimaanlage hält es hier niemand mehr aus.

Unsere Wälder sterben in der Hitze, obwohl wir mit allen Mitteln versucht haben, sie zu retten. Österreichs Gletscher sind abgeschmolzen. Extremwetter sind derweil so häufig geworden, dass sie beinahe zum Alltag gehören. Wer 2050 durch Österreichs einst wunderschöne Landschaft wandert, wird ein unglaubliches Ausmaß an Naturzerstörung sehen.

Dabei geht es uns im Jahr 2050 noch vergleichsweise gut. Denn die armen Länder hat die Klimakrise noch viel härter getroffen. Während wir mithilfe von Klimaanlagen überleben, hat die Hitze beträchtliche Teile der Welt unbewohnbar gemacht.

Die Klimakrise im Jahr 2050 bedeutet für Millionen Menschen Heimatverlust, Hunger und Krieg. Bevölkerungsdichte Küstengebiete stehen durch den Meeresspiegelanstieg unter Wasser, ehemalige fruchtbare Felder im Landesinneren sind zur Wüste verkommen. Scharenweise fliehen arme Menschen deshalb in die Städte, wo es aufgrund sozialer Spannungen immer öfter zu Unruhen kommt.

Das Traurige ist: Das sind keine Horrortafeln, sondern dieser Albtraum beruht auf Vorhersagen seriöser Wissenschaftler. In diesem Szenario habe ich mich gegen Kinder entschieden, weil ich nicht will, dass sie auf einem kaputten Planeten leben müssen.

Wir haben es nun in der Hand: Wir können zwischen Traum und Albtraum wählen. Das ist kein Schicksal, sondern eine bewusste Entscheidung.

Staus? Wenn ich alt bin, wird man hoffentlich nicht mehr wissen, was das ist





Prater im Lockdown, 2020

FOTO: CHRISTOPHER MAVRIČ

**WER SORGT FÜR
GERECHTIGKEIT?**



FRAG UNS.

Die AK App mit dem Lexikon des Arbeitsrechts, mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner, Zeitspeicher, Urlaubsplaner, AK-Cartoons und mehr. Kostenlos erhältlich im App Store und Google Play.

[w.ak.at/app](https://www.ak.at/app)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN